

Arbeitsgruppe Strukturanpassung und Frauen (Hrsg.):

Von der Vernicht(s)ung der Frauen

**Zur Wirtschaftspolitik und -theorie
von IWF und Weltbank**



Arbeitsgruppe Strukturanpassung und Frauen (Hrsg.):

Von der Vernicht(s)ung der Frauen

**Zur Wirtschaftspolitik und -theorie
von IWF und Weltbank**

Die Arbeit an dieser Broschüre wurde dank einem grosszügigen Beitrag aus dem Friedensfonds des Evangelischen Frauenbunds, des Schweizerischen Katholischen Frauenbunds und der Frauen für den Frieden ermöglicht.

*

Der Titel der Broschüre setzt sich aus dem Schweizer Mundartausdruck «Vernütigung» (Abwertung) und dem Wort «Vernichtung» zusammen.

Impressum

Herausgeberin:

Arbeitsgruppe Strukturanpassung und Frauen SAPF
(Madeleine Hadorn, Mascha Madörin, Gerlind Martin,
Ruth Rauch-Schumacher, Eva Schär, Ruth-Gaby Vermot-
Mangold, Martine Verwey)
c/o Büro Hekate, Friedbühlstrasse 36b, 3008 Bern

Satz/Layout:

Annette Weber-Hadorn, Spiez

Titelblatt:

Urslé Lüthi, Bützberg

Druck:

Frauenkollektiv Subita, Bern

Auflage:

3 000 Exemplare

Preis: SFr./DM 15.-

© Arbeitsgruppe Strukturanpassung und Frauen,
Bern 1992

Bezug:

- Büro Hekate, Friedbühlstrasse 36b, 3008 Bern
- Aktion Finanzplatz Schweiz – Dritte Welt,
Mühlemattstrasse 31, 3007 Bern
- Erklärung von Bern (EvB), Postfach, 8031 Zürich
- FIZ Fraueninformationszentrum Dritte Welt,
Quellenstrasse 25, 8005 Zürich
- Frauenstelle für Friedensarbeit des Christlichen
Friedensdiensts (cfd), Steinstrasse 50, 8003 Zürich
- Koordinationsstelle Frauen und Entwicklung der
Evangelischen Hilfswerke und Missionen,
Postfach 168, 8035 Zürich

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	6
Mythos Wirtschaftswissenschaft	10
Meine Auslandverschuldung - auch eine Annäherung	22
Worthülsen statt Menschen - Scheinwelten statt Realität	24
SAP macht nicht satt	30
Gesundheit und Ernährung	38
Kredite gegen Fruchtbarkeit	40
Florence	48
Vom Scheitern eines Versuches	50
Die Ausbeutung der «neuen Heldinnen»	54
Kleinbändlerinnen in Ouagadougou, Burkina Faso	68
Depression statt Kreativität	70
Guinea-Bissau... und doch auch Kreativität	74
Kollektive Gegenwehr! Die Volks- und Gemeinschaftsküchen in Peru	76
Die langsamen Tode finden in der Stille statt	78
Arbeiten auf dem Lande	84
Women's action agenda 21 - Frauen-Aktions-Programm 21	86
Literatur	94
Die Autorinnen	95

Vorwort

«Das Resultat (der Nachkriegsökonomie) ist ganz einfach ein eindrückliches und zutreffendes Bild der Welt, in dem alle interessanten Details fehlen.»

(Antony Harris in «The end of economics after»,
Financial Times 27.12.89)

«So wie man den Krieg nicht den Generälen überlassen darf, so soll man die Ökonomie auch nicht den Fachleuten überlassen», schreibt Susan George in ihrem Buch über die Auswirkungen der weltweiten Verschuldung auf die betroffenen Menschen.

Diese Aufforderung und die Erfahrung, dass in der komplexen makroökonomischen Auseinandersetzung und Theorienbildung Frauen kaum vorkommen, dazu die Betroffenheit über die Zerstörung von Frauen vor allem im Trikont durch eben diese makroökonomischen Mechanismen haben den Anstoss zu dieser Broschüre gegeben. Eine Gruppe von Frauen hat sich über längere Zeit mit den Fragen auseinandergesetzt, wie sich die Strukturanpassungsprogramme (SAP) des Internationalen Währungsfonds (IWF) auswirken und warum gerade die Frauen vor allem darunter zu leiden haben. Ausserdem interessierte die Frage, welche Mechanismen und patriarchalen Ökonomietheorien diesen frauenfeindlichen Handlungsweisen den eigentlich zugrunde liegen.

Die Strukturanpassungsprogramme, die den verschuldeten Ländern der Dritten Welt in unterschiedlicher Kombination durch die Gläubigerländer aufgezwungen werden, sind drastische Eingriffe von Aussen in die Gesellschaften dieser Länder. Man kann sich fragen, warum solche meist zerstörenden wirtschaftlichen Massnahmen überhaupt durchführbar sind? Die Antwort tönt paradox: Die Frauen «stützen» auf ihre Art diese Massnahmen. Um nämlich ihren Familien, den Alten und Kindern das Überleben zu ermöglichen, versuchen sie mit Kreativität, Erfindungsgabe und Mehrarbeit die einschneidenden Massnahmen zu kompensieren. Die Mehrbelastung der Frauen scheint selbstverständlich und nebensächlich zu sein, in den Rechnungen und Statistiken der Ökonomen ist sie nicht vermerkt!

Die Fakten sind heute nicht mehr unbekannt, denn mittlerweile liegen verschiedene Teilstudien zu den Auswirkungen der SAP auf die Frauen vor. Dem war nicht immer so. Noch vor zwei oder drei Jahren konnten die Fragen der Auswirkungen nur dank minutiöser Sucharbeit beantwortet werden. Man gab sich sehr rasch mit Vermutungen und Spekulationen zufrieden, denn letztlich interessierte die Frage nach den Menschen, den Frauen nicht.

Die Sprache, in der die makroökonomischen Denkmodelle, Strategien und Lösungsvorschläge verfasst wurden, erschienen völlig geschlechtsneutral. Menschen als lebendige Wesen mit Gedanken, Wünschen und Leiden kamen kaum vor. Wichtig waren lediglich Begriffe wie Geld, Bruttosozialprodukt, Zahlungsbilanzen, Budgetdefizit, Sparmassnahmen und -sowie weiter. Können diese ökonomischen Grössen in Ordnung gebracht werden, sollten auch Armut, Elend, Hunger und Arbeitslosigkeit verschwinden.

Der makroökonomische Ansatz u.a. teilt alle Güter in zwei Kategorien ein. In solche, die sich für den Export und damit für die internationale Vermarktung eignen und in solche, die für den Weltmarkt uninteressant sind. Die Weltbank-Ökonomen geben eine verzerrte Preispolitik als eine der wichtigsten Ursachen für die katastrophale Wirtschaftslage der Trikontländer an. Zu wenige Güter werden folglich produziert, die international vermarktbar sind. Eine der wichtigeren Massnahmen der Strukturanpassung sollte dazu führen, dass die Ressourcen verlagert werden: weg von der lokalen Produktion zur Produktion für den Weltmarkt, weg von der Subsistenzwirtschaft (Grundbedürfnisse) hin zur kapitalistischen Marktwirtschaft.

Dieses Denkmodell geht davon aus, dass genügend Arbeitskräfte vorhanden sind und dass die ArbeiterInnen beliebig und problemlos von einem Produktionsbereich in den andern verschoben werden können, ohne dass dabei zusätzliche, erwähnenswerte Kosten entstehen. Menschen – Arbeiterinnen und Arbeiter – sind jedoch nicht einfach Roboter, die man beliebig versetzen kann! Man weiss heute, dass der Preis für die solche Produktionsverschiebungen unter Umständen so hoch sein kann, dass viele Menschen daran zugrunde gehen.

Gerade hier werden die geschlechtsspezifischen Auswirkungen des makroökonomischen Modells sehr deutlich. Denn unter diesen Veränderungen, unter dem Zwang, sich neuen Produktionsbedingungen zu unterziehen, leiden vor allem die Frauen – als Produzentinnen, als Konsumentinnen und als Hauptverantwortliche für die Familie.

Vielfach wird behauptet, dass das Geschlecht bei der Verlagerung von der lokalen zur Exportproduktion grundsätzlich keine Rolle spiele, weil Frauen und Männer betroffen seien. Aber gerade im Fall der Strukturanpassungen ist dies falsch, denn in mindestens zwei Produktionsbereichen, nämlich der arbeitsintensiven Exportfabrikation und -getreideproduktion spielt das Geschlecht eine wesentliche Rolle. Wer bei der Exportfabrikation z.B. nämlich das Geschlecht ausser acht lässt, erweckt den Eindruck, dass es «relativ einfach ist, Arbeitnehmer, die zum Beispiel im Baugewerbe oder im Handelssektor tätig sind, in die Exportfabrikation von Radios oder Textilien zu verschieben». So hat es ein Weltbankdirektor formuliert. Nun handelt es sich aber gerade in diesen Bereichen nicht einfach um Arbeit, die jemand erledigen kann, sondern es geht vor allem um Frauenarbeit. Vor allem junge und alleinstehende Frauen werden meist für die intensive Fabrikarbeit bevorzugt. Eine Studie zeigt dies am Beispiel eines Elektronikunternehmens in Brasilien auf. Diese Firma liess Männer während der Nachtschicht dieselben Arbeiten ausführen, wie sie tagsüber ausschliesslich Frauen erledigten – erfolglos. Die Männer schafften es nicht, dieselben Leistungen wie die Frauen zu erbringen. Nach Ansicht des Unternehmens fehlte es den Männern an Geduld und Konzentration.

Die heutigen Überlegungen, dass Produktionen problemlos vom lokalen in den industriellen Bereich verlagert werden können, gehen davon aus, dass die Frauen, die ja jederzeit für die Fabrikarbeit zur Verfügung stehen, ihren Arbeitsplatz frei gewählt haben. Frauen arbeiten jedoch in Fabriken, weil sie keine andere Wahl haben und weil sich ihre Lebensstandard in den letzten Jahren massiv verschlechtert hat.

Die Fabrikarbeit bedeutet für die Frauen Mehrarbeit, die sie zusätzlich zur unbezahlten Hausarbeit auch noch zu leisten haben.

Einschneidend dabei ist, dass Fabrikarbeit nicht zur selben Zeit wie die Reproduktionsarbeit geleistet werden kann, denn Frauen in den Fabriken sind weg

von zu Hause. Nur Frauen jedoch, die zu Hause sind, dort töpfeln, einen Teppich weben oder Getreide ernten, können sich gleichzeitig um ihre Kinder kümmern, arbeiten sie jedoch am Fließband in der Fabrik, müssen sie sich durch Verwandte oder Nachbarinnen vertreten lassen. Vielfach müssen sie ihre Kinder dem Schicksal überlassen. Fabrikarbeit zerstört somit das traditionelle Nebeneinander der Frauenarbeit. Die Frauen können sich diesem Zwiespalt nicht entziehen. Wenn sie durch Fabrikarbeit ihre Familie ernähren können, sind die Alltagsorgen vorläufig gelindert – allerdings zum hohen Preis von massivster Mehrbelastung und Vernachlässigung wichtiger Betreuungsaufgaben.

Das ist nun aber nicht alles: Die Verschiebung von Arbeiterinnen und Arbeitern in den industriellen Exportproduktionsbereich bedeutet nochmals Mehrarbeit für die Frauen, denn die Männer können nicht weiterhin in den nicht-exportorientierten Produktionsbereichen (Nahrungsmittelanbau) arbeiten. Frauen übernehmen sie zusätzlich zu den Hausarbeiten, der Kinder- und Altenbetreuung. Diese Mehrarbeiten scheinen in keiner Statistik oder Rechnung auf, ganz einfach weil die unbezahlte Hausarbeit – weltweit – nicht als Arbeit gilt.

Man darf auch nicht vergessen, dass Frauen und Kinder die Männer konkurrenzieren. Frauen und Kinder werden allgemein zu noch tieferen Löhnen und zu noch lebensfeindlicheren Bedingungen angestellt, als in der Regel die Männer. Wenn man Vorteile und Nachteile abwägt, die Frauen haben, wenn sie in den Weltmarktfabriken arbeiten, sind die Frauen die Verliererinnen. Zwar haben die Frauen ein eigenes Einkommen, das ihnen möglicherweise auch zu einem höheren Status verhilft, sie sind unabhängiger und haben vielleicht ein bisschen mehr Macht. Dies wird jedoch fragwürdig, wenn man bedenkt, dass die Frauen ihre Arbeitskraft aus einer reinen Notlage heraus verkaufen, um sich und ihre Kinder überhaupt am Leben zu erhalten.

Der Broschüre «Von der Vernicht(s)ung der Frauen» liegt eine etwas unerfreuliche Geschichte zugrunde. Wie schon erwähnt, fehlten lange Zeit genaue Analysen über die Auswirkungen der Strukturanpassungen vor allem auf die Frauen. Man war lang auf Hypothesen und Vermutungen angewiesen. Dies hat eine Gruppe von Wissenschaftlerinnen und entwicklungspolitisch engagierten Frauen dazu veranlasst, das Thema in der

Praxis noch vertiefter anzugehen um mehr zu erfahren, als dies die noch lückenhafte Literatur preisgab.

Eine Gelegenheit dazu schien sich zu bieten, als der Schweizerische Nationalfonds 1989 ein Forschungsprogramm ausschrieb mit dem Titel «Die Schweiz in einer sich ändernden Welt: Aussenwirtschaftliche und entwicklungspolitische Herausforderung». Die Frauengruppe – bestehend aus Frauen die zwar berufstätig waren aber nicht an Universitätsinstituten arbeiteten – reichte eine Projektskizze ein und reagierte damit auf ein immer wieder geäussertes Bedürfnis aus der entwicklungspolitischen Praxis, innerhalb der Verschuldungsproblematik einen frauenspezifischen Standpunkt zu finden. Die Frauengruppe wollte gleichzeitig die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Bereiche, in denen Frauen hauptsächlich tätig sind, sichtbar machen. In einem ersten Schritt sollten daher die vorhandene Literatur und Studien gesichtet und dem Gesichtspunkt der Auswirkungen der Strukturanpassungen auf die Frauen im sog. informellen Sektor, im städtischen Umfeld und in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft besonderes Gewicht gegeben werden. Ausserdem sollten die wirtschaftspolitischen Denkmolelln, die der SAP zugrunde liegen, daraufhin überprüft werden, wie Frauen als nationalökonomisch relevante Entwicklungsträgerinnen wahrgenommen werden.

In einem zweiten Schritt wollte die Gruppe konkrete Forschungsarbeit in Ländern südlich der Sahara leisten, da die nationalökonomische Bedeutung des informellen bzw. des kleinbäuerlichen Sektors in diesen Ländern besonders gross ist und diese Länder ausserdem Schwerpunktregionen der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit bilden. Die Forschungsergebnisse sollten mit den VertreterInnen aus Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit diskutiert werden. Wichtig waren der Einbezug von Vertreterinnen aus den entsprechenden Entwicklungsländern und die Erarbeitung eines Instrumentariums für die Entwicklungszusammenarbeit, die sich den erhobenen Fakten in ihrer zukünftigen Weiterarbeit in Entwicklungsländern nicht entziehen sollte.

Ihre Legitimation für diese Arbeit nahmen die Frauen aus der Tatsache, das es seit jeher die Frauen sind, die in der Schweiz einen Grossteil der in der Entwicklungszusammenarbeit und -politik erforderlichen Arbeit leisten. Mit einer Ausnahme: An der Ausarbeitung der Leitlinien sind sie nicht oder kaum

beteiligt. Frauen werden konsequent von allen Ressourcen ferngehalten, die eine grundlegende und systematische Bearbeitung ihrer Fragen erlauben würde. Diese Erfahrung sollte sich auch diesmal bestätigen, denn auch die Zusammenarbeit mit dem obgeannten Nationalfonds-Projekt (NFP 28) stand von Anfang an unter einem unglücklichen Stern. So bestand die Expertenkommission, die die Projektskizzen zu beurteilen hatte, ausschliesslich aus Männern. Keine der entwicklungspolitisch engagierten und von ihrer Ausbildung her qualifizierten Frauen wurde als «mitbestimmungskompetent» erachtet.

Die Skizze – sie war unter den 70 eingereichten Skizzen das einzig Frauenprojekt – wurde abgelehnt. Die Frauen protestierten und Gespräche mit den Verantwortlichen folgten. Sie fruchteten jedoch nichts. Die Experten des Nationalfonds stellten uns schliesslich eine Zusatzausschreibung zur «Rolle der Frau in der Entwicklungszusammenarbeit» in Aussicht mit der Einschränkung allerdings, dass dabei die «Strukturanpassung nicht als Aufhänger dienen» sollte. Dieses Behelfsthema lag nun allerdings meilenweit neben dem angestrebten Forschungsthema der Frauengruppe.

Die Frauen liessen schliesslich ihre Projektskizze von aussenstehenden Expertinnen überprüfen um sicherzugehen, dass sie in ihrem Wunsch, am eingereichten Thema wirklich zu forschen, nicht zuwenig selbstkritisch gewesen sind. Die Expertinnen reagierten auf die Skizze sehr positiv und wiesen auf die Wichtigkeit einer solchen Forschung hin. Aber auch diese Absicherung nützte nichts. Die Frauen zogen schliesslich enttäuscht ihre Bewerbung zurück, denn an der Ablehnung liess sich schliesslich nichts mehr ändern. Das Verfahren machte die Frauen wütend, zeigte es doch einmal mehr die Machtlosigkeit auf von jenen, die aufgrund ihrer Lebenssituationen ausserhalb der Entscheidungs- und Machtzentren stehen.

Es ist nicht notwendig, die Leidensgeschichte dieser Projekteingabe zum NFP 28 ausführlicher darzulegen, aber sie ist wichtig, gab sie doch Anstoss zu dieser Broschüre

Frauen aus dem Evangelischen Frauenbund, dem Schweizerischen katholischen Frauenbund und den Frauen für den Frieden erfuhren von dieser unliebsamen Geschichte. Sie verfügen über einen Friedensfonds mit dem sie seit Jahren Projekte unterstützen, «die einer kritischen Friedensforschung verpflichtet sind».

Ein Teil der Frauen der «alten» Gruppe konstituierte sich neu, entwarf ein Konzept und erhielt einen grosszügigen Beitrag für die Erarbeitung einer Broschüre «Strukturanpassung und Frauen» zur Verfügung gestellt. Die Möglichkeit, eine allgemein verständliche Broschüre zu produzieren, war verlockend, auch wenn der Abschied von gründlicher Forschung und Grundlagenbereitung schwer fiel. Verlockend war auch, einen Beitrag zur Diskussion um den Beitritt der Schweiz als Mitglied zum Internationalen Währungsfonds zu leisten. Die Arbeit an der Broschüre war interessant, beschwerlich und bereichernd. Beschwerlich, weil die meisten Frauen berufstätig und zugleich auch Familienfrauen sind, was zu einer Einschränkung der Kapazitäten führte. Beschwerlich auch die Suche nach neuen Fakten in endlos vielen Publikationen, Zeitschriften, Büchern und Forschungsberichten, bereichernd, wenn neue Informationen durchkamen, oder wenn die Gruppe sich zu Grundsatzdiskussionen traf. Durch den Beitrittswunsch des Bundesrates zum Internationalen Währungsfonds und den Widerstand einzelner Parteien, Entwicklungspolitischer- und Frauenorganisationen und die Abstimmung, gegen die das Referendum ergriffen wurde, verlieh der Frage unter anderem nach den Auswirkungen der Strukturanpassungen auf die Frauen im Trikont wieder neue Aktualität.

Die Broschüre, wie sie heute vorliegt, ist nicht vollständig, sondern eine Annäherung an die Vielfalt und Vielschichtigkeit jener zerstörerischer Kräfte denen Frauen ausgesetzt sind, die unter der Gewalt von Strukturanpassungsmassnahmen zu leben haben.

Wir bedanken uns herzlich beim Evangelischen Frauenbund, dem Schweizerischen katholischen Frauenbund und den Frauen für den Frieden für die finanzielle Unterstützung. Wir bedanken uns auch herzlich bei der Graphikerin Annette Weber-Hadorn, die unter grossem Zeitdruck diese Broschüre gestaltet hat. Und wir bedanken uns bei allen, die mit Hinweisen und Diskussionen zum Gelingen beigetragen haben.

Für die Autorinnen:

*Ruth-Gaby Vermot-Mangold
und Madeleine Hadorn*

Mythos Wirtschaftswissenschaft

von Mascha Madörin

Das IWF-Referendum hat heftige Emotionen und Kontroversen innerhalb der developmentpolitischen, SP- und Gewerkschaftsszene ausgelöst, die ich in diesem Ausmass nicht erwartet hätte. Zeitweilig unterschwellig, manchmal offensichtlich wurden folgende Argumentenfronten inszeniert: die eine entlang der Linie Staatsräson, Einsichten in die ökonomischen Notwendigkeiten, Argumentation über makroökonomische Zusammenhänge, die andere entlang der Anklage der katastrophalen sozialen und ökologischen Auswirkungen der Strukturanpassungsprogramme (SAP) vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und von der Weltbank.

Die immer zahlreicher werdende Literatur über Frauen und Strukturanpassungspolitik befasst sich mit wenigen Ausnahmen mit der Frage, wie sich die Wirtschaftspolitik, die von IWF und Weltbank den verschuldeten Ländern empfohlen oder – meistens – aufgezwungen wurden, auf Frauen auswirkt. So legitim und wichtig dies als motivierender Ausgangspunkt für politische Kampagnen und wissenschaftliche Kritik der Strukturanpassungspolitik ist, der zweite Schritt fehlt oft 1): die Wissenschaftskritik an den Theorien, welche die Grundlage der wirtschaftspolitischen Empfehlungen von IWF und Weltbank sind. Damit bleiben Widersprüchlichkeiten in den theoretischen Konzepten und Willkür in der Politik, von denen die IWF- und Weltbankpraxis durchgesetzt ist, verdeckt. Es scheint heute in der schweizerischen Öffentlichkeit so – und wird auch so inszeniert (vgl. den Aufsatz von Gerlind Martin über die Botschaft des Bundesrates) – als gäbe es eine in sich schlüssige, stringente, eindeutige, makroökonomische Theorie. Die politische Kontroverse über Weltbank- und IWF-Politik erscheint dadurch als Widerspruch zwischen ökonomischem Sachverstand auf der einen Seite und zwischen Ethik und Emotionalität auf der andern Seite, zwischen von neutralen Experten bewiesenen gesamtökonomischen Zusammenhängen und zwischen «gutgemeinter», moralischer Kritik der sozialen und ökologischen Auswirkungen. Ökonomische Mechanismen werden dadurch zur tragischen, aber leider objektiv unvermeidbaren Notwendigkeit,

die Ökonomen zu deren neutralen Exekutoren. Mit staatsmännischem Ernst wird wie beim Golfkrieg entschieden, was scheinbar unvermeidlich ist: eine Wirtschaftspolitik, an der Millionen von Menschen sterben und die hunderten von Millionen von Menschen den Lebensalltag in kürzester Zeit durcheinanderbringt: Strukturanpassungs- und Schockprogramme eben. Politisch diskutierbar bleibt dann nur noch die Grössenordnung des Rotkreuzesinsatzes (Entwicklungshilfe) und ein Kriegsrecht zum Schutz der zivilen Bevölkerung (in Form von ökologischen und sozialen Leitplanken). Der etablierte ökonomische Diskurs hat unübersehbare Parallelen zum öffentlichen Diskurs im Golfkrieg: was die «colateral effects» (zivile Tote, Zerstörung der Umwelt und ziviler Einrichtungen) einer behaupteten perfekten Kriegstechnik, sind im Diskurs über Strukturanpassungspolitik die «negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen» der Strukturanpassungstechnik. Dass die Frauen in diesem Denken zu den «colateral effects», zu den Nebeneffekten eines höheren Zwecks gehören, versteht sich von selbst.

Eine einzige in sich schlüssige Wirtschaftstheorie hat es nie gegeben. Die Wirtschaftstheorien waren schon immer geprägt von politischen Auseinandersetzungen und wirtschaftlichen Interessen. Im Folgenden will ich in einem ersten Teil an ein paar Beispielen die wissenschaftliche Fragwürdigkeit der Strukturanpassungsprogramme aufzeigen. In einem zweiten Teil gehe ich auf die Frage ein, wie denn die wirtschaftliche Tätigkeit von Frauen systematisch aus der Wirtschaftstheorie ausgeblendet wird. Und in einem letzten Teil möchte ich aufzeigen, wie im öffentlichen politischen Diskurs um das IWF-Referendum in der Schweiz Expertenkompetenz der Referendumsgegner als Gegensatz zum Fundamentalismus der ReferendumsbefürworterInnen inszeniert wird.

Teil 1: Neoliberaler Fundamentalismus als Deckmantel für Interessenspolitik

Erinnern wir uns: Offiziell ist die Schuldenkrise 1982 ausgebrochen, als sich Mexiko als zahlungsunfähig erklärte. Innerhalb weniger Wochen sahen sich, weil die Banken keine neuen Kredite mehr geben wollten, zahlreiche Länder ausserstande den Zahlungsverpflichtungen (in Dollars) gegenüber ausländischen Gläubigern nachzukommen. Pro Jahr waren es zwischen 1983-86 etwa 30 Länder (mit privaten und öffentlichen Schuldnern), die sich als zahlungsunfähig erklären mussten. Wie Christian Suter, Autor einer Dissertation zu Zahlungskrisen und Schuldenregelungen 2) überzeugend darstellt, gehören periodische Zahlungsunfähigkeiten von Nationen zur Normalität von bisherigen kapitalistischen Weltwirtschaftszyklen. Davon ist in der heutigen Expertendebatte auffallend selten die Rede. Aus Ignoranz oder, weil damit zugegeben werden müsste, dass die Schuldenkrise nicht so einfach eine Frage richtiger nationaler Wirtschaftspolitik sein kann, sondern die Ursachen vorwiegend in weltwirtschaftlichen Strukturen und Dynamiken gesucht werden müssten? Aber nicht nur das, auch Schuldenstreichungen gehören zu den Gepflogenheiten kapitalistischer Wirtschaftsgeschichte der letzten zweihundert Jahren. Je nach politischer Konstellation wurden ausländische Schulden von Ländern und Regierungen zu unterschiedlichen Bedingungen gestrichen. Die interessante Frage lautet also weniger, sollen die Schulden gestrichen werden, als, warum wurden diesmal die Schulden nicht schon längst gestrichen, obwohl es seit Jahren offensichtlich ist, dass weder die Zinsen voll und schon gar nicht die Schulden zurückbezahlt werden können? Und obwohl bereits Millionen von Menschen im Süden an der Wirtschaftskrise der 80er Jahre gestorben sind? Wer hat ein Interesse daran, den status quo aufrechtzuerhalten?

Als die Schuldenkrise ausbrach, hatten vor allem lateinamerikanische Länder hohe Schulden bei führenden US-amerikanischen Banken. Es wurde befürchtet, dass die Zahlungsunfähigkeit in Bezug auf die Schuldendienste (Zinsen und fällige Schuldentrückzahlungen) dieser Länder zu Konkursen grosser US-Banken und als Folge zu einer internationalen Finanzkrise ähnlich der 30er Jahre führen könnte. Aufgabe des IWF war vorerst, eine globale Finanzkrise zu verhindern, indem die Schuldenkrise verzögert wurde. Ob die Experten daran glaubten, weiss ich nicht, zur Verzö-

gerung der Schuldenkrise gehörte jedenfalls die offizielle, vertrauensbildende Doktrin, die Schuldenkrise sei letzten Endes eine vorübergehende Liquiditätskrise. In einer zweiten Phase wurde ab 1985 die chronische und wachsende Schuldenkrise zunehmend als langfristiges Problem anerkannt, die mit einer Politik der Förderung des Wirtschafts- und damit Exportwachstums behoben werden sollte. Es herrschte die Vorstellung, durch die Zunahme der Exporte könnten die Schuldendienste bezahlt werden. Erst ab 1989 dämmerte es offiziell führenden US-Wirtschaftspolitikern und damit auch den Topexperten des IWF, dass es ohne Schuldenerleichterung wohl kaum gehen würde – eine weltbewegende Einsicht, die Drittweltpolitiker, allerdings ohne Schlagzeilen in den Medien, schon anfangs der 80er Jahre klar formuliert hatten (z.B. in der Arusha-Declaration). Schuldenstreichungen sind aber bisher selbst gegenüber den ärmsten Ländern nur sehr beschränkt geblieben, trotz schöner Erklärungen.

Die Schulden sind -zigfach bezahlt

Wer die Grössenordnungen der Verschuldung und der jährlich fälligen Schuldendienste mit den Exporteinnahmen (die wichtigsten Einnahmen eines Landes) verglich, musste schon damals wissen, dass die Schuldenkrise, die ja eigentlich eine Zinszahlungskrise ist, von den betroffenen Ländern nicht verkraftet werden kann. Entweder musste ein beträchtlicher Teil der Schulden (und die damit verbundenen Zinsen) gestrichen, oder neue Kredite zur Zahlung der Zinsen gewährt werden, wie das vor der sog. Schuldenkrise der Fall war.

In der Realität sind die Länder gezwungen worden, einen möglichst hohen Teil der Schuldendienste zu bezahlen. Der nichtbezahlte jährliche Teil wurde, teilweise jedenfalls, mit neuen, meist von Regierungen, Weltbank und IWF gewährten Krediten finanziert (sog. Umschuldungen). Die ausstehenden Schulden sind daher seit 1982 von insgesamt rund 840 Mrd. US Dollar bis 1990 auf 1265 Milliarden Dollar gestiegen. Gleichzeitig sind insgesamt an bezahlten Schuldendiensten, verrechnet mit andern Finanzen, von 1982-90 schätzungsweise 430 Milliarden Dollar mehr vom Süden in den Norden geflossen als umgekehrt. Susan George hat berechnet, dass dieser Nettofinanzfluss vom Süden in den Norden der Grössenordnung von sechs Marshall-Plänen (Finanzhilfe zum Wiederaufbau europäischer Länder nach dem 2. Weltkrieg) entsprechen – eine

grosse Hilfeleistung an den Norden also. Die Zinszahlungen des Südens für sich allein genommen (ohne andere Finanzflüsse) entsprächen elf Marshall-Plänen 3). Zu diesem aussergewöhnlichen Reichtumstransfers vom Süden in den Norden, der mit der Verschuldung zusammenhängt, kommt noch der seit Jahrzehnten übliche hinzu: Kapitalflucht, Gewinntransfers multinationaler Konzerne und Verluste, die durch die Verschlechterung der Exportpreise im Vergleich zu den Importpreisen (Terms of Trade) verursacht wurden. Walter Michler hat in seinem «Weissbuch Afrika» 4) berechnet, dass z.B. die Terms of Trade in Kenia im Jahr 1986 noch einen Wert von 40 Prozent im Vergleich zu 1954 (Kolonialzeit!), hatten. Ende 1989 betrug die ausstehende Schuld der afrikanischen Länder südlich der Sahara (ohne Südafrika) 144 Milliarden Dollar. Michler hat berechnet, dass Schwarzafrika allein durch den Rohstoffpreisverfall in den zehn Jahren von 1981-1990 150 Milliarden Dollar verloren hat, also mehr als seine Aussenschuld beträgt 5). Auch die lateinamerikanischen und asiatischen Länder haben beträchtliche Einkommenseinbussen durch die Verschlechterung der Terms of Trade erlitten. Dazu kommen noch Verluste, welche die Länder des Südens durch Handelsprotektionismus des Nordens erleiden. Ohne Handelshemmnisse wären nach Schätzungen die Exporte der Länder des Südens in den letzten zehn Jahren jährlich um rund 30 Milliarden Dollar höher gewesen. Im Vergleich dazu: Die grossen Industrienationen bezahlten 1980-84 im Durchschnitt zusammen etwa 27 Milliarden Dollar Entwicklungshilfe jährlich 6). Eine Weltbankstudie hat zudem ergeben, dass Afrika wegen seines beschränkten Zugangs zu den Finanzmärkten und wegen dem Zwang mit zweckgebundenen Krediten zu importieren, 30-40 Prozent höhere Preise für seine Importe bezahlt als den Weltmarktpreisen entspricht 7).

Mit andern Worten: die Länder des Südens mussten, nur um die Exporteinnahmen in den letzten zehn Jahren aufrechtzuerhalten, wesentlich mehr produzieren. Um noch zusätzlich den Nettokapitalfluss in den Norden zu finanzieren, mussten sie die Exporteinnahmen steigern, oder bei den Importen sparen. So oder so heisst das, volkswirtschaftlich gesehen, mehr arbeiten und weniger konsumieren. Entsprechend wurden in allen strukturangepassten Ländern die Gewerkschaftsrechte drastisch eingeschränkt. Und, wie in solchen Fällen bei uns auch, das weniger Konsumieren und mehr Arbeiten hat unterschiedliche Bevölkerungsschichten und Berufsgruppen, Männer und Frauen sehr unterschiedlich getroffen (s. Teil II). Für die Ärmsten

bedeutet weniger konsumieren oft verhungern und/oder an Seuchen sterben.

Die Grössenordnungen dieser Reichtumstransfers wiegen für die Länder des Südens schwer. Dazu zwei Beispiele: In den afrikanischen Ländern südlich der Sahara wurden 1990 weniger als 37 Prozent der fälligen Schuldendienste effektiv bezahlt. Selbst diese machten 1990 schätzungsweise 8 Prozent des Brutto-sozialprodukts und 28 Prozent der Exporte aus. Hätten diese Länder alle Schuldendienste bezahlt, dann hätten sie dafür 70 Prozent aller Exporteinnahmen aufwenden müssen. Dabei sei betont, dass der ganze afrikanische Kontinent, trotz grosser Rückstände in den Schuldendienstzahlungen, von 1983-90 über 180 Milliarden Dollar an Schuldendiensten bezahlt hat, was 40 Milliarden Dollar mehr ist als die gesamte Aussenschuld Afrikas 1982 betrug 8). Brasilien müsste jährlich rund 17 Milliarden Dollar Schuldendienste aufbringen. Damit könnten pro Jahr der jährlich gesetzliche Mindestlohn für 226 Millionen Menschen finanziert werden oder 7,7 Millionen Billighäuser zur Unterbringung von 30 Millionen Menschen, oder 81 700 Schulräume für 60 Millionen SchülerInnen gebaut werden 9). In Brasilien gibt es schätzungsweise 8 Millionen Strassenkinder.

Wer die internationalen Kapitalflüsse der 80er Jahre und gleichzeitig die Preisentwicklungen im Weltmarkt ansieht, muss anerkennen, dass die Länder des Südens in den 80er Jahren bemerkenswerte volkswirtschaftliche Leistungen erbracht haben- die dem Nord/Westen zugute kamen und für die Länder des Südens ruinös und buchstäblich mörderisch waren. Hafez Sabet hat in seinem Buch «Die Schuld des Nordens» 10) berechnet, dass je nach Berechnungsart seit 1956 an wirtschaftlichen Ressourcen das dreizehn bis vierzigfache der Aussenschuld des Südens netto vom Süden in den Norden transferiert worden ist. Der politische Slogan «Die Schulden sind bezahlt» verharmlost also die Sachlage beträchtlich. Er müsste heissen: «die Schulden sind -zigfach bezahlt». Was heutzutage führende Politiker und Experten in der Schweiz nicht daran hindert, das Hauptproblem der Verschuldung bei den wirtschaftspolitischen Fehlern der Regierungen, resp. bei den mangelnden marktwirtschaftlichen Regelungen zu sehen, und darin, dass diese Länder über «ihre Verhältnisse gelebt» haben. Letzten Endes ist das auch die Grundthese, die hinter den Konzepten der Strukturanpassungspolitik besteht: die verschuldeten Länder müssen eine vernünftige Wirtschaftspolitik betreiben, damit die Wirtschaft wächst, die Exporte zu-

nehmen und die Schuldenkrise behoben werden kann. Es verwundert daher nicht, dass eine Kontroverse um die Wirtschaftspolitik von IWF und Weltbank in der Frage besteht, ob die Ursachen der Verschuldung des Südens mehr auf weltwirtschaftliche oder nationalwirtschaftliche Faktoren zurückzuführen sei.

Nach den 10 Jahren sog. Schuldenkrise ist festzustellen, dass während der 80er Jahre eine grosse Umverteilung zugunsten der Reichsten (in den einzelnen Ländern) und zugunsten der wirtschaftlich mächtigsten Länder des Nordens stattgefunden hat. Auch die Wirtschaftsmacht der multinationalen Konzerne und der Grossbanken mit Sitz im Norden hat zugenommen.

Ungereimtheiten der Strukturanpassungsmodelle

Die Schuldenkrise brach in der Hoch-Zeit neoliberaler, oder besser, neokonservativer Gläubigkeit an die Regelungen des Freien Marktes aus. Entsprechend der Modetrends in den USA haben auch die führenden Ökonomen von IWF und Weltbank an die ewige Wahrheit des Freien Marktes geglaubt. Die Grundannahme der Strukturanpassungspolitik bestand (und besteht) darin, dass die Wirtschaft am meisten wächst, wenn es funktionierende Märkte gibt, weil Märkte konkurrierend wirken und weil Marktsignale gute Indikatoren für die Allokation von wirtschaftlichen Ressourcen (Kapital, Rohstoffe, Energie u.a. Inputs, Arbeitskraft) sind 11). Wirtschaftliche Stagnation wurde auf eine vorübergehende Rezession auf dem Weltmarkt und auf strukturelle Mängel in den nationalen Wirtschaften zurückgeführt: auf fehlende Marktregelungen, staatlich verordnete Preisverzerrungen und zuviel Bürokratie zum Beispiel. Es fällt dabei auf, dass «Marktverzerrungen» meist in den Ländern des Südens gesucht und weltwirtschaftliche Verhältnisse diesbezüglich kaum problematisiert werden.

Der Ansatz selbst ist aus wissenschaftstheoretischer Sicht tautologisch 12): Da zum vornherein angenommen wird, dass der Markt auf jeden Fall optimal reguliert, lassen sich Wirtschaftskrisen auf zwei Arten erklären: entweder ist die Wirtschaftsmisere die beste aller möglichen und daher unvermeidlich, oder sie ist so schlecht, weil «Marktverzerrungen» und andere exogene Faktoren daran schuld sind. Wenn das Denkmodell nicht funktioniert, dann ist etwas an der Realität falsch und nicht umgekehrt. Am lapidarsten hat

es Ökonomieprofessor Wilms an einem Seminar der Universität Bern formuliert: «Der Markt ist wahr». Was, wissenschaftstheoretisch gesehen, ein unhaltbarer Satz ist, aber offenbar bei Generationen von Ökonomen immer wieder von neuem die unhinterfragte Grundlage ihrer abstrakt-gläubigen Theoretätigkeit gewesen ist. Aus Gründen, die noch genauer zu untersuchen wären.

An dieser Stelle sei noch beiläufig hinzugefügt, dass die mathematische Grundlage und die Systemvorstellungen, die den Markttheorien zugrunde liegen, problematisch und ziemlich veraltet sind.

Im folgenden sei auf ein paar Widersprüche in der wirtschaftspolitischen Praxis von IWF und Weltbank hingewiesen:

1. Nach den Spielregeln der Freien Marktwirtschaft hätte nicht umgeschuldet werden dürfen. Die Banken hätten einfach das (Unternehmer)risiko der Zins- und Kreditverluste auf sich nehmen müssen. Warum sollen multinationale, staatliche Institutionen intervenieren und den Privatbanken Schulden abkaufen, wenn, wie es der bekannte US-Ökonomie J.K. Galbraith respektlos formulierte «dumme Bankiers dumme Kredite an dumme Länder oder Regierungen» vergeben? Neoliberale Gründe gibt es jedenfalls dafür nicht. Allenfalls andere.

2. Durch politische Intervention und entsprechende Projektfinanzierungen durch Weltbank/IWF und Regierungen wurden die verschuldeten Länder gezwungen, mehr zu exportieren. Und dies, obwohl sogar nach Weltbankstudien ein Überangebot von Rohstoffen auf dem Weltmarkt zu deren Preiszerfall geführt hat. So exportierte zwar Ghana 60 Prozent mehr Kaffee, der Gesamterlös für den Kaffeexport war aber kleiner als vor der Produktionssteigerung. Nach der Logik der freien Marktwirtschaft hätte ein rationales Wirtschaftssubjekt schon längstens die Rohstoffexporte stoppen müssen, um den überproportionalen Preiszerfall zu verhindern und weil die Produktionskosten (in inländischer Währung) die Erlöse (in Dollars) zu übersteigen drohen. Nur – und da liegt der Haken an der Sache: Die verschuldeten Länder sind gezwungen, um jeden Preis Dollars zu verdienen, um die Schuldendienste bezahlen zu können. Diese Missachtung der sog. Exportpreiselastizität (Veränderung der Exportmenge verglichen mit der Preisveränderung) ist wohl einer der absurdesten und unverzeihlichsten Fehler, der Öko-

nomen passieren kann. Die Kenntnis dieser Problematik gehört zum ABC jeder Ökonomieausbildung. Nur drängt sich dieser Fehler geradezu aus politischen Gründen auf: die Doktrin, dass durch Wirtschaftswachstum die Exporte gesteigert werden müssen, um damit die Zahlungsfähigkeit der Länder des Südens wiederherzustellen, müsste schlicht über Bord geworfen werden, hätten die ExpertenökonomInnen genauer über Exportpreiselastizitäten nachgedacht. Profitiert hat auf jeden Fall der Norden: durch den Kauf immer billigerer Rohstoffe und durch die Finanztransfers aus dem Süden.

Die wissenschaftliche Glaubwürdigkeit solcher peinlicher Expertenirrtümer wird durch Spezialistentum abgesichert: Für den Strukturanpassungsexperten ist der Weltmarkt ein exogener Faktor, für den er nichts kann. Er muss das verschuldete Land beraten, wie es seine Exporte erhöhen kann, unabhängig davon, ob alle anderen verschuldeten Länder das Gleiche tun. Und für den Weltmarktexperten sind die rohstoffproduzierenden, verschuldeten Länder exogene, zuviel Rohstoff produzierende Faktoren. Niemand wird an den wissenschaftlich gesicherten Teilerkenntnissen dieser Experten zweifeln. Und im Dickicht unübersehbarer vieler Teilanalysen sind die Widersprüchlichkeiten schwer identifizierbar.

3. Ein weiterer Überlegungsfehler, der eigentlich erstaunen müsste, würde er nicht so gut in den herrschenden Trend passen, liegt in der zu globalen Analyse verschiedener Wirtschaftssektoren und der damit verbundenen Preismechanismen. So wurde zum Beispiel die Abwertung von nationalen Währungen in Afrika u.a. damit begründet, dass damit die landwirtschaftliche Produktion gefördert würde (s. z.B. den Text der Botschaft des Bundesrates, zitiert auf S. 24ff), ein vordergründig bestechendes Argument. So ist schon längstens in der entwicklungspolitischen Debatte über Afrika klar, dass die Terms of Trade (Preisverhältnisse) zwischen Landwirtschaft und übrigen Wirtschaftssektoren sich negativ auf die Nahrungsmittelproduktion auswirken. Die Nahrungsmittelpreise waren i.d.R. von Regierungen festgesetzt, künstlich niedrig gehalten und/oder subventioniert, um den städtischen BewohnerInnen, die zu einem grossen Teil arm sind, den Kauf genügender Nahrungsmittel zu ermöglichen. Umgekehrt wurden Produktionsmittel wie Dünger und Saatgut ebenfalls subventioniert, damit die schlecht verdienenden Bauern sich diese zur Erhöhung ihrer Produktion kaufen konnten. Mit der Abwertung der inländischen Wäh-

lung und der Freigabe landwirtschaftlicher Preise erhoffte man sich verschiedene positive Effekte:

- die landwirtschaftlichen Exportpreise würden relativ zu den übrigen Preisen steigen;
- die Mittel- und Oberklasse würden weniger von den verteuerten, importierten Luxuskonsumgütern kaufen und damit dem Land unnötige Dollarsausgaben ersparen;
- durch die Aufhebung von Preiskontrolle und der damit erwarteten Erhöhung der Nahrungsmittelpreise sollte ein Anreiz für die Bauern geschaffen werden, mehr Nahrungsmittel zu produzieren. Damit sollte der Import von Nahrungsmitteln ersetzt werden.

Doch es kam anders:

– Massive Abwertung heisst, dass der Exportsektor auf Kosten der Inlandproduktion gefördert wird, für afrikanische Verhältnisse ein entwicklungspolitischer Blödsinn. Der Überlegungsfehler liegt in der fehlenden Unterscheidung zwischen exportorientierter Landwirtschaft und Landwirtschaft, die für den internen Gebrauch produziert (meistens Frauen, s. dazu auch den Artikel von Martine Verwey). Aus entwicklungspolitischer Sicht hätte letztere und nicht erstere gefördert werden müssen. Dazu kommt, dass ein Teil der abwertungsbedingten positiven Preiseffekte auf die Exportlandwirtschaft durch die fallenden Weltmarktpreise eliminiert wurden.

– Die Preiserhöhungen betrafen nicht nur importierte Luxusgüter, sondern alle importierten Güter, die auch als Inputs für die Produktion gebraucht werden (Energieträger, Maschinen, Zwischenprodukte etc.). Diese Preise sind i.d.R. (auch z.B. in Brasilien) viel stärker gestiegen als die Preise für Nahrungsmittel und andere intern produzierte Güter. Folge: Stagnation der Produktion.

– Die Preiserhöhungen, die durch die verteuerten Importe verursacht wurden, wurden von den städtischen Händlern auf alle Produkte abgewälzt. Etliche ForscherInnen sind der Meinung, dass sich die vielbeklagten Terms of Trade zwischen Stadt und Land noch weiter verschlechtert haben und die Inflation durch die Abwertung nicht gestoppt, sondern sogar verstärkt wurde. Da je nach afrikanischem Land bis über 80 Prozent der Nahrungsmittel für den internen

Gebrauch von Frauen produziert werden, haben die Strukturanpassungsmassnahmen die afrikanischen Bäuerinnen in der Regel hart getroffen 13).

Dies sind nur ein paar Beispiele für die Fragwürdigkeit der wirtschaftswissenschaftlichen Grundlagen der Strukturanpassungsmassnahmen, soweit sie im Rahmen ihrer eigenen Voraussetzungen genauer analysiert werden. Das Schlimme daran ist, mit welcher imperialer Arroganz diese Massnahmen – z.T. gegen den Widerstand der Regierungen und lokaler Experten und z.T. mit den zur Begründung notwendigen Datenmanipulationen 14) – durchgeführt wurden und welche katastrophalen Auswirkungen diese hatten – zum Beispiel auf Frauen. Hätten die Experten die gleichen Theorien erfunden und die gleichen «Fehler» gemacht, wenn z.B. ihr Lohnindex dem Einkommensindex afrikanischer Bäuerinnen gefolgt wäre? Oder wenn ihre Kinder und nicht andere an ihren wirtschaftspolitischen Überlegungsfehlern verhungert wären? Oder wenn die Regierungen und Wirtschaftskreise des Nordens weniger Einfluss in IWF und Weltbank hätten?

Weltbankinterne und -externe Studien haben gezeigt, dass die wesentlichen Zielsetzungen der Strukturanpassungsmassnahmen (Wirtschaftswachstum, erhöhte Investitionsquote, reduziertes Staatsdefizit, Inflationsbekämpfung, Exporterhöhung) ausser, was die Exporterhöhung angeht, bis heute nicht oder minimal erreicht wurden. Die Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum und interne Investitionsquote waren negativ, obwohl die Strukturanpassungsmassnahmen damit gerechtfertigt wurden, sie würden dem Wirtschaftswachstum dienen. Selbst der höhere, aus sozialer und ökologischer Sicht ohnehin zweifelhafte Zweck wurde trotz Millionen von Toten nicht erreicht. Nicht einmal das.

Zélia Cardoso, Ex-Wirtschaftsministerin Brasiliens soll laut Zeitungsberichten kurz vor ihrem Rücktritt anlässlich eines Besuchs in Chile im Herbst 1990 gesagt haben: «Wenn dieser Plan (SAP) nicht funktioniert, müssen wir unsere Lehrbücher zerreißen.»

Teil II: Die Vernichtung von Frauen in der Wirtschaftstheorie

Ich will in diesem Abschnitt nicht auf die Frage eingehen, wie sich die SAP auf Frauen auswirken, sondern vielmehr versuchen darzustellen, wie im vorherrschenden wirtschaftstheoretischen Denken Frauen als wirtschaftlich Tätige weitgehend nicht vorkommen: Entweder werden Frauen in scheinbar geschlechtsneutralen Aggregaten (z.B. Landwirtschaft, Familie) als inbegriffen gedacht, oder ihre wirtschaftliche Tätigkeit wird als soziale Voraussetzung des Wirtschaftens verstanden. In den Wirtschaftsstatistiken wird meist zwischen Männern und Frauen nicht unterschieden, so dass bis heute erst anhand vieler einzelner Feldforschungen allgemeine Aussagen über die wirtschaftlichen Auswirkungen der SAP auf Frauen gemacht werden können. Globale Daten gibt es also kaum. Instraw (UNO International Research and Training Institute for the Advancement of Women) hat in den achtziger Jahren in einer Übersicht über die Entwicklungsplanung von 96 Ländern untersucht, wo Frauen in den Texten der Entwicklungspläne vorkommen. Frauenanliegen wurden nur in 6 Ländern berücksichtigt 15). Wenn inzwischen Frauen in Zusammenhang mit SAP mehr vorkommen, dann meist als «social dimension», für die EthnologInnen und SoziologInnen zuständig sind, nicht aber WirtschaftswissenschaftlerInnen.

Phantom Marktoptimum

Frauen sind ungefähr die Hälfte (der erwachsenen) Weltbevölkerung, arbeiten, in Arbeitszeit gemessen fast doppelt soviel wie Männer und verfügen über ungefähr 10 Prozent des (monetären) Welteinkommens (UNO1985). Wenn diese Grössenordnungen stimmen, dann heisst dies umgekehrt: Männer sind die Hälfte der Weltbevölkerung, arbeiten halb so lange wie Frauen und verfügen ungefähr über 90 Prozent des Welteinkommens. Geld ist also vorwiegend ein Zirkulationsmittel in Händen von Männern. Aufgrund anderer Welteinkommensstatistiken verfügen überschlagsmässig gerechnet die Männer aller Einkommensschichten in den Industrieländern (OECD-Länder) und in einigen öl-exportierenden Ländern – insgesamt etwa 8 Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung – über rund zwei Drittel des Welteinkommens. Da es auch in den Industrieländern viele Männer mit niedrigem Einkommen gibt, konzentriert sich die Verfügungsgewalt über die Hälfte

des Welteinkommens auf eine winzige Minderheit der Weltbevölkerung, die vorwiegend männlich und weiss ist. Die gesamte Bevölkerung der ärmsten Länder der Welt, in denen die Hälfte der Weltbevölkerung lebt, verfügt – auch die Reichsten miteinbegriffen – etwa 5 Prozent des Welteinkommens, die Frauen über einen Bruchteil davon 16).

Mit andern Worten: Wer Ökonomie als Theorie der Marktregelungen und der in Geld gemessenen ökonomischen Tätigkeiten versteht, hat sich bereits dazu entschlossen, einen grossen Teil jener Arbeit, die vorwiegend von Frauen und generell von Menschen in einkommensarmen Ländern für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen geleistet wird, aus seinen wirtschaftstheoretischen Überlegungen auszuschliessen. Da Frauen viele unbezahlte Arbeit leisten, sei es als Produzentinnen von Gütern, als Haushälterinnen, Erzieherinnen von Kindern, Pflegerinnen von Kranken, als Gemeinschaftsarbeiterinnen, müsste sich eine ökonomische Theorie, welche Frauentätigkeit miteinbeziehen will, auch mit Zeitökonomie und nicht nur mit Geld-Warenökonomie befassen. Rentabilitäts- und Effizienzrechnungen würden bei einer Zeitökonomie völlig anders aussehen als bei einer Geldökonomie. Was in der Geldökonomie als Effizienzsteigerung erscheint, kann in Realität eine Verschiebung von Arbeitsaufwand vom bezahlten in den unbezahlten Sektor sein (s. dazu den Artikel von Martine Verwey). Schon allein aus diesem Grund ist der Glaube, dass die Regelungen des Freien Marktes per se zu einer optimalen Allokation von ökonomischen Ressourcen führt, absurd.

Deregulierung von staatlich regulierten Preisen und die Privatisierung und Reduzierung staatlicher Leistungen, wie sie meist bei Strukturanpassungsprogrammen vorgesehen sind, bedeuten in Realität, dass das Verhältnis zwischen bezahlter und Gratisarbeit neu geregelt wird – meist zuungunsten von Frauen.

Wissenschaftlerinnen, die über Wirtschaftstheorie arbeiten, stossen immer wieder auf das gleiche Problem: Menschenpflege und Umgang mit lebendiger Natur generell ist nicht sehr flexibel und so einfach rationalisierbar, wie zum Beispiel die Produktion von Textilien und wie das die Theorie der Freien Marktwirtschaft voraussetzt. Ein Kakaobaum braucht mehrere Jahre bis er voll ertragsfähig ist. Was passiert, wenn die Kakaopreise in wenigen Jahren drastisch fallen? Sollen KleinbäuerInnen die Kakaobäume ausreissen, die sie vor wenigen Jahren gepflanzt haben, und etwas anderes

pflanzen? Sollen sie nicht ernten? Wie steht es mit Kindern? Frauen können Kinder nicht einfrieren, lagern oder umbringen um sich den Marktverhältnissen anzupassen. Die Flexibilität von Menschen generell und vor allem diejenige von Frauen mit Kindern ist zum vornherein beschränkt.

In der Statistik und Theorie erscheinen Wirtschaftskrisen als Verminderung des in Geldeinheiten gemessenen Bruttosozialprodukts und graphisch als kontinuierlich schwankende Kurven. In der Realität hat die Wirtschaftskrise der 80er Jahre Millionen von Menschen das Leben gekostet, die, auch wenn es wirtschaftlich wieder aufwärts geht, nicht mehr lebendig werden. Marktregulierungen und -schwankungen schliessen in Realität Diskontinuität, abrupte Veränderungen und Zerstörung mit ein. Was unter dem Plastikwort «Strukturanpassung» daherkommt, bedeutet, dass Millionen von Menschen radikale Veränderungen ihres Lebensalltags in Kauf nehmen müssen: in Bezug auf Arbeits- und Wohnort, auf Ausbildung, Berufstätigkeit, Arbeitszeit, Essgewohnheiten, familiäre Verhältnisse und Beziehungsnetzen. Es wird eine Mobilität vorausgesetzt, die sich SAP-Experten mit inflationsindexierten Löhnen und Spesen nie zumuten müssen. Sie können sich in Autos, Flugzeugen, Hotels, Wohnungen, Büros, überall, wo sie sich aufhalten, sogar dasselbe Klima, dieselbe Ästhetik, dasselbe Essen und dieselben Arbeitsgewohnheiten leisten, egal ob sie in Zürich, New York, Lagos und Bangkok sind. Und überall gibt es für die objektiven Wissenschaftler Ehefrauen, Sekretärinnen, Sachbearbeiterinnen, Putzfrauen, Mätressen und andere Frauen, die Stress und unangenehme Veränderungen des Alltags ausbalancieren.

Neoliberale Gläubigkeit setzt die entsprechende, von den Niederungen des Alltags abgehobene Lebensweise und soziale Distanz voraus.

Ich habe mir vorzustellen versucht, was es für mich konkret bedeuten würde, wenn bei uns das Kilo Brot sechzig Franken und andere Grundnahrungsmittel das -zigfache des Preises vor 10 Jahren kosten würde, wie das in vielen verschuldeten Ländern der Fall ist. Und wie es wäre, wenn die Hälfte der Spitäler, Schulen, Altersheime geschlossen und die staatlichen Subventionen für Krankenkassen gestrichen würden. Mit einer Reduktion meines Realeinkommens um einen Drittel oder um die Hälfte könnte ich nicht mehr leben und für die Hälfte der Lebenskosten für meinen Sohn aufkommen. Ich müsste zusätzlich Geld verdienen und vermut-

lich den Job wechseln, da der spendenabhängige Alternativjob ohnehin nicht mehr finanzierbar wäre. Die Frage wäre dann, ob ich in meinem Alter überhaupt noch einen Job finden würde, da ja viele weitere Arbeitsstellen auch gestrichen würden. Ich müsste mich wohl mit einer Arbeit, die weniger interessant ist als die jetzige, zufrieden geben. Und was wäre, wenn meine alte Mutter pflegebedürftig würde? Ferien, Kino, Bücher würden nicht mehr drin liegen. Mehrarbeit und billigeres Haushalten würden meine politische Freizeitaktivität in Frauengruppen einschränken. Und finanziell würde es kaum mehr möglich sein, in der bisherigen Wohngemeinschaft weiterzuleben.

Frauen inbegriffen

Strukturanpassungsmassnahmen bedeuten, wie ich in Teil 1 zu zeigen versucht habe, nichts anderes als mehr arbeiten und weniger konsumieren. Es ist offensichtlich, dass Frauen von SAP i.d.R. härter getroffen worden sind als Männer. Die Asymetrie zwischen Frauen und Männern ist in der ökonomischen Theorie jedoch nicht vorgesehen.

1. Da Frauen im Unterschied zu Männern i.d.R. mehrfache wirtschaftliche Tätigkeiten ausüben, sei es als Produzentinnen, Haushälterinnen, Erzieherinnen von Kindern, Pflegerinnen und in der Gemeinschaft Tätige, haben sich die SAP kumulativ auf Frauen ausgewirkt: als Bäuerinnen, Unternehmerinnen und Händlerinnen sind sie von der Erhöhung von Produktionskosten betroffen, als Arbeiterinnen und Angestellte von Lohnkürzungen, Entlassungen und von der Verringerung ihrer Arbeitsrechte, als Mütter und Pflegerinnen von Streichungen der Staatsbudgets im Erziehungs- und Gesundheitsbereich, als Haushälterinnen von der Steigerung der Lebenshaltungskosten 17).

2. In Begriffen wie «Landwirtschaft» wird nicht zwischen Bäuerinnen und Bauern unterschieden, obwohl diese i.d.R. unterschiedliche Produkte anpflanzen und unterschiedliche Arbeiten ausführen. In Afrika sind Frauen vor allem für die Produktion von Nahrungsmitteln für den Eigengebrauch und lokale Märkte zuständig. Die relative Erhöhung der Preise in der Exportlandwirtschaft begünstigt in der Regel Männer, ebenso die Förderung der technisch modernen Landwirtschaft.

Auch die fehlende Unterscheidung zwischen männlichen und weiblichen Lohnabhängigen ist prob-

lematisch. Die Reduzierung der Staatsausgaben und die damit verbundenen Massenentlassungen von Staatsangestellten hat Frauen besonders stark getroffen (s. dazu den Artikel von Madeleine Hadorn und Eva Schär): Wie in der Schweiz sind viele Frauen als Sekretärinnen, Lehrerinnen, Krankenschwestern und Ärztinnen etc. im Staatssektor tätig. Im Staat haben es Frauen meistens auch leichter als im Privatsektor Anstellungen für qualifizierte Berufstätigkeit zu finden. Der Abbau des Staatssektors hat folglich gerade Frauen, die in den letzten zwei Jahrzehnten im Zuge der Frauenbewegung ihre Berufsbedingungen verbessern konnten, hart getroffen.

Dies sind nur zwei Beispiele dafür, dass die scheinbar geschlechtsneutralen Kategorien in der Wirtschaftstheorie, die ungleichen Auswirkungen wirtschaftspolitischer Massnahmen auf Männer und Frauen überdecken.

3. In der Wirtschaftstheorie werden Haushalte als ein in sich harmonisches Wirtschaftssubjekt gesehen, in Übereinstimmung mit dem verkalkten Idealtypus «bürgerliche Familie», wo der Mann für das Einkommen zuständig ist und die Familie nach aussen vertritt, und Frau und Familie sozusagen privates Anhängsel seiner öffentlichen Person sind. Frauen und Männer verfügen aber meist über unterschiedliche Einkommen, sind für unterschiedliche Geldausgaben und Arbeiten im Haushalt zuständig. Verschiebungen in den Einkommens- und Preisstrukturen bewirken folglich, dass die Verfügungs- und Entscheidungsbefugnisse über Finanzen und möglicherweise auch die Arbeitsbelastung innerhalb des Haushalts neu ausgehandelt werden müssen, was zu konfliktuösen und stressigen Situationen zwischen Männern und Frauen vor allem dann führt, wenn es um die Verschlechterung von Lebensbedingungen geht. Es braucht wohl nicht besonders erklärt zu werden, dass solche Konflikte für Frauen besonders belastend sind, und dass Frauen oft gegenüber Männern den kürzeren ziehen 18).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Wirtschaftstheorien, die nur mit monetären Grössenordnungen und mit globalen Kategorien operieren, besonders dazu tendieren, Frauen aus dem wirtschaftspolitischen Denken zu eliminieren. Verschiebungen in Preis- und Einkommensstrukturen sind alles andere als geschlechtsneutral.

Phallokratischer Diskurs

Eine Kritik der Ökonomie aus Frauensicht müsste aber noch weiter gehen. Sie müsste, wie die Psychoanalytikerin und Philosophin Luce Irigaray schreibt, auch eine «Kritik des Diskurses, in welchem sie sich verwirklicht, und insbesondere ihre metaphysischen Voraussetzungen» 19) beinhalten. Irigaray weist darauf hin, dass Geld, d.h. die Ware, in welcher der Wert aller anderen Waren gemessen wird, ein männlicher Massstab ist. Die Geschichte des ersten Weltgeldes Gold und Untersuchungen über die Metaphern, die mit dem Geld und dem Finanzsystem verbunden werden, unterstützen meiner Meinung nach die These Irigarays 20). Diskursanalytisch gesehen kann das Geld-Waren-Verhältnis, als Subjekt-Objekt und als Mann-Frau-Verhältnis gelesen werden. Frauen sind in der Wirtschaftstheorie laut Irigaray «nicht Wert an und für sich, sondern Wertspiegel des Mannes/für den Mann. Zu diesem Zweck überlassen sie ihm ihren Körper als stoffliche Träger der Spiegelung» (21). Diese Kritik soll hier nicht weiter ausgeführt werden. Es sei hier nur betont, dass die heutige Sichtweise der Frau als «Soziale Dimension» in der SAP-Debatte – so jedenfalls meine These – genau diesem androzentrischen Diskurs entspricht: die Frauen sind als sozialer Hintergrund gedacht, auf dem sich die Strukturanpassungsprogramme verwirklichen. Wie es den Frauen dabei geht, ist nicht Kriterium für den Erfolg oder den Misserfolg von Strukturanpassungsmassnahmen. Was interessiert ist nur, ob die Situationen, in die Frauen durch SAP geraten, dem übergeordneten Wirtschaftszielen hinderlich oder förderlich sind. So heisst es im Bericht des Bundesrates zum Beitritt der Schweiz zum IWF und zur Weltbank: «Basisorganisationen, Frauenverbände und Genossenschaften» leisten «wertvolle Beiträge zur Verbesserung der Effizienz und Akzeptanz von Projekten» der Weltbank (zit. im Artikel von Gerlind Martin). Dieselbe Denkweise zeigt sich auch in Begrifflichkeiten wie «Frauen als Entwicklungsträgerinnen».

Umgekehrt werden in der Theorie die Wirtschaftssubjekte, die scheinbar geschlechtsneutral Personen, Familien, irgendwelche Organisationen oder ganze Länder sein können, als Idealtypus eines männlichen weissen Individuums gedacht. Die Theorie, dass Individuen versuchen ihren wirtschaftlichen Nutzen zu optimieren (eine gängige Annahme in der herrschenden Wirtschaftstheorie) und auf «Anreize» des freien Marktes reagieren, geht implizit von einer Triebstruktur bei den Wirtschaftssubjekten aus, die als allgemein

menschliche angenommen wird, in unserer Kultur aber als typisch männlich gilt und Männern ansozialisiert wird. Es geht um das Ideal des autonomen männlichen Individuums, das unabhängig von zwischenmenschlichen Beziehungen eindeutig definierte Interessen hat und sein Verhältnis zu Dingen (Geld, Waren und auch Frauen) optimal regelt und kontrolliert. Überall, wo es andere Beziehungsformen gibt, seien es gruppen-solidarische oder sei es in der Familie, Politik, im Staat oder andern Organisationen, handelt es sich aus der Sicht der Wirtschaftstheorie um ausserökonomische Dimensionen, die meist zum vornherein als irrational verdächtigt (eben unökonomisch oder ausserökonomisch sind), oder, wenn es sich um für das Wirtschaften relevante Männerclubs handelt, in der Theorie einfach ignoriert werden. Damit sind die Fragen, welche Geschlechterverhältnisse Voraussetzung der real existierenden Marktwirtschaft sind, elegant in den theoretischen Bereich weniger hochstehender, weil mathematisch weniger formalisierbarer Sozialwissenschaften verdrängt worden. Das, was im neoliberalen Denkmodell als universal gültige ökonomische Rationalität daherkommt, entpuppt sich als eine besonders andro- und ethnozentrische Variante sozialwissenschaftlichen Denkens. Eine Kritik makroökonomischer Wirtschaftstheorien müsste also auch deren Rationalitätsbegriff, der zunehmend als allgemein gültiger, unikultureller Vernunftbegriff daherkommt, dekonstruieren und in Frage stellen.

Teil III: Soldaten der Weltvernunft

Ich möchte hier noch der folgenden Frage nachgehen: Wie argumentieren heute «Experten», zum Beispiel in der schweizerischen Öffentlichkeit, um die IWF- und Weltbankpolitik gegenüber verschuldeten Ländern als objektiv notwendig und plausibel darzustellen. Obwohl, wie schon dargestellt, erstens die makroökonomischen Ziele der SAP nicht erreicht worden sind und obwohl zweitens die sozialen und ökologischen Auswirkungen dieser Politik katastrophal sind und zunehmend in der Öffentlichkeit kritisiert werden.

Verwirrender Mix von Argumenten

Der entscheidende Punkt ist, dass die Schuld für das wirtschaftspolitische Debakel vorwiegend der politischen und sozialen Realität in den verschuldeten Län-

dern zugeschoben wird. IWF und Weltbank freundlich gesinnte Kreise argumentieren auf den Punkt gebracht folgendermassen: Im Prinzip sei die Wirtschaftspolitik richtig, nur würden eben ausserökonomische Faktoren wie soziale, politische, kulturelle oder allenfalls nicht rationale ökonomische Faktoren (z.B. «Marktverzerrungen») wirtschaftliche Erfolge vereiteln. Wer aufmerksam Wirtschaftsanalysen zu IWF- und Weltbankpolitik und zur Problematik der Verschuldung liest, stellt fest, dass unaufhörlich ein beliebiger und verwirrender Mix von ökonomischen und ausserökonomischen Argumentenkarten ausgespielt wird, je nachdem, was gerade bewiesen werden muss. Je katastrophaler es mit der Wirtschaft steht, desto länger sind die Passagen über soziale und politische Probleme, von denen gesagt wird, sie verhinderten den Wirtschaftserfolg. Trendsetter sind gegenwärtig «korrupte Eliten», «mangelnde Demokratie» und «Staatsbürokratie», während noch vor zwanzig Jahren Diktaturen durchaus zu den wirtschaftsfördernden Elementen südlicher Gesellschaften gezählt wurden. Diese haben ja damals viele der Kredite bekommen, die jetzt demokratisch abbezahlt werden müssen.

Eine weitere Form des Spiels besteht darin, dass Probleme einerseits als ökonomisch, andererseits als sozial, entwicklungspolitisch, politisch oder kulturell eingestuft werden. Die Beseitigung von Zahlungsbilanzungleichgewichten ist für Länder des Südens – nicht für die USA – eine ökonomische Notwendigkeit. Die Beseitigung von Hunger und Armut wird als soziale Frage abgetan. Dem Ökonomischen wird das objektiv Notwendige, Rationale, Technische zugeordnet und dem Nicht-ökonomischen das Zweitrangige, Irrationale, Soziale, das allenfalls politisch Auszuhandelnde, wo sich ja dann auch Frauen engagieren können. In der Botschaft des Bundesrates zum IWF-Beitritt wird eine ausserparlamentarische Kommission zur Konsultation vorgeschlagen, aber nur bei entwicklungspolitischen Fragen.

Nur etwas kommt selten in der gängigen Argumentation vor: internationale Machtverhältnisse und weltwirtschaftliche Voraussetzungen des Wirtschaftens, kurz der Reichtumstransfers vom Süden in den Norden.

Vernünftiger Norden, verantwortlicher Süden

Natürlich spielen beim Reichtumstransfer vom Süden in den Norden die vielzitierten Eliten im Süden eine Rolle, aber Hauptspieler im Weltmonopoly sind vorwiegend die Wirtschaftseliten und Regierungen des Nordens. Und zudem ist Korruption nicht getrennt von Weltmarktverhältnissen zu analysieren. Die Hinweise auf die Mobutus ersetzen jedoch zunehmend die Analyse weltwirtschaftlicher Ausbeutungs- und Machtverhältnisse.

Im Prospekt zur Entschuldungspetition waren vor zwei Jahren folgende Sätze zu lesen: «Es ist nur gerecht, dass die Eliten in den Entwicklungsländern einen Teil der Schulden bezahlen, und zwar gegenüber der breiten Bevölkerung, die am meisten unter der Verschuldung leidet.» Und: «Dass die Schweiz auf Guthaben gegenüber Entwicklungsländern verzichtet, ist nichts als gerecht. Als exportorientiertes Industrieland ist sie mitverantwortlich für die Schuldenkrise der Entwicklungsländer.» Eine Personengruppe «Eliten» und ein Land, «das Industrieland Schweiz» – da werden Begriffe zusammengebracht, die nichts über wirtschaftliche Zusammenhänge erhellen. Begriffe, die gleichzeitig asymmetrisch in bezug auf ihre emotionale Besetzbarkeit sind, z.B. wenn es um Schuldzuweisung geht...

Was vor zwei Jahren für sprachlich Sensible schon beunruhigend war, kommt heute unzweideutig, offen und aggressiv daher: «Denn die meisten Entwicklungsländer betrieben ausserordentlich pittoreske Wirtschaftspolitiken, die sich hier niemand bieten liesse. Superplanwirtschaft, politische Gunstbeweise, Importlizenzen, Exportlizenzen, Exportüberschüsse, Preisverordnungen, Lohndiktate, Abwertungen, Billigstlebensmittel für die politische Gefolgschaft – der Beispiele sind unzählige. (...) Unter der seinerzeitigen linken Regierung Boliviens sorgte die Notenpresse für 89 Prozent der Staatsausgaben, in Peru gab der linke Präsident Garcia aus blauem Himmel mit der Bankenverstaatlichung den Startschuss zur Kapitalflucht der Reichen und dem Ende der Auslandskredite. Damit begann die Elendsspirale und wenn heute die Pest wütet, ist das nicht die Schuld des IWF, wie einige «Entwicklungsfreunde» unterstellen. Die rechtsstehenden Regierungen Argentiniens und Brasiliens ihrerseits veranstalteten die Kapitalflucht der Reichen derart ausgeschämt, dass die Länder ebenfalls zum IWF pilgern mussten. (...) Der IWF wird nach völligem Abwirtschaften gerufen und hat die undankbare Pflicht, Entwicklungshem-

mende Zustände, Gesetze, Privilegien wegzuempfehlen. (...) Als ob man Wohlstand aus dem Nichts schaffen könnte.» Der Text stammt nicht etwa von Blocher, sondern vom Gewerkschaftsökonom Beat Kappeler und wurde vom Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (14.1.91) als Pressecommuniqué, gegen das IWF-Referendum verbreitet. In bezug auf die Analyse der Ursachen der Verschuldung des Südens unterscheidet sich Kappeler in diesem Text nicht von rechtskonservativen, resp. neoliberalen Positionen. Er unterscheidet sich nur in den Schlussfolgerungen: Der IWF muss laut Kappeler die Regierungen des Südens zur Wirtschaftsvernunft bringen, während Neoliberale, resp. -konservative direkt auf die Vernunft des Marktes setzen.

Eine ähnliche Verantwortungsverschiebung in Richtung Süden lässt sich gegenwärtig in der entwicklungspolitischen Debatte um Umweltfragen ebenfalls beobachten. Wenn auch die Fakten dagegen sprechen, zunehmend wird ein Zusammenhang zwischen weltweiter Umweltzerstörung und «Bevölkerungsexplosion» geschaffen, nur schon dadurch, dass in den einschlägigen Artikeln die Problematik des Bevölkerungswachstums immer mehr vorkommt. Zu den SAP und Weltbankprojekten (s. dazu auch den Artikel von Anna Sax) gehören zunehmend auch Bevölkerungsplanungsprojekte. Frauen als Entwicklungs- und Eierstockträgerinnen...

Beide Argumente, «korrupte Elite» und «Bevölkerungsexplosion», wirken plausibel, weil sie offensichtlich an alte, frauenfeindliche, respektive koloniale Denk- und Fühlstrukturen anknüpfen. Und das ist das Beängstigende daran.

Die Tatsache, dass Widersprüche und Ungereimtheiten in der Ökonomie ins Soziale, Politische, Exotische und Unberechenbare, also vorwiegend in den Süden und auf die Frauen, ausgelagert werden, ist leider keine Seltenheit. So beschreibt Michael Lewis, ein ehemaliger Börsenmakler der US-Investmentfirma Salomon Brothers, wie er seine Kunden, um der Firma und sich selbst einen möglichst hohen Gewinn zu sichern, mit Fehlinformationen über Börsenpreisentwicklungen und Insidergerüchten übers Ohr gehauen hat. Wenn dann Kunden, nach empfindlichen Verlusten, an seiner Fachkompetenz, resp. Redlichkeit zu zweifeln begannen, rechtfertigte er jeweils seine Fehleinschätzungen von Börsenpreisen mit Wertpapierkäufen und -verkäufen unberechenbarer arabischer Ölscheichs. «Da nie-

mand jemals eine Ahnung hatte, was die Araber mit ihrem Geld taten und warum sie es taten, konnten Geschichten, in denen Araber vorkamen, niemals wiederlegt werden» 22), so Lewis. Nach den Berichten von Lewis überzeugte dieses Argument allenthalben. Er konnte damit den Nimbus eines kompetenten Wertpapierhändlers, der die Interessen seiner Kunden wahrnimmt, aufrechterhalten. Seine Kunden waren keineswegs unbedarfte Laien in Wirtschaftsfragen, sondern zum Beispiel Vermögensverwalter und Wertpapierhändler respektabler Banken und Versicherungen aus Europa. Das Beklemmende daran ist, wie leicht sich diese Herren, trotz Verlusten, mit einer faulen, rassistisch gefärbten Ausrede, reinlegen liessen. Und wie gerne sie an die Kompetenz ihres Geschäftspartners glaubten und daran, dass ihre Verluste auf die Existenz exogener, unberechenbarer Faktoren, in diesem Fall Araber, zurückzuführen sei.

Kompetenz

Als an einer Pressekonferenz der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke (April 91) gefragt wurde, weshalb die Sprecher für einen Beitritt zur Weltbank seien, nachdem sie soeben ein sehr kritisches Bild der Weltbankpolitik gezeichnet hätten, lautete die Antwort: Die Weltbank ist kompetent und lernfähig. Sie habe zwar Fehler gemacht, habe aber dazugelernt. Fehler machen ist bekanntlich menschlich und verständlich, Korruption weniger. Diese wird ja auch vorwiegend den Eliten im Süden vorgeworfen.

Ob für die Millionen von Hungernden und Verhungerten der Unterschied zwischen Fehlern der Weltbank und «ausgeschämter» Korruption der Eliten im Süden von Bedeutung ist, sei hier dahingestellt. Wer hierzulande kritische Fragen in Bezug auf Macht- und Interessenverhältnisse in IWF und Weltbank aufwirft und die Frage stellt, wem es nützt und wem es schadet, macht sich unsachlicher Emotionen verdächtig. Alle bemühen sich um die beste, wissenschaftlich abgesicherte Lösung dieser komplexen Verschuldungsfragen. Oder wie es IWF-Präsident Camdessus anlässlich seines Gesprächs mit Hilfswerken in Bern formuliert hat: «Nous sommes le corps de sagesse de l'économie mondiale» (Wir sind die Körperschaft der Weisheit/Vernünftigkeit/Bravheit der Weltwirtschaft). Der Franzose Camdessus hat auf seinem Schreibtisch eine Skulptur. Er nennt sie «der unbekannte Ökonom». Der Ökonom, der unbekannte Soldat der Weltwirtschaftsvernunft.

Als um so unvernünftiger werden diejenigen erklärt, die nicht einfach so an die höhere Wirtschaftsvernunft von IWF und Weltbank glauben und diese politisch voraussetzen mögen. Sie sind «Entwicklungsfreunde» (Kappeler), «Utopisten» (NZZ), «fundamentalistisch» (Bundesrat Stich) oder «wie Asterix und seine unzertrennlichen Freunde, die immer noch der Universalität dieser Welt widerstehen» (Mario Carera, Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke). Und erzürnt sagte Bundesrat Stich zu einer unterschriftensammelnden Frau: «Wir sind schliesslich kompetent.»

Kompetent.

Anmerkungen

1) In jüngster Zeit sind ein paar Bücher und Artikel erschienen, die sich damit befassen, wie in der makroökonomischen Theorie Frauen vorkommen, resp. eben nicht, und wo versucht wird, Übersichten über die Auswirkungen von SAP auf Frauen zusammenzustellen und daraus wirtschaftspolitische Forderungen abzuleiten. Einige seien hier erwähnt:

- Antrobus Peggy, *Women and Development: An Alternative Analysis*, in: *Development, Journal of the Society for International Development*, Rom 1989/1
- Elson Diane, *The Impact of Structural Adjustment on Women: Concepts and Issues*, in: Onimode Bade, *The IMF, the World Bank and the African Debt*, Zed Books, London, New Jersey, 1989, S. 56 ff.
- Diane Elson (ed), *Male Bias in the Development Process*, Manchester University Press, in Vorbereitung. In diesem Buch erscheint ein Artikel von D. Elson über «Male Bias in Macroeconomics: The Case of Structural Adjustment», dessen Manuskript uns vorliegt.
- *EnGENDERing Adjustment, Adjustment for the 1990s*, Commonwealth Secretariat, London 1989
- Gladwin Christina H. (ed), *Structural Adjustment and African Women Farmers*, Center for African Studies, University of Florida Press, 1991. Die Einleitung der Herausgeberin gibt einen interessanten Überblick über die Kontroversen betr. SAP und Bäuerinnen in Afrika.
- Umfreville Mabel, *Sexonomic\$, An Introduction to the Political Economy of Sex, Time and Gender*, Thinkbook VI, Change P.O.Box 824, London SE 24 9JS England
- Vickers Jeanne, *Women and the World Economic Crisis*, Zed Books, London and New Jersey, 1991
- 2) Suter Christian, *Schuldenzyklen in der Dritten Welt: Kreditaufnahme, Zahlungskrisen und Schuldenregelungen peripherer Länder im Weltsystem von 1820 bis 1986*, Hain Verlag, Frankfurt a.M. 1990
- 3) zit. in Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung, Bonn, 31.Dez.1991 S.3
- 4) Michler Walter, *Weissbuch Afrika*, Dietz Nachf., Bonn 1991 S.139
- 5) a.a.O. S.432 und 149
- 6) Sabet Hafez, *Die Schuld des Nordens, Der 50-Billionen Coub*, Horizonte, Bad König 1991, S.47
- 7) zit. in Mistry Percy S., *African Debt Revisited, Procrastination or Progress?*, Fondad, The Hague 1991, S.15
- 8) a.a.O. S. 12 und 7
- 9) *epd-Entwicklungspolitik, Aktueller Beitrag 1/91*, S.5

- 10) Sabet a.a.O.
- 11) Gladwin Christina H. a.a.O. S.4
- 12) tautologisch heisst, dass in einer Aussage logisch alle Möglichkeiten miteingeschlossen sind: «Kräbt der Hahn auf dem Mist, dann ändert das Wetter oder es bleibt wie es ist».
- 13) s. dazu die Artikelsammlung von C.H. Gladwin. Es gibt Fälle, wo Bäuerinnen von den SAP profitiert haben, aber dies scheint eine Ausnahme zu sein.
- 14) s. dazu die beiden Bücher:
- Budboo Davison L., *Genug ist genug, Offener Kündigungsbrief an den geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungs-fonds, epd-Entwicklungspolitik: Materialien III/91*
- Hanlon Joseph, *Mozambique, Who calls the Shots?* Currey, London 1991.
Beide Autoren berichten über massive Datenmanipulationen und Ausüben von politischem Drucks, wenn die Expertenberichte nicht in den wirtschaftspolitischen Kram von IWF und Weltbank passen.
- 15) zit. in Vickers a.a.O. S.X
- 16) berechnet aufgrund der Statistiken bei: Chossudovsky Michel, *Comment éviter la mondialisation de la pauvreté*, Le Monde Diplomatique, Sept. 91, S.4
- 17) *EnGENDERing Adjustment*, a.a.O. S. 53ff.
- 18) s. dazu die interessante Artikelsammlung von Dwyer Daisy and Bruce Judith (ed), *A Home Divided, Women and Income in the Third World*, Stanford University Press 1988
- 19) Irigaray Luce, *Macht des Diskurses, Unterordnung des Weiblichen*, in: *Das Geschlecht das nicht eins ist*, Merve, Berlin 1979, S.87
- 20) Genauere Argumente dazu in: Madörin Mascha, *Männliche Ökonomie – Ökonomie der Männlichkeit, Wirtschaftstheorie und pballokralische Ordnung*, in: *Emanzipation 1 jan/feb 91*
- 21) Irigaray Luce, *Frauenmarkt*, in: a.a.O. S. 170
- 22) Lewis Michael, *Wall Street Poker, Die authentische Story eines Salomon Brokers*, Econ, Düsseldorf, Wien, N.Y. 1990 S. 251

Meine Auslandverschuldung – auch eine Annäherung!

Satire der lateinamerikanischen Schriftstellerin Christina Peri Rossi, Uruguay

Alles weist darauf hin, dass ich den grossen internationalen Banken, dem Weltwährungsfonds oder der Interamerikanischen Entwicklungsbank 1700 US Dollar schulde. Ich weiss gar nicht, was ich mir dafür gekauft habe. Ich habe mir die Erklärungen des Präsidenten und meines Wahlkandidaten aufmerksam angehört: Beide haben mir bestätigt: Alle Uruguayer – ob an- oder abwesend, ob bisher im Exil oder als politische Gefangene in Haft, ob Pensionisten, Halbwüchsige oder Säuglinge – sind bei den Banken verschuldet. Dabei habe ich mir in den letzten Jahren gar kein Folterinstrument und auch kein neues Maschinengewehr zugelegt.

Aber auch alle Argentinier, alle Peruaner und Mexikaner haben Schulden. Das ist nämlich ein grosser Vorteil der Demokratie: die Darlehen kommen nur wenigen zugute, aber die Schulden zahlen alle, Reiche und Arme, Militärs und Zivilisten, und zwar nicht entsprechend dem jeweiligen Gebrauch, sondern schön verteilt auf alle, so wie eben in einer Demokratie gleiche Pflichten für jeden bestehen. Im übrigen gibt's für die politischen Gefangenen, welche die Diktatur überlebt haben, keine Ermässigung. Auch nicht für die Flüchtlinge – die Schulden bei den Internationalen Banken sind unübertragbar, unteilbar, unvergänglich, unteilbar und unaufschiebbar. Wie eine Epidemie treffen sie jeden von uns, ungeachtet unserer Sünden. Die Auslandverschuldung ist demokratisch, sie belangt uns alle – die gesamte Dritte Welt. Wie ein Krebstumor, dessen todbringende Zellen weiterwuchern, ohne Diskriminierung, ohne Kriterium.

Da ich um den Kredit gar nicht angesucht habe und die 1700 Dollar auch nicht in eine Reise nach Hawaii steckte, muss jemand anderer in meinem Namen darum angesucht haben, was anscheinend nichts daran ändert, dass ich die Schuldnerin bin. Es ist fast eine metaphysische Verschuldung: obwohl ich mich nie um einen Kredit beworben habe, soll ich ihn jetzt zurückzahlen – einfach deshalb, weil ich in einem tristen, armen Land zur Welt kam, nicht in Europa oder in Nordamerika, wo nur Leute geboren werden, die Geld

leihen, nicht solche, die es sich borgen. Ich soll die Verschuldung mit dem Gleichmut der Hoffnungslosen hinnehmen: Opfer einer transzendentalen höheren Ordnung, deren Sitz sich in Washington, Tokio oder Frankfurt befindet.

Ich soll zahlen, sagen meine Gläubiger, wenn ich auch nichts habe, womit ich zahlen könnte. Ich kann keine Hypothek auf meine Wohnung aufnehmen, die mir nicht gehört, noch das Auto verkaufen, das ich gar nicht habe, noch die Juwelen meiner italienischen Grossmutter verpfänden, weil es sie nie gab. Und wenn ich mich für zahlungsunfähig erkläre? Oder einen Roman schreibe? Wenn ich damit fertig bin, ehe die nächste Rate fällig wird, kann ich mit meinem Autorenhonorar von 10 Prozent pro verkauftem Exemplar vielleicht die 10 Prozent meiner Schulden beim Weltwährungsfonds bezahlen, wie es unser Präsident befiehlt.

So weit so gut – bloss: wovon werde ich die restliche Zeit leben? Fidel Castro, der ein Radikaler ist, rät, überhaupt nicht zu zahlen. Eine Lösung, die meinem Verstand und meiner Geldbörse eher zusagt. Aber wenn ich meine 1700 US Dollar nicht bezahle, werden der Weltwährungsfonds und die Interamerikanische Entwicklungsbank uns alle bestrafen und uns in Hinkunft jeden Kredit sperren. Das will heissen, dass die lateinamerikanischen Militärs ihre so wirksamen Repressionswerkzeuge nicht auf den letzten Stand bringen können, dass sie mit uralten Panzern spazierenfahren müssen und schwere Depressionen erleiden werden.

Man wird dann auch keine Häuser bauen, keine Industrien ansiedeln können, wofür allerdings auch schon bisher zweckgebundene Darlehen nicht verwendet wurden. Aber den Gläubigern ist es letztlich egal, wie man das Geld verwendet, und der Schuldner sagt ihnen sowieso nicht die Wahrheit. Mir scheint, die ganze Sache ist viel schlimmer: Wenn ich nicht zahle, werden der Währungsfonds und die Entwicklungsbank demjenigen kein Geld mehr leihen, der in meinem Namen darum angesucht hat. Und wenn die Bank keine

Kredite mehr gibt: wozu ist sie dann gut? Was sollten die reichen Bankiers denn tun, wenn es keine armen Länder gäbe, denen sie Geld leihen können? Es wäre der Zusammenbruch der westlichen Wirtschaft, dieses heiklen Spinnennetzes, in dem wir alle zappeln.

Entsetzt von der Möglichkeit, dass meine 1700 US Dollar Schulden den Sturz des Systems, in dem ich geboren, aufgewachsen und verkauft worden bin, hervorrufen, begreife ich endlich die Weisheit der Banken: um die 10 Prozent meiner Verschuldung tilgen zu können, muss ich mich zur nächsten Zweigstelle der Interamerikanischen Entwicklungsbank begeben und dort um einen neuen Kredit ansuchen. Ich werde ihn sehr artig am Schalter vier entgegennehmen und am Schalter fünf werde ich ihn, ebenfalls sehr artig, wieder zurückgeben: um zehn Prozent meiner Schulden abzustottern.

Worthülsen statt Menschen – Scheinwelten statt Realität

von Gerlind Martin

«Zentrales Ziel der Weltbankgruppe ist die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittes in den Entwicklungsländern.» (S. 2) Dieser Satz steht in der «Übersicht», die der «Botschaft über den Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods» 1) vorangestellt ist; er ist charakteristisch für die gesamte Botschaft, was eine genauere sprachliche Untersuchung bestätigt: Es sind die Internationalen Organisationen Weltbank (WB) und Internationaler Währungsfonds (IWF), die handeln und bestimmen; die Länder, Regierungen, Bevölkerungen im Süden sind die zu behandelnden Objekte. «Nur von der Staatengemeinschaft getragene Institutionen wie die Weltbank und der Währungsfonds sind in der Lage, einen kohärenten Rahmen zu setzen und jenen Ländern die Unterstützung zu gewähren, die in ein wirtschaftliches Ungleichgewicht geraten sind.» (S. 3)

Unter «Ziele und Aufgaben» des IWF hält der Bundesrat fest: «Voraussetzung für die Zahlungsbilanzhilfe ist die Durchführung wirtschaftspolitischer Massnahmen, die zur Reduktion des Defizites beitragen sollen. Im Vordergrund stehen dabei geld-, fiskal- und wechselfpolitische Massnahmen. Angesichts der besonderen Hartnäckigkeit von Zahlungsbilanzproblemen vieler Entwicklungsländer schenkt der IMF den strukturellen Aspekten zunehmende Beachtung.» (S. 7) Und unter «Funktionsweise» wird als Hauptziel von Strukturanpassungsfazilität und Erweiterter Strukturanpassung genannt, «diesen Ländern mit Krediten zu konzessionellen Bedingungen zu helfen, ihre Zahlungsfähigkeit wiederherzustellen und gleichzeitig die Strukturen ihrer Volkswirtschaft so zu verändern, dass dauerhaftes Wirtschaftswachstum möglich wird» (S. 21). Auch das Grundziel aller IWF-Anpassungsprogramme nennt die Botschaft, ohne es irgendwie in Frage zu stellen, nämlich, «die betroffenen Volkswirtschaften dem Wettbewerb nach innen und nach aussen zu öffnen» (S. 39). Bei soviel nicht hinterfragter Übernahme von Absichten, Zielen und Vorgehensweisen überrascht der Glaube des Bundesrates an die sogenannte «vierte Ge-

neration» der IWF-Strukturanpassungsprogramme – die mit der sozialen Dimension – nicht mehr. Die währungs- und wirtschaftspolitische Ausrichtung des IWF wird in der Botschaft deutlich nachgezeichnet, nichts desto trotz nimmt der Bundesrat dieser Organisation sozialpolitisches Engagement ab – trotz ihrer Geschichte, ihrer Aufgaben, Handlungsweisen und Anpassungsprogramme, die «in den achtziger Jahren mit zum Teil grossen Härten für die ärmsten Bevölkerungsschichten verbunden waren, was in verschiedenen Fällen zu sozialen Unruhen führte» (S. 39).

Auch den Experten der WB vertraut der Bundesrat: Die WB achte darauf, heisst es in der Botschaft, «dass die wirtschaftspolitischen Auflagen und der finanzielle Aufwand für das Land vertretbar sind und nicht zu unzumutbaren politischen und sozialen Belastungen führen. Das Programm muss mit anderen Worten möglichst Gewähr bieten, dass nach dessen Abschluss der Zugang der schwächeren Bevölkerungskreise zu Nahrungsmitteln, Wohnungen, Gesundheitsfürsorge und Ausbildung verbessert ist.» (S. 63) Wer sich dafür interessiert, was der Bundesrat für die Menschen in einem sogenannten Drittweltland als «verantwortbaren Aufwand», als «unzumutbare politische und soziale Belastungen» definiert, wird enttäuscht. Die schönen Worte können nicht an verbindlichen Kriterien gemessen werden. Übrigens: Im oben zitierten Satz steht nichts davon, dass der Aufwand der Anpassungsprogramme die Menschen jener Länder belastet; die Wörter verstecken die Menschen, drängen sie zurück. Es geht einzig darum, dass «die wirtschaftspolitischen Auflagen und der finanzielle Aufwand» für die abstrakte Grösse «Land» vertretbar sein sollen.

Wie eigentlich geraten die südlichen Länder in die Lage, auf WB und/oder IWF angewiesen zu sein? Die Botschaft äussert sich dazu wenig konkret. Vielmehr ist sie beherrscht von der Einschätzung, die Länder seien irgendwie in dieses wirtschaftliche Ungleichgewicht geraten: Die Gründe für ihre desolate wirtschaftliche Si-

tuation reflektieren die Verfasser der Botschaft nicht. Allerdings formulieren die Verfasser unmissverständlich: Die Regierungen selber verschlimmern die Situation ihrer Länder, indem sie ihre Währungen zu hoch bewerten und sich verschulden und weil sie ohne IWF-Druck keine innenpolitischen Korrekturmaassnahmen zu realisieren vermögen. (z.B. S. 39)

Zu den Phänomenen dieser Botschaft gehört, dass an innenpolitischen Symptomen zwar das wirtschaftliche Ungleichgewicht eines Landes abzulesen ist, dafür aber offenbar keine Gründe existieren. Weltwirtschaft und damit verbundene Machtpolitik beispielsweise werden in der Botschaft kaum je thematisiert und schon gar nicht daraufhin untersucht, inwieweit sie die Gründe zahlreicher Symptome darstellen. Ebenso verschwiegen werden die Menschen – sie kommen in der Botschaft praktisch nicht vor.

Frauen werden nicht zur Kenntnis genommen ...

«Die Armen – insbesondere Frauen und Kinder – leiden am meisten unter Krankheiten, die durch das Wasser übertragen werden. Unterernährung und eine unzureichende Gesundheitsfürsorge kommen oft hinzu, so dass jedes Jahr Millionen von Menschen in den Entwicklungsländern an den Folgen dieser Mangelsituation sterben.» (S. 59)

«Basisorganisationen, Frauenverbände und Genossenschaften» leisten «wertvolle Beiträge zur Verbesserung der Effizienz und Akzeptanz von Projekten.» (S. 61/2)

«Durch den Einbezug aller Bevölkerungsschichten, namentlich auch der Frauen, und der Respektierung der Menschenrechte soll sichergestellt werden, dass möglichst alle am wirtschaftlichen und sozialen Aufbau ihres Landes teilhaben können.» (S. 94)

Mehr ist aus der gut 260 Seiten starken Botschaft nicht zu zitieren. Schnell ist die Frage beantwortet, wie Frauen darin vorkommen: praktisch nicht. Die Verfasser stellen nicht dar, wie Frauen mit WB-Programmen und IWF-Massnahmen leben; wie sich ihre Lebensbedingungen verändern; welche ihrer Lebensbedingungen überhaupt und warum durch WB-Programme verändert werden soll(t)en. Die Ignoranz der

Verfassenden und derer, die die Botschaft abgesehen und unterschrieben haben, wird noch augenfälliger, vergleicht Frau dieses Nicht-Berücksichtigen der Frauen mit früheren Absichtserklärungen aus dem Bundeshaus: «In unserer Zusammenarbeit sind wir uns sehr bewusst, dass wir den Frauen in Entwicklungsländern nicht unseren Lebensstil und unsere Werte aufzwingen sollten. Es geht vielmehr darum, aufmerksam auf die Frauen der Dritten Welt zu hören und ihnen zu helfen, das zu erreichen, was sie selber wollen und was sie benötigen, um ihre Lebensqualität zu verbessern. Dabei sollte man sich einer Tatsache erinnern, die banal erscheinen mag: Die Entwicklung ist nicht die Angelegenheit der Männer, sondern die Angelegenheit einer Bevölkerung, die sich aus Männern und Frauen zusammensetzt.» 2) Blosser Lippenbekenntnisse? Oder sind es Aussagen und Vorsätze, die – wie das gesamte Gesetz über die Entwicklungszusammenarbeit – im Rahmen von WB und IWF eben gar keinen Platz mehr haben werden?

... Menschen generell unkenntlich gemacht

Kinder und Jugendliche, Frauen und Männer jeden Alters und jeder sozialen Stellung, Berufsleute, Haus- und Familienfrauen, Alleinversorgerinnen und Arbeitslose, Minderbemittelte und Kranke – die Botschaft ersetzt die Menschen durch Wortungetüme und Fachbegriffe. Es lohnt sich, die Begriffe aufzulisten, mit denen die Menschen gleichzeitig erfasst und als existierende Lebewesen unkenntlich gemacht werden: ärmere Bevölkerungsschichten, schwächere Bevölkerungsschichten, ärmste Bevölkerungsschichten, die Armen, lokale Kapazitäten, Produktionspotential, ärmere Menschen, ländliche Bevölkerung, Stadtbewohner. Es ist nur logisch, wenn in der Folge der «Lebensstandard der Entwicklungsländer» (S. 50) gehoben werden soll – nicht der Lebensstandard der dort lebenden Menschen.

Zudem werden die lebendigen Menschen in Passivsätzen in Nichts aufgelöst oder sie verschwinden in nichtpersonalen Satzkonstruktionen: «1970 begann die Weltbank mit der Darlehensvergabe für Familienplanung: leichterem Zugang zu Empfängnisverhütungsmitteln aber auch bessere vor- und nachgeburtliche Säuglingspflege stehen im Vordergrund.» (S. 59) In der Regel erscheinen die selten vorkommenden Menschen, beziehungsweise «Bevölkerungsschichten», als Objekte eines Programms oder einer Massnahme, ganz selten

nur werden sie als handelnde Subjekte wahrgenommen und dargestellt – zum Beispiel, zynischerweise, wenn sie sterben: «Unterernährung und eine unzureichende Gesundheitsfürsorge kommen oft hinzu, so dass jedes Jahr Millionen von Menschen in den Entwicklungsländern an den Folgen dieser Mangelsituation sterben.» (S. 59)

Es ist für die Leserin und den Leser der Botschaft vollkommen unmöglich, sich die betroffenen Menschen und ihre Lebensrealitäten auch nur annähernd vorstellen zu können. «Heute fördert die Weltbank vermehrt Projekte, deren Nutzen möglichst direkt den ärmeren Menschen in den Entwicklungsländern zu kommt.» (S. 55) Die Aussagen werden zu leeren Formeln, die sich beliebig wiederholen lassen und so vollends zu Worthülsen verkommen. Völlig illusorisch ist es, sich aufgrund der Botschaft ein Bild machen zu wollen, wie die Menschen leben, beziehungsweise in welche Situationen Weltbank und IWF mit ihren Programmen und Massnahmen eingreifen. Es wird zwar reich der Eindruck vermittelt, die Programme würden im richtigen Moment am genau richtigen Ort anpacken – doch genau besehen gibt es dafür – nicht zuletzt aus den oben erwähnten Gründen – nirgends konkrete Anhaltspunkte, nur Behauptungen.

Wortungetüme und Leerformeln

In der Botschaft sprechen die Verantwortlichen gehäuft von «schwerwiegenden wirtschaftspolitischen und währungspolitischen Problemen». Die diagnostizierte «Schulden-, Migrations- und Umweltproblematik» ist «geprägt durch starke Spannungen zwischen dem Norden und dem Süden» (S. 3, 83). In verschiedenen Entwicklungsländern herrscht ein «kritische Lage», sind sie doch «in ein wirtschaftliches Ungleichgewicht geraten» (S. 3). Trotz «beispielloser Probleme» und «akuter Schwierigkeiten» – Hilfe naht: «Angesichts der besonderen Hartnäckigkeit von Zahlungsbilanzproblemen vieler Entwicklungsländer schenkt der IMF den strukturpolitischen Aspekten zunehmend Beachtung.» (S. 7) So geht es etwa darum, «wachstumshemmende Strukturschwächen auszumerzen» (S. 63). «Die sozialen Härten» (S. 62), «die hohen sozialen und ökologischen Kosten» (S. 93) der IWF-Programme – also dieser mit den Anpassungsprogrammen verbundenen Kosten zulasten der «ärmeren Bevölkerung» – sollen, sobald die Schweiz im IWF mitreden kann, «auf ein Minimum reduziert werden» (S. 93). Vergebens sucht die

interessierte Leserin, wie der wohlgenährte, -bekleidete und -behauste Bundesrat dieses «Minimum» definiert.

Es ist schwierig, aufgrund der Botschaft herauszufinden, was in der Realität wirklich geschieht, wenn der IWF eine Volkswirtschaft «anpasst». Die folgenden zwei Zitate gehören zu den konkretesten Schilderungen und sind eigentliche Ausnahmen: «Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass die Umsetzung von Struktur-anpassungsprogrammen hohe Anforderungen an die jeweilige Regierung stellt und von der Bevölkerung zum Teil grosse wirtschaftliche Opfer verlangt.» Die politische Durchsetzung, so heisst es weiter, sei oft schwierig, «da Privilegien beschnitten, Stellen abgebaut und Subventionen gekürzt werden müssen. Besonders gravierend für die längerfristige Entwicklung können Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitswesen sein.» (S. 37)

Die Botschaft ist in einem streckenweise IWF-/WB-kritischen Ton gehalten, was den Eindruck sachlicher, objektiv-neutraler Information verstärkt. Die Sprache – vor allem im IWF-Teil – ist eine abstrakte Fachsprache, geschliffen und in sich stimmig: Wer nicht aufpasst, verfällt dieser Magie der Wörter und Wortkaskaden, denn sie tönen gut, kompetent, informativ. Doch diese Sprachregelungen, Leerformeln und Worthülsen decken Realität zu, verschleiern wirksam die Fakten, die sie zu beschreiben bloss vorgeben. Ein anschauliches Beispiel dafür bietet der Abschnitt, in welchem das Warum und Wie der IWF-Massnahmen im Rahmen der sogenannten Struktur-anpassungsprogramme dargestellt wird. Ganz anders lesen sich die gleichen Massnahmen bei Claudia von Braunmühl 3): Ausgehend von den offiziellen Sprachregelungen macht sie einerseits konkrete Bezüge, andererseits kommentiert sie sowohl Massnahmen wie Sprache, was im Vergleich zur bundesrätlichen Fassung ungemein erhellend wirkt. 4)

Dieses Phänomen der Sprache, die verschleiert anstatt zu informieren, spricht auch Diane Elson an: «Makroökonomische Trends und Strategien werden gewöhnlich in einer Sprache präsentiert, die völlig geschlechtsneutral scheint. Die Menschen werden erst gar nicht erwähnt, ebensowenig die geschlechtsspezifische Aufteilung der Arbeiten. Es interessieren Brutto-sozialprodukt oder Bruttoinlandprodukt; Importe, Exporte und die Zahlungsbilanz; Leistungsfähigkeit und Produktivität. Es wird von den ökonomischen Strategien erwartet, dass sie Ressourcen neu verteilen und

ausgeglichene Zahlungsbilanzen herstellen, Exporte erhöhen und Wachstumsraten bewirken. Diese scheinbare Geschlechterneutralität verdeckt aber noch grössere Geschlechtervorurteile. Die Analyseverfahren und die Strategien sparen den ganzen Prozess der sozialen Reproduktion aus.» Makro-ökonomische Analysen und Strategien, so Diane Elson weiter, seien, gerade weil sie alle diese Arbeiten ausklammerten, «bereits in ihrer Anlage frauenfeindlich». 5)

Anhang

Textauszug: Botschaft des Bundesrates 6)

«In vielen Entwicklungsländern haben einseitige wirtschaftliche Strukturen, überhöhte Wechselkurse sowie übertriebene Eingriffe in die Kapital-, Güter- und Arbeitsmärkte die Leistungs- und Anpassungsfähigkeit der betroffenen Volkswirtschaften immer stärker unterminiert; ihre Wiederherstellung ist letztlich das Hauptziel der Reformprogramme. Die dafür erforderlichen Massnahmen können von den Ländern allerdings nur ausnahmsweise im Alleingang finanziert und durchgeführt werden. In den meisten Fällen spielen der IMF und die Weltbank sowohl bei der Formulierung wie auch bei der Finanzierung der Programme eine Schlüsselrolle.

Das zwischen dem IMF, der Weltbank und der Regierung des betroffenen Landes ausgearbeitete wirtschaftspolitische Rahmendokument (Policy Framework Paper) und das darauf aufbauende Struktur-anpassungsprogramm umfassen in der Regel folgende Elemente:

Korrektur verzerrter Wechselkursverhältnisse.

Durch die meist überfällige Abwertung werden die Produktionsanreize im Inland, namentlich für die Landwirtschaft und die Kleinindustrie, erhöht und die Konkurrenzfähigkeit für Exportprodukte verbessert.

Massnahmen im Bereich der Geld- und Budgetpolitik.

Diese Massnahmen zielen darauf ab, die Geldmenge den tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen und hohe Staatsdefizite abzubauen, womit unter anderem die Inflation reduziert werden soll; positive Realzinsen sollen das Sparaufkommen und die effiziente Allokation knapper Ressourcen fördern.

Anpassung der binnenwirtschaftlichen Strukturen.

Diese Reformen haben zum Ziel, die Produktion in den Bereichen Landwirtschaft, Industrie und Handel durch geeignete Sektorstrategien, Kostensenkungen und am Markt orientierte Preise zu stimulieren.

Verbesserung der institutionellen Strukturen.

Sie soll erreicht werden durch Redimensionierungen und Effizienzsteigerungen in der öffentlichen Verwaltung, die Revision der Aufgabenteilung zwischen Staats- und Privatwirtschaft sowie durch die Stärkung wichtiger Institutionen (Zentralbank, Justiz). Der IMF und die Weltbank, aber auch andere wichtige Geldgeber knüpfen ihre finanzielle Unterstützung dieser Programme an die konsequente Durchführung der darin beschlossenen Reformmassnahmen. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass die Umsetzung von Struktur-anpassungsprogrammen hohe Anforderungen an die jeweilige Regierung stellt und von der Bevölkerung zum Teil grosse wirtschaftliche Opfer verlangt. Die Schwierigkeiten liegen einerseits in der politischen Durchsetzbarkeit gewisser Reformen, da Privilegien beschnitten, Stellen abgebaut und Subventionen gekürzt werden müssen. Besonders gravierend für die längerfristige Entwicklung können Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitswesen sein. Zudem verfügen viele der betroffenen Regierungen nicht über alle erforderlichen Mittel und wirtschaftspolitischen Instrumente zur Realisierung bestimmter Reformen, so etwa ein gut funktionierendes Steuersystem, die erforderliche wirtschaftspolitische Analysekapazität sowie die notwendigen Wirtschafts- und Sozialdaten.» (S. 36–38)

Textauszug: Claudia von Braunmühl 7)

«Seit 1980 wird die Situation mit neoliberaler Brille anders gesehen. Es ist nicht ein Zuwenig an Einkommen, worunter die Dritte Welt leidet (und warum sie ihre Schulden nicht ordentlich zahlt); es ist ein Zuviel an Ausgaben. Die Leute leben über ihre Verhältnisse, sie müssen den Gürtel enger schnallen. Oder, um es mit den Worten der Weltbank selber auszudrücken, es geht um 'die Kürzung des Konsums mit dem Ziel, zusätzlich Ressourcen für Investitionen freizusetzen' (Weltentwicklungsbericht 1987).

Diese Programmatik nennt sich Struktur-anpassung und es ist zu fragen, wessen Konsum gekürzt wird und wer investiert? IWF und Weltbank haben dazu sehr dezidierte Vorstellungen und setzen diese in Form

von Bedingungen bei nahezu jedem ihrer Kredite durch.

(...) 'Wie die meisten wirtschaftspolitischen Kurswechsel', so die Weltbank, 'bringt eine Wende zugunsten einer aussenorientierten Wirtschaftspolitik zwangsläufig Umstellungen mit sich.' Sie weiss auch durchaus, wer sie trägt. 'Je schneller und grundlegender der Wandel erfolgt, desto grösser ist der unmittelbare Nutzen für die Volkswirtschaft. Um so höher ist aber auch die Wahrscheinlichkeit, dass ein grösserer Teil der Bevölkerung mit Übergangskosten dadurch belastet wird, dass Arbeiter ihre alte Beschäftigung verlieren und Unternehmen ihre bisherigen Aktivitäten aufgeben.' So ist es nun einmal, was 'der Volkswirtschaft' nützt, belastet 'einen grösseren Teil der Bevölkerung'. Wer, bitte schön, ist dann das Volk in der Volkswirtschaft?

(...) Wie soll sie nun im einzelnen aussehen, die für so überaus nötig gehaltene Anpassung der Strukturen? Für diese Zwecke möchte ich sie, wenngleich sie natürlich alle miteinander zusammenhängen, in sieben Schritte zerlegen.

1. Abwertung.

Der Preis der in der Regel überbewerteten nationalen Währung soll sich auf dem freien Markt einpendeln; ergo, meist drastische Abwertung und weitere Flexibilität, meist nach unten. Auf diese Weise sollen Importe verteuert werden, wodurch einheimische ProduzentInnen einen marktkonformen Schutz erhielten, Exporte- bzw. Touristkangebote sollten billiger und damit international konkurrenzfähiger werden. Insgesamt diene das der optimalen Verteilung der Produktionsfaktoren im Kontext internationaler Arbeitsteilung.

2. Aufhebung nicht marktkonformer Eingriffe (Deregulation).

Das sind Subventionen, z.B. von Grundnahrungsmitteln, Schutzzölle, Einfuhrbeschränkung und ähnliches. Dadurch soll ineffizienten einheimischen ProduzentInnen der Schutz entzogen werden, die KundInnen sollen in den Genuss des tatsächlich auf dem Markt günstigsten Angebots kommen.

3. Abbau des staatlichen Haushaltdefizits

Durch weniger Ausgaben – dem dienen Kürzungen, v.a. im Gesundheits- und Erziehungswesen, Entlassungen im öffentlichen Dienst, Einfrieren der Löhne, Einstellungsstopp etc. – und durch mehr Einnahmen. Dazu

werden neue Steuern und Abgaben eingeführt, bzw. die Bezahlung vormals unentgeltlicher Dienste (z.B. medizinische Grundversorgung).

4. Ein investitionsförderliches Klima

ist herzustellen, v.a. durch Abbau von Investitionshemmnissen, wie z.B. Begrenzung von Profittransfer ins Ausland, Mindestlohn- und Arbeitsschutzregelung und durch Einführung von Lohnhöchstgrenzen und diversen Vorleistungen für ausländische Direktinvestitionen. 'Die Arbeitskräftenachfrage wird', so die Weltbank, dadurch 'stimuliert, dass die Mindestlohnbestimmungen aufgehoben werden', denn es 'kann eine Abwertung des Wechselkurses nur dann die Produktion anregen, wenn die Reallöhne nach unten beweglich sind.'

5. Verknappung des umlaufenden Geldes.

Hohe Zinsen, Verpflichtung der Banken, einen erheblichen Anteil ihrer Mittel in Reserven zu halten, Kreditobergrenzen u.ä. sollen die Inflation und die Nachfrage nach Devisen dämpfen.

6. Privatisierung staatlicher Unternehmen.

Nicht etwa die unrentablen und ineffizienten sollen privatisiert werden, sondern überhaupt und im Prinzip, denn es geht 'um eine offene Wirtschaft und die Anerkennung des privaten Sektors als Motor des Wachstums'.

7. Wirtschaft auf den Export hin orientieren.

Das kann gar nicht genug betont werden. 'Der Vorteil einer aussenorientierten Strategie gegenüber einer binnenorientierten besteht in der Förderung des wirtschaftlichen Einsatzes der Ressourcen.' Da sind dann auch direkte Eingriffe und Umstrukturierungshilfen erlaubt, ja geboten, und hierfür v.a. sind die Struktur- anpassungsdarlehen der Weltbank gedacht.»

1) Botschaft über den Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods vom 15. Mai 1991

2) Massnahmen zur Stärkung der Rolle der Frau im Entwicklungsprozess. In: Botschaft über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten der Entwicklungsländer. Bern, 21. Februar 1990. S. 77/78

3) Braunnübel, von, Claudia: Strukturanpassung – mit Frauenaugen gesehen. Was die Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank für die Frauen in Jamaika bedeutet. In: Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis, Hrsg.: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis. 1988. S. 54/5

Die Autorin illustriert im weiteren die IWF-Massnahmen am Beispiel von Jamaika mit der stichwortartigen Aufzählung ganz konkreter Folgen, wie sie die Frauen in praktisch allen Lebensbereichen täglich treffen. S. 58ff

4) Auszüge sind im Anhang dieses Artikels abgedruckt.

5) Elson, Diane: The Impact of Structural Adjustment on Women: Concepts and Issues. In: Onimode, Bade, Hrsg.: The IMF, the World Bank and the African Debt. Volume 2: The Social and Political Impact. London 1989. S. 57 (Übersetzung: G. Martin)

6) IMF und Entwicklungsländer. In: Botschaft über den Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods

7) Braunnübel, von, Claudia: Strukturanpassung – mit Frauenaugen gesehen.

Frauen, Gesundheit und die Folgen der Strukturanpassungspolitik

SAP macht nicht satt

von Martine Verwey

Weltweit sind Frauen verantwortlich für Gesundheit. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) findet mindestens 75 Prozent jeglicher Gesundheitsversorgung innerhalb der Familie oder auf individueller Ebene statt 1). In den restlichen 25 Prozent spielen Frauen in der institutionalisierten Gesundheitsversorgung, zum Beispiel als Krankenpflegerin in einem Spital, ebenfalls eine grosse Rolle. In der Familie haben Frauen die Hauptverantwortung für die Gesundheitspflege und die Ernährung der Familienmitglieder. Wenn eine Person krank wird, sind es überdies meistens Frauen, welche die nötigen Schritte unternehmen müssen und die Krankenpflege auf sich nehmen. Welchen Stellenwert aber hat die Gesundheit der Frauen selber?

In der Literatur, die auf die sozialen Folgen der Strukturanpassungspolitik (SAP) eingeht, wird der Gesundheit der Frauen zwar Aufmerksamkeit geschenkt, aber immer in Beziehung zum Gesundheitszustand anderer Personen, vorzugsweise als Gebärende und Mutter kleiner Kinder. Frauen sind anscheinend die Gesundheitshüterinnen in eigener Person; wenn es aber um ihre eigene Gesundheit als autonome Personen geht, lässt entweder die Aufmerksamkeit nach oder ihre Arbeitskraft und implizit ihre Gesundheit werden als ein endlos dehnbare Gut angesehen.

Gesundheit als Menschenrecht

Gesundheit hängt von sehr vielen Faktoren ab. Sowohl im Süden als im Norden ist Gesundheit verbunden mit sozialen und ökonomischen Entfaltungsmöglichkeiten. Grundlegend dafür ist der Zugang zu existenzsichernden Mitteln wie Arbeit oder Landbesitz und genügend Nahrung. Gesundheit ist zudem abhängig von sauberem Wasser, Schutz gegen Witterungseinflüsse und ebenso von Wissen, sei es über Hygiene oder Landwirtschaftsmethoden. Gesundheitsversorgung kann Gesundheit fördern, indem Krankheiten wie Durchfall, Atemwegsinfektionen, Malaria, Masern und Ernährungsprobleme wird vorgebeugt. Schliesslich spielen Freiheit, Sicher-

heit, Geborgenheit und das Recht, über den eigenen Körper und die eigene Lebensweise entscheiden zu können, eine Rolle. Diese Rechte können für viele zugänglich sein, können aber auch verunmöglicht werden – mit einschneidenden Folgen für die Gesundheit der betroffenen Menschen. Denn Gesundheit und Politik haben viel miteinander zu tun.

Die gesundheitliche Situation eines Haushalts nun ist abhängig davon, ob eine lebenssichernde Umwelt vorhanden ist, die sowohl die grundlegenden Basisbedürfnisse wie Schutz, Wasser, Nahrung und Kleidung sowie emotionale Geborgenheit und Pflege der Kinder sicherstellt. Meistens sind es Frauen und ihre Töchter, die diese Aufgaben wahrnehmen, da sie ja die Verantwortung für die Gesundheit der Familienmitglieder tragen. So sind also einerseits all die vorhin erwähnten Bereiche wie Arbeit, Land, Wissen und Autonomie für Frauen von Bedeutung. Gerade in diesen Bereichen sind andererseits die Folgen der Wirtschaftspolitik von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank stark spürbar. Wenn wir die Literatur zu den Folgen dieser Wirtschaftspolitik betrachten, stellen wir mit Erschrecken fest, dass es zu der Situation der Frauen nur wenige konkrete Untersuchungen gibt. Diese Lücken hängen mit einem blinden Fleck im Denken, in der Wahrnehmung und in der Gewichtung von Tatsachen zusammen.

Weltmarkt und der «economic bias»

Eine eindimensionale Wahrnehmungsweise ist zunächst einmal feststellbar in den makroökonomischen Denkmodellen, auf denen die Strukturanpassungsprogramme beruhen. Begriffe wie Zahlungsbilanz und Budgetdefizit sind in dem makroökonomischen Deutungsmuster weltökonomisch bedeutungsvoll, die Folgen von Sparmassnahmen wie Armut, Hunger und Krankheitsepidemien hingegen werden als sozial, deshalb unbedeutend für den Weltmarkt eingestuft. Wer aber sollte die sogenannten sozialen Folgen auffangen? Frauen etwa?

Dieses Denken innerhalb von zwei Kategorien teilt, so beschreibt es die britische Ökonomin Diane Elson, alle Güter in zwei Gruppen ein: In solche, die sich für den Export und damit für die internationale Vermarktung eignen und in solche, die für den Weltmarkt uninteressant sind 2). Strukturanpassung zielt darauf hin, dass Ressourcen verlagert werden – weg von der lokalen Produktion zur Produktion für den Weltmarkt. Die Güter für den Weltmarkt werden damit teurer. So soll auf der einen Seite der Anreiz zur Produktion steigen. Und auf der anderen Seite sollen diese Güter weniger konsumiert werden, denn Güter für den Export bringen Erlös in der Form von ausländischer Währung. Diese propagierte Exportförderung soll die Verzinsung und Tilgung der Schulden sicherstellen.

Ungleicher Tausch

Die Beeinträchtigung der lokalen Märkte ist nicht nur für die Nahrungsmittelversorgung der lokalen Bevölkerung verheerend, die Exportförderung bringt nicht einmal ein, was sie verspricht. Weltmarktsgüter sind in den letzten fünfzehn Jahren von einem starken Preiszerfall betroffen. Die für die Erzeugerländer sich verschlechternden wirtschaftlichen Austauschverhältnisse bringen die Länder, die auf Gedeih und Verderb vom Export ihrer Produkte abhängen, in Bedrängnis. Zwei Beispiele verdeutlichen diesen ungleichen Tausch: 1975 musste ein Kaffee-Exportland sieben Kilogramm Kaffee für ein Fass Erdöl aufbringen, 1982 bereits doppelt soviel, nämlich 14 Kilogramm Kaffee 3). Und: Kostete 1980 eine Lokomotive aus schweizerischer Produktion ein Kaffee-Exportland den Gegenwert von 12'910 Säcken Kaffee, so brauchte es 1990 schon dreieinhalb mal so viel, nämlich 45'800 Säcke, um eine solche Lokomotive zu bezahlen 4). Für Länder wie Brasilien, Burundi und Uganda (letzteres erwirtschaftet gar 97 Prozent seiner Deviseneinkünfte durch den Kaffee-Export) hat dieser Preissturz ernste Folgen, nämlich Hunger und Armut. Durch den Weltmarkt ist eine kaffeetrinkende Hausfrau in der Schweiz quasi mit einer Plantagenarbeiterin in Uganda verbunden; nicht nur Distanz aber, sondern schliesslich ihre unterschiedliche Kaufkraft trennt diese beiden Frauen.

Frauen und Landwirtschaft

Die vom IWF vorgeschriebene Wirtschaftssanierung oder strukturelle Anpassung ist anscheinend geschlechtsneutral. Der Wechsel von der «alten», extensiven Selbstversorgungswirtschaft – anfänglich unter Druck der Kolonialmächte und in den siebziger Jahren noch einmal verschärft durch die Grüne Revolution mit ihrem Einsatz moderner Technologie – zur Produktion für den Markt wirkt sich aber aus auf die Landrechte der Frauen und ihre alltägliche Arbeit. Die Kommerzialisierung der Landwirtschaft gefährdet ferner eine ausgeglichene Nahrungsmittelversorgung: So hat beispielsweise in Afrika ein Wandel im Anbau von mineralstoff- und eiweissreichen Produkten wie Sorghum und Hirse zu weniger vielfältigen, kohlenhydrateichen Erzeugnissen wie Mais und Maniok stattgefunden. Zahlreiche Kulturen, nicht nur in Afrika, kennen den Landbau im Rahmen der Selbstversorgungs- oder Subsistenzwirtschaft durch Frauen. Die Ausrichtung der Landwirtschaft auf den Export vertreibt häufig Frauen von ihren fruchtbaren Parzellen. Die Ersatzparzellen bringen geringere Erträge und längere Arbeitszeiten auf den Feldern. Die Exportorientierung bedeutet aber nicht nur Ausbeutung menschlicher Ressourcen, sondern hat auch ernste ökologische Folgen. So wurde für die Produktion etwa von tierischem Futtermittel in Brasilien Regenwald gerodet, der vorher der ansässigen Bevölkerung als Lebensgrundlage gedient hatte. Dieser fehlt nun die Anbaufläche für die Selbstversorgung.

Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung: Der «reproductive bias»

Makroökonomisches Denken ist nicht nur einseitig auf Effizienz und Produktivität ausgerichtet – unliebsame Folgen werden als sozial deklariert – sondern dieser «economic bias» blendet auch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aus, macht Frauen und ihre Arbeit quasi «unsichtbar». Hegen und Pflegen der Kinder, Brennholz sammeln, Wasser holen, Lebensmittel haltbar machen, Kochen, die Sorge um Kranke und der Verkauf von Gemüse oder zum Beispiel Maiskuchen auf dem lokalen Markt, damit das Schulgeld für die Kinder ausreicht, kurz: einen Haushalt aufrecht erhalten, gilt als Frauenarbeit und wird als unbezahlte Reproduktionsarbeit und als Arbeit im sogenannten informellen Sektor aus der eigentlichen ökonomischen Betrachtung ausgeschlossen. Ein «economic bias» geht einher mit

einem „reproductive bias«. Geschlechterblindheit in makroökonomischen Konzepten? Oder ein bewusstes Einkalkulieren der unbezahlten Reproduktionsarbeit von Frauen in der makroökonomischen Politik?

Makroökonomische Modelle ignorieren ja die Reproduktionsaufgaben von Frauen: Sie betrachten sie sozusagen als natürliche Ressource. Der Aufwand für Pflege, Kochen und Ernährung wird zwar nicht bestritten – ebensowenig wie die Tatsache, dass die Hauptverantwortung dafür bei den Frauen liegt. Diese Arbeit wird jedoch nicht als wirklich notwendig betrachtet, weil sie – anscheinend unabhängig von ökonomischen Veränderungen – erledigt wird. Das makroökonomische Modell geht davon aus, dass Frauen diese Arbeit nicht für Geld, sondern aus Liebe tun, die stillschweigend vorausgesetzt wird.

Der Bereich der sozialen Reproduktion unterscheidet sich tatsächlich von jedem anderen Produktionsbereich – allerdings deshalb, weil Menschen einen inneren Wert haben und nicht einfach einem Zweck dienen. Es mag sein, dass Frauen ihre eigenen Vorteile der unbezahlten Familienarbeit gegenüber abwägen – sie betrachten aber ihre Kinder, wie Diane Elson treffend sagt, nicht als eine weitere Getreidesorte, die man je nach Ertrag fördert oder verkommen lässt. Und es mag sein, dass Frauen aus finanziellen Gründen gezwungen sind, ihre Kinder allein zu lassen – dies ist aber nicht einfach eine rationale und wirtschaftliche, sondern äusserst schmerzhaft Entscheidung. Struktur- anpassung wird durchaus auf Kosten eines längeren und anstrengenden Arbeitstags von Frauen erzwungen. Diese Kosten sind anscheinend unsichtbar, da es ja unbezahlte Zeit ist. All dies ist jedoch kein Grund, die unbezahlte Haus- oder Reproduktionsarbeit zu ignorieren. Denn zwischen der bezahlten und unbezahlten Arbeit besteht ein eindeutiger ökonomischer Zusammenhang. Frauen sind gezwungen, in beiden Bereichen noch mehr zu arbeiten. Eine der Hauptursachen dafür sind die Kürzungen der staatlichen Ausgaben in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wasserversorgung und öffentliche Verkehrsmittel. Diese Kürzungen sind sozusagen das Schlüsselement der Struktur- anpassungs- programme: Sie sollen Arbeitskräfte in die Export- produktion zwingen.

Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung betrifft nicht nur die gesellschaftliche Norm und Praxis, die bestimmte Arbeiten als spezifische Frauen- und Männerarbeit definiert, sondern auch die vorhin er-

wähnte Zweiteilung zwischen ökonomisch «bedeutungsvoller» Produktionsarbeit gegen Bezahlung und unbezahlter «selbstverständlicher, unsichtbarer» Reproduktionsarbeit. Aber auch wenn Frauen in der Produktion im herkömmlichen Sinne arbeiten, heisst dies nicht unbedingt, dass sie von dieser Arbeit auch profitieren. Dies zeigt das von Diane Elson erwähnte Beispiel des auf den Export orientierten Getreide-Anbaus im südlichen Afrika. In diesem Bereich arbeiten mehrheitlich Frauen, sowohl als unbezahlte Familienmitglieder als auch auf eigene Rechnung. Die Produktion ist geschlechtsspezifisch organisiert: So ist beispielsweise die Bewirtschaftung des Landes Männerarbeit, das Umpflanzen und Jäten hingegen Frauenarbeit. Bestimmte Getreidesorten, vor allem diejenigen, die für den Export bestimmt sind, sind Männer-Getreidesorten. Und das für die Selbstversorgung bestimmte Getreide ist eher Frauen-Getreide. Männer kontrollieren die Erträge aus der Produktion, während Frauen den Nutzen des Getreides kontrollieren – das heisst, sie ernähren damit in erster Linie ihre Familien und verkaufen den Rest auf dem Markt. Frauen verdienen demnach in der Getreideproduktion nicht unbedingt eigenes Einkommen – ob und wie weit sie davon profitieren, hängt von ihren Ehemännern ab, die das Getreide vermarkten und den Erlös kontrollieren.

War aber traditionellerweise in Afrika der Nahrungsmittelanbau (Food crops) hauptsächlich die Domäne der Frauen, während die Erzeugung von Verkaufsprodukten (Cash crops) eher den Männern oblag, so haben neue Formen der Landwirtschaftsproduktion die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung verändert. Traktoren und neue Bewässerungstechniken haben einerseits dazu beigetragen, dass mehr Land für die Exportproduktion kultiviert werden kann, gleichzeitig bedeutet dies jedoch für Frauen mehr Jätarbeit und weniger Anbaufläche für Subsistenzprodukte. Sogar Roden, ursprünglich Männerarbeit, kann, zusätzlich zu ihren traditionellen Aufgaben, in die Verantwortung der Frauen übergehen. Skandinavische Studien weisen darauf hin, dass dieser Wandel durch die Kombination von verschiedenen Aufgaben, die sowohl Produktionsarbeit als auch Reproduktionsarbeit, wie Wasser holen und Brennholz sammeln, betreffen, dazu geführt hat, dass in Afrika Frauen mehr Arbeitszeit für die Landwirtschaft aufwenden als Männer 5). Als Folge dieser Verlagerung in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung distanzieren Männer sich zunehmend von ihrer angestammten Landarbeit und ihren Verpflichtungen in der Landwirtschaft und entfremden sich so von den

ökonomischen Belangen ihrer Familie, indem sie ihre Frauen sozusagen als Alleinverantwortliche für den Haushalt im Stich lassen.

Die dänische Medizinethnologin Alanagh Raikes betont, dass zwar viel darüber geschrieben wurde, wie in Afrika mit der Verbreitung der Geldwirtschaft der Anteil von Frauen an der Landwirtschaftsproduktion zugenommen hat, so wie die Belastung der Frauen für die Sorge um den Lebensunterhalt ihrer Familien. Über das Verhältnis zwischen diesen Veränderungen und der Gesundheitssituation bestimmter Bevölkerungsgruppen existieren hingegen praktisch keine Forschungsarbeiten. Der zunehmende Stress der Frauen und die Auswirkungen wirtschaftspolitischer Massnahmen im besonderen auf die zunehmende Anzahl von Frauen, die als Alleinerzieherinnen einem verarmten Haushalt vorstehen und die Mitglieder der Familie ernähren müssen, bedarf nach Raikes dringend der Aufmerksamkeit, namentlich die Gesundheitssituation dieser Frauen und ihrer Kinder. Widmen wir uns nun solchen Untersuchungen, dann sind wir mit einer zusätzlichen Form der Geschlechterblindheit konfrontiert: Es existieren weltweit praktisch keine Daten, die Auskunft geben könnten über geschlechtsspezifische Auswirkungen der Wirtschaftsanierung, weil Statistiken oft nicht nach Geschlechtszugehörigkeit separiert geführt werden. Mangels entsprechender Angaben in Statistiken und mangels geschlechtsspezifischer Untersuchungen können wir über Änderungen in der Lebens-, Arbeits- und Gesundheitssituation von Frauen seit Ausbruch der Schuldenkrise wenig aussagen. Abgesehen von den oben schon besprochenen «economic» und «reproductive bias» hängt dies bezogen auf den Gesundheitsbereich zusammen mit einem dritten blinden Fleck: dem «curative bias».

Gesundheitsversorgung und der «curative bias»

Am Beispiel der Gesundheitskrise in Afrika wird deutlich, dass der Kolonialismus theoretisch zwar beendet ist, in einem faktisch aber rekolonialisierten Afrika sich das Gesundheitssystem nach wie vor nicht an die breite Bevölkerung richtet. So sind Gesundheitsfazilitäten in den Städten konzentriert, obwohl 70 Prozent der afrikanischen Bevölkerung auf dem Lande leben. Eine Bäuerin, weit entfernt von einer Stadt, profitiert in keiner Weise davon, dass 40 bis 60 Prozent der staatlichen Gesundheitsausgaben für ein paar Spitäler in der je-

weiligen Hauptstadt verwendet werden. Da ausser in Ägypten und Südafrika Medikamente nach wie vor hauptsächlich importiert werden, belasten heute durch den Kaufkraftverlust importierte Medikamente ein Haushaltsbudget sehr. Für Frauen, hauptverantwortlich für die Gesundheit ihrer Familienmitglieder, hat es Folgen, dass die Gesundheitsversorgung nach wie vor kurativ statt präventiv ausgerichtet ist.

Gerade im Gesundheitsbereich treffen die Auswirkungen der Struktur- anpassungs- programme Frauen besonders hart: Kürzungen staatlicher Sozialausgaben in der Gesundheitsversorgung verunmöglichen jegliche präventive Anstrengung, bedeuten sogar, dass die Benützung von Gesundheitsdiensten unerschwinglich wird. Eine 1985 in Jamaica durchgeführte Studie hat ergeben, dass 50'000 Kinder unter drei Jahren unterernährt waren und ein Drittel aller schwangeren Frauen unter Blutarmut litt 6). Eine Verteuerung der Importe hatte höhere Preise für importierte Medikamente zur Folge. So sind von 1982 bis 1985 Preise für gängige Medikamente um 50 bis 300 Prozent gestiegen. Was Impfstoffe betrifft, muss generell befürchtet werden, dass Zahl und Heftigkeit von Epidemien zunehmen, und dies hauptsächlich unter den Armen der Bevölkerung, die unter schlechten hygienischen Umständen leben. Streichung staatlicher Leistungen bei öffentlichen Diensten wie Kanalisation und Wasserversorgung wirken sich noch einmal verheerend aus: Cholera-Epidemien in Peru, Sambia und Bangladesch, sowie Masern-Epidemien in Zaire waren 1991 Folgen der fehlenden medizinischen und hygienischen Grundversorgung.

Die dreifache Rolle der Frau in der Produktion, in der sozialen und in der biologischen Reproduktion

Frauen sind mehrfach betroffen von der Struktur- anpassungs- politik: als Produzentinnen, Konsumentinnen und als Hauptverantwortliche für Erziehung, Ernährung und Gesundheit in der Familie. Um die Frage beantworten zu können, wie strukturelle Anpassung sich auf die Gesundheit von Frauen auswirkt, ist es denn auch nötig, die dreifache Rolle, die eine Frau gleichzeitig in einer Person vereint, analytisch voneinander zu trennen: Die Rolle der Frau in der Produktion als erstes und als zweites und drittes ihre Rolle sowohl in der sozialen als auch in der biologischen Reproduktion. Es herrscht nämlich die Meinung, dass die Änderungen im Einkommen und bei den Nahrungsmittel-

preisen sowie die Kürzungen staatlicher Ausgaben, die mit der Einführung von Stabilisierungsprogrammen parallel gehen, alle Mitglieder einer Familie gleich treffen würden. Dem ist nicht so. Innerhalb einer Familie herrschen ganz bestimmte Verantwortungs- und Verteilungsmechanismen aufgrund sozial abgestützter Machtverhältnisse.

Strukturanpassung bedeutet Mehrarbeit für Frauen, und zwar Mehrarbeit sowohl in der bezahlten Produktionsarbeit als auch zusätzlich dazu mehr unbezahlte Arbeit im Bereich der sozialen Reproduktion. Frauen müssen mit Mehrarbeit das Überleben garantieren, wenn beispielsweise im Rahmen der Wirtschaftssanierung Nahrungsmittelpreise steigen und Haushalte auf diese Weise gezwungen sind, auf billigere Nahrungsmittel auszuweichen. Denn es braucht mehr Zeit, Getreide zu säen und zu ernten und selbst Brot zu backen, als Fertigprodukte zu kaufen.

Soziale Reproduktion beinhaltet einerseits Erziehung und Sorge für die Familie, andererseits auf lokaler Ebene gegenseitige Unterstützung oder Gemeinschaftsarbeit. Unter biologischer Reproduktion wird traditionellerweise nur Schwangerschaft, Geburt und Stillen verstanden. Diese Einschränkung verstellt den Blick auf den historischen, sozialen und ökonomischen Kontext, innerhalb dessen Frauen leben und unter anderem Kinder kriegen. In ihrem Leben erlebt eine Frau ganz unterschiedliche reproduktive Phasen mit unterschiedlichen Gesundheitsbedürfnissen. So leiden Frauen unter anderem unter den Folgen unsteriler Abtreibungen, unter Nebeneffekten von Verhütungsmitteln, Geschlechtskrankheiten und Sterilität. Mangelernährung, folglich Blutarmut und generell Erschöpfung kann die Gefahr von Risiko-Schwangerschaften erhöhen. Gilt die Aufmerksamkeit, wenn es um die Gesundheit der Frauen geht, im allgemeinen nur ihren reproduktiven Fähigkeiten als Gebälerin, so ist die Kehrseite dieser Medaille, dass die Unterbindung ihrer Fruchtbarkeit als Lösung des Problems der Armut gesehen wird.

Verschuldungskrise ist auch Gesundheitskrise

Wer die Auswirkungen von makroökonomischen Veränderungen auf den Alltag von Frauen, auf ihre unbezahlte Hausarbeit und auf ihre Gesundheitssituation – oder mit anderen Worten den Transmissionsprozess

von den makroökonomischen Massnahmen bis zu den mikrosozialen Folgen bei Frauen und Kindern – ignoriert, setzt voraus, dass Frauen mit ihrer Arbeitskraft jeden Sozialabbau kompensieren können. Doch einmal wird diese Kraft erschöpft sein. Die Spirale der sich gegenseitig verstärkenden wirtschaftspolitischen Bedingungen, wozu der IWF und die Weltbank Schuldnerländer zu akzeptieren zwingt, hat kein Erbarmen.

Rufen wir uns noch einmal in Erinnerung: Der IWF fordert, dass die Staatsausgaben der verschuldeten Länder gesenkt, das heisst dass Sparmassnahmen wirksam werden. Das bedeutet, dass in den jeweiligen Ländern die Subventionierung der Grundnahrungsmittel aufgehoben, die Sozialausgaben im Bereich von Gesundheit und Bildung gesenkt und die Löhne blockiert werden. Streichungen von Subventionen auf Nahrungsmitteln führen zu erhöhten Preisen und zu Änderungen in den Ernährungsgewohnheiten, die schliesslich den Gesundheitszustand besonders von Frauen und kleinen Kindern beeinflussen. Dazu kommen Kürzungen im präventiven und kurativen Gesundheitsbereich. Einsparungen im Schulwesen bedeuten die Erhebung von Schulgeld statt kostenlosen Unterricht. Eltern von mehreren Kindern stehen vor der «Wahl», eher Mädchen oder Buben weiterhin zur Schule zu schicken und entscheiden tendenziell eher für den Schulbesuch der Knaben. Mädchen bleiben der Schule fern, auch weil sie vermehrt im Haushalt mithelfen müssen. Künftig haben sie wegen Bildungsarmut reduzierte Berufschancen, müssen schlechtere Arbeitsbedingungen akzeptieren mit weniger Lohn, grösseren Unfallgefahren, schlechteren Lebensbedingungen und einer geschälerten Lebenserwartung. Streichung staatlicher Leistungen tangiert auch öffentliche Dienste wie Transport, Wasserversorgung und sanitäre Versorgung, sowie subventionierten Wohnungsbau und schliesslich Kinderfürsorge, was sich alles in einer Belastung des täglichen zeitlichen Budgets gerade der Frauen niederschlägt. Lohnsenkungen, steigende Inflation und Verteuerung der importierten Produkte haben ein kleineres Haushaltsbudget und steigende Preise zur Folge. Entlassungen und damit vermehrte Arbeitslosigkeit zwingen zu Tätigkeiten im schlecht bezahlten Sektor des Wirtschaftslebens, für die betroffenen Frauen bedeutet dies wiederum mehr Stress und Arbeit.

Ausserdem soll durch die IWF-Vorschriften auch die heimische Währung abgewertet werden. Dies hat die vorhin erwähnte Verteuerung der Importe zur Folge, die Exporte hingegen sollten erhöht werden (Ein-

nahmen von Devisen). Investitionen von ausländischen Unternehmungen werden gefördert, die Schaffung von Freihandelszonen und die Möglichkeit des Transfers von Gewinnen von Süden nach Norden dadurch unterstützt. In den Freihandelszonen ist zudem die gewerkschaftliche Arbeit mehrheitlich verboten.

Die Strukturanpassungsprogramme bedeuten schwerwiegende Eingriffe in die bestehenden Ökonomien der verschuldeten Länder und sind stark darauf ausgerichtet, die Knappheit an Devisen zu regulieren. Dabei werden die Verschuldungsursachen, die ausserhalb der Kontrolle der südlichen Länder liegen, wie Gewinntransfer, abnehmende Weltmarktpreise für Exportprodukte aus den sogenannten Dritt-Welt-Ländern, steigende Ölpreise und steigende Zinsen an den Kapitalmärkten, nicht berücksichtigt. Die Folgen dieser Umstrukturierungen drängen Frauen und Kinder in Arbeitsbereiche, wo noch Geld zu erwarten ist, wie zum Beispiel in die Prostitution. Migration in die Städte und ins Ausland, zunehmende Brutalisierung der Gesellschaft, Gewalt gegen Frauen innerhalb und ausserhalb der Familie sowie Obdachlosigkeit für Millionen sind weitere Folgen dieser IWF-Konditionen und erzwungenen Produktionsverlagerung Richtung Export.

Diese sozialen Kosten und menschlichen Leiden erscheinen nicht in Statistiken. Ökonomen sprechen von höherer Leistungsfähigkeit – tatsächlich werden die Kosten jedoch lediglich von der bezahlten in die unbezahlte Ökonomie verschoben. In den 37 ärmsten Ländern wurden zwar wegen der angespannten Finanzlage die Ausgaben für Gesundheit pro Kopf um 50 Prozent gesenkt. Es mag stimmen, dass so die Kosten pro Patientin und Patient im Spital reduziert werden konnten. In Wahrheit wurden die Pflegekosten einfach in die unbezahlte Ökonomie der Familien verlagert – das heisst, die Frauen pflegen die Kranken zuhause. Die Kosten sinken zwar, aber der Anteil an unbezahlter Arbeit von Frauen steigt. Es handelt sich also nicht um eine geniale Steigerung der Leistungsfähigkeit, sondern lediglich um einen Kostentransfer vom Spital nach Hause.

Exponenten der «menschlichen Strukturanpassung» sind zynisch genug, diesen eigentlichen Kostentransfer als Schritt zur Selbsthilfe zu propagieren: «(...) Auch wenn der zeitliche Aufwand für Frauen steigt, wird der finanzielle Aufwand für die Familien letztlich sinken und so zu beträchtlichen Einsparungen für den Staat führen.» 7). Eine Studie

der britischen Politologin Caroline Moser hingegen zeigt auf, dass die Frauen nicht alle Kosten der Produktionsverlagerung auffangen können 8). Diese Studie ist innerhalb der Literatur, die auf die sozialen Folgen struktureller Anpassung eingeht, einmalig: Um die Folgen der makroökonomischen Änderungen auf die gesundheitliche Situation von Frauen festzustellen, kehrt Moser in eine arme Vorortsgemeinde in Ecuador, wo sie zehn Jahre zuvor eine Feldforschung durchgeführt hat, zurück. Sie vergleicht Verhältnisse aus dem Jahre 1988 mit der Situation, wie sie sie 1978 vorgefunden hat. In der Zwischenzeit, von 1982 bis 1988, hatte Ecuador acht Stabilisierungs- und Strukturanpassungsprogramme zu akzeptieren.

SAP macht nicht satt: Frauen im barrio Indio Guayas, Guayaquil, Ecuador

Strukturanpassungsprogramme haben je nach sozio-ökonomischer Lage einer Bevölkerungsgruppe, je nach ruralem oder urbanem Kontext und je nach Status innerhalb eines Familienhaushalts unterschiedliche Auswirkungen. Im lateinamerikanischen städtischen Kontext, wo die erwähnte Untersuchung angesiedelt ist, wirkt sich die Kombination von Änderungen im Einkommen, in den Nahrungsmittelpreisen und in den öffentlichen Ausgaben für Wohnen, Wasser, Gesundheit und Bildung bei armen Familien wiederum unterschiedlich aus, nämlich je nach Anzahl Personen, die gemeinsam für den Unterhalt des Haushalts arbeiten, je nach Alter der Familienmitglieder und je nachdem, wieviele Frauen sich in die Reproduktionsarbeit teilen. Besteht 1978 die Bevölkerung in Indio Guayas aus jungen, aufwärts strebenden, hart arbeitenden Leuten, haben 1988 weniger Männer ein festes Einkommen und ist ihre Kaufkraft gesunken. Arbeiten 1978 40 Prozent der Frauen, so müssen 1988 als Folge der Arbeitslosigkeit der Männer 52 Prozent der Frauen, hauptsächlich als Köchinnen, Haushaltspflegerinnen, Waschfrauen und Strassenverkäuferinnen, arbeiten. Junge Frauen hingegen sind 1988 deutlich zahlreicher im formellen Arbeitssektor beschäftigt als 1978, sei es als Lehrerin oder als Hilfsschwester (Zunahme von zwei auf 10,2 Prozent).

1988 müssen also erstens mehr Frauen arbeiten, zweitens müssen mehr Personen innerhalb eines Haushalts arbeiten und drittens nehmen die Haushalte mit einer Frau als Alleinvorsteherin innerhalb von zehn

Jahren von zwölf auf 19 Prozent zu. Nicht nur mehr Frauen arbeiten, sie arbeiten viertens auch länger, um das Gleiche wie vor zehn Jahren zu verdienen. Ausserdem gehen sie früher als vor zehn Jahren arbeiten, wenn ihre Kinder noch sehr jung sind – infolgedessen müssen weibliche Kinder früher Verantwortung für ihre Geschwister übernehmen und haben weniger Zeit für Schulaufgaben als ihre Brüder.

Eine Verschlechterung der Situation ist auch im sozialen Reproduktionsbereich der Frauen feststellbar: Sie müssen zum Beispiel noch mehr unbezahlte Arbeit im Gesundheitsbereich leisten. Bei einem Arbeitstag von zwölf bis 18 Stunden können sie sich weniger um ihre Familien kümmern. Oft ist der Preis zu hoch: In 15 Prozent der befragten Haushalte sind die meistens älteren, alleinstehenden Frauen erschöpft und die Familie ist unter der Belastung auseinandergebrochen. Die Kinder haben die Schule verlassen und leben auf der Strasse. Kokainabhängigkeit unter Jugendlichen ist zunehmend ein Problem geworden. Gewalt innerhalb der Ehe hat zugenommen. Um ihren Kindern das Überleben zu sichern, haben sich Frauen in Bezug auf ihre biologische Reproduktion vermehrt für Sterilisation entschieden. Die Belastung für Frauen hat innerhalb von zehn Jahren in dieser Vorortsgemeinde in Ecuador stark zugenommen. Frauen reagieren je nach ihrer Lebenssituation unterschiedlich bei dem Versuch, ihre dreifache Rolle in der bezahlten Produktion, in der sozialen und biologischen Reproduktion im Gleichgewicht zu halten. Nicht alle Frauen finden sich zurecht unter den erschwerten Bedingungen, nämlich nur 30 Prozent, 15 Prozent sind erschöpft und ausgebrannt und in 55 Prozent der befragten Haushalte allerdings geben die Frauen (noch) nicht auf. Die Studie aus Ecuador zeigt, dass die Kosten der Strukturanpassung an die menschliche Substanz gehen.

Dieser Text basiert auf einem Referat «Auswirkungen der Wirtschaftspolitik von IWF und Weltbank auf Frauen» von Martine Verwey und Madeleine Hadorn vom 29.1.1992 in Olten.

Quellen

- 1) Levin u.a. 1979, zitiert in: Coeytax, X. Francine: *The Role of the family in health: Appropriate research methods*, WHO, Genf 1984
- 2) Elson, Diane: *Male bias in macroeconomics: The case of structural adjustment*. In: D. Elson (ed.), *Male bias in the development process*, Manchester Univ. Press, Manchester 1991
- 3) Strabm, Rudolf: *Warum sie so arm sind*, Hammer Verlag, Wuppertal 1985
- 4) Staubli, Hans: *Nothilfe und Ursachenbekämpfung verknüpfen. Zum Zusammenhang der Caritas-Hungerhilfe*. In: *Div.*, *Hunger ist die schlimmste Form der Gewalt*, Caritas, Luzern 1991
- 5) Erwähnt bei: Raikes, Alanagh: *Women's health in East Africa*. In: *Soc.Sci.Med.* 1989

6) *Report of a Commonwealth Expert Group on Women and Structural Adjustment, Engendering Adjustment for the 1990's*, Commonwealth Secretariat, London 1989

7) Cornia, Giovanni Andrea u.a. (eds.): *Adjustment with a human face: Protecting the vulnerable and promoting growth, a study by UNICEF*, Clarendon, Oxford 1987

8) Moser, Caroline O.N.: *The impact of recession and structural adjustment: Ecuador*. In: *Development 1989: 1-Journal of SID*

Gesundheit und Ernährung

Aus: *Weltwirtschaft & Entwicklung, Hamburg 1990*

Das Sinken der Realeinkommen und Konsumgüterimporte hat negative Auswirkungen z.B. auf die Gesundheit und die Ernährung. Zwei Beispiele unter Tausenden aus Mosambik und Sambia:

In Mosambik wurden nach der Einführung der SAP 196 Gesundheitsposten und Zentren zerstört und 288 geplündert. In der Stadt Napula muss die Mehrzahl der Krankenhäuser und Gesundheitszentren dringend instandgesetzt werden. Im Krankenhaus des Merrere-Distrikts ist die Wasserversorgung zusammengebrochen. Mauern stürzen ein, die Fenster sind zerbrochen und der Verputz fällt von den Wänden. Es herrscht ein akuter Mangel an Medikamenten, medizinische Instrumente gibt es nicht mehr und es mangelt an Betten. Die Angestellten der Gesundheitsdienste kämpfen angesichts des Reallohnverluste, um ihr ökonomisches Überleben. Sie sind leicht zu demoralisieren, wenn sie sehen, wie kranke Menschen sich um Hilfe an sie wenden, sie ihnen aber nichts, weder Medikamente, noch medizinische Hilfe oder gar Betten anbieten können.

Im Sudan stiegen die Preise der Hauptnahrungsmittel zwischen 1979 und 1989 um folgende Prozentsätze:

Speiseöl	2500 %
Bohnen	1666 %
Zucker	8570 %
Sorghum	10000 %
Brot	1250 %
Fleisch	5000 %

Die durchschnittliche Einkommenserhöhungen können mit diesem drastischen Anstieg nicht Schritt halten. Der Anstieg von Löhnen und Gehältern betrug im gleichen Zeitraum nur 200 – 300 Prozent. Unter diesen ungünstigen Bedingungen für Gesundheit und Ernährung leiden vor allem die ärmeren Frauen. Frauen essen in der Regel als letzte und sie essen weniger als die übrigen Familienmitglieder. Wenn die Preise so

Die Bevölkerungspolitik der Weltbank:

Kredite gegen Fruchtbarkeit

von Regula Flury, Barbara Thurnher und Anna Sax

Persönlich wolle er die Bemühungen der Weltbank um eine wirksame Bevölkerungskontrolle überwachen, sowohl in qualitativer wie in quantitativer Hinsicht, sagte Weltbankpräsident Conable 1989 in einer Rede in Ottawa. Mit Quantität meinte er einerseits, dass die Bank beschlossen hatte, den Durchschnitt ihrer jährlichen Kredite von 100 Millionen US-Dollar in den letzten fünf Jahren auf 266 Mio in den drei nächsten Jahren zu erhöhen. Andererseits will die Bank erreichen, dass bis zum Jahr 2000 mindestens die Hälfte aller Paare dieser Welt Familienplanung akzeptieren. Was er mit Qualität meinte, sagte er nicht.

1970 begann die Weltbank, mit einem zwei Millionen Dollar-Kredit für Jamaika, Programme zur Kontrolle der Bevölkerungszahl zu finanzieren. Inzwischen ist sie, neben der UNO-Bevölkerungsorganisation UNFPA und der US-amerikanischen Entwicklungsagentur USAID, zur wichtigsten Geldgeberin für die Bekämpfung des Bevölkerungswachstums in der Dritten Welt geworden. Was das finanzielle Engagement betrifft, war das von Conable gesetzte Ziel 1991 mehr als erreicht: Mit insgesamt 697,8 Millionen Dollar finanzierte die Weltbank Projekte zur Bevölkerungskontrolle in 14 Ländern der Dritten Welt, wobei es sich bei einigen davon um «Gesundheitsprojekte mit integrierter Familienplanung» handelt. Das ist in einem Jahr etwa soviel wie insgesamt in den Jahren 1970 – 1988. Ausserdem wird die Vergabe von Weltbankkrediten an bevölkerungspolitische Auflagen geknüpft.

Bevor wir näher auf Methoden und ideologische Hintergründe der Weltbank-Bevölkerungspolitik eingehen, möchten wir den Mythos «Überbevölkerung» und die Interessen, die hinter dem neuen Kontroll-Eifer des industrialisierten Nordens stecken, einer genaueren Betrachtung unterziehen.

Der Mythos «Überbevölkerung»

Der Grund, weshalb angeblich die Bevölkerungspolitik eine der dringlichsten Aufgaben der Gegenwart ist, ist das rasche Bevölkerungswachstum, allgemein auch als «Bevölkerungsexplosion» bezeichnet, welches hauptsächlich in der Dritten Welt stattfindet. Das Bevölkerungswachstum führe zu einer «Überbevölkerung», zu «Massenheeren von Armen», welche die weisse Welt überschwemmen und Anspruch auf «unsere» Ressourcen erheben würden. Nach Ende des Kalten Krieges, im Frühjahr 1990, ging beispielsweise die Neue Zürcher Zeitung dazu über, in der «Bevölkerungsexplosion» den «neuen Feind Nummer eins» zu orten. Eine derart martialische Betrachtungsweise verlangt nach effizienten Waffen und nach einem Feindbild, das den Einsatz dieser Waffen rechtfertigt.

Was also bedeutet «Überbevölkerung» überhaupt, woran misst sich das «Zuviel» an Menschen? Drei Massstäbe sind vorstellbar, mittels derer ein «Zuviel» ermittelt werden könnte: Die Bevölkerungsdichte, die Nahrungsmittelproduktion und der Ressourcenverbrauch.

Wäre die Dichte der Besiedelung ausschlaggebend, dann müssten die rigorosen Programme zur Reduktion der Geburtenrate vor allem in Holland, aber auch in Deutschland und der Schweiz eingesetzt werden. In der Dritten Welt gibt es nur drei Länder, deren Bevölkerungsdichte mit der westeuropäischen vergleichbar ist, nämlich Bangladesch, Indien und Ruanda. Die meisten Länder des Südens sind weit weniger dicht besiedelt als Europa. Dieser Massstab also ist es offenbar nicht, der angelegt wird, wenn von «Überbevölkerung» gesprochen wird. Die zweite Möglichkeit wäre, die in einem Land oder einer Region produzierte Nahrungsmenge mit der Bevölkerungszahl zu vergleichen: Ist ein Land imstande, seine BewohnerInnen mit genügend Nahrungsmitteln zu versorgen? Auch nach diesem Massstab wären es nicht in erster Linie die Länder der Dritten Welt, welche ihre Bevölkerungszahl reduzieren müssten. Sie produzieren überdurch-

schnittlich viel Nahrung, die sie allerdings zu exportieren gezwungen sind. Die Schweiz hingegen käme auch hier wieder schlecht weg: Ohne Nahrungsmittelimporte müssten wir Hunger leiden. Auch nach dem dritten Massstab, dem des Ressourcenverbrauchs und der Umweltbelastung, wären die Industrieländer massiv überbevölkert.

«Überbevölkerung» ist keine wissenschaftlicher, quantitativer oder gar objektiv-neutraler, sondern ein politischer Begriff. Seit 20 Jahren wird er gezielt auf die Länder im Süden angewendet, obwohl eine rationale Grundlage dafür offensichtlich fehlt. Trotzdem ist ein grosser Teil der Menschen in Europa davon überzeugt, dass die Dritte Welt überbevölkert ist, und dass mit der Reduzierung der Geburtenraten die Probleme der Armut, des Hungers, der Umweltzerstörung, der sozialen Unruhen und der Migration gelöst werden könnten. Es sind hauptsächlich fünf Mythen, die dazu dienen, diese Vorstellung in den weissen Köpfen aufrechtzuerhalten:

Der erste Mythos: «Hemmungsloses Sexualverhalten schafft Überbevölkerung»

Ganz selbstverständlich schreiben Weisse, und insbesondere weisse Männer, schwarzen Menschen sexuelle Triebhaftigkeit zu. Die schwarze Frau wird automatisch mit besonderer Fruchtbarkeit in Verbindung gebracht. Der weisse Mann ist sich darüberhinaus sicher, dass der Schwarze einen grösseren Penis hat als er selber. Die eigene Verklemmtheit wird umgemünzt in eine pauschale Sexualisierung der Anderen: Das sind einmal alle Frauen als Geschlecht und dazu noch alle schwarzen Menschen, deren «animalisches Sexualverhalten» schuld am Bevölkerungswachstum sein soll. Was aber hat das Sexualverhalten mit dem Bevölkerungswachstum zu tun? 1910 gebar jede Schweizerin im Durchschnitt mehr als drei Kinder, 1980 waren es noch 1,5 Kinder pro Frau. Hat die sexuelle Aktivität der SchweizerInnen derart nachgelassen?

Der zweite Mythos: «Überbevölkerung ist ein Problem, das sich mit technologischen Mitteln lösen lässt»

«Überbevölkerung, weil Verhütungsmittel zu teuer sind», lautete der Titel einer Meldung, welche die Schweizerische Depeschagentur kürzlich verbreitete. Eine «Studie einer Forschungsgruppe in Washington» beklagt die hohen Preise für Spiralen im Tschad und für Sterilisationen in Kenia. Sie fordert mehr und billigere Verhütungsmittel für die arme Bevölkerung in den «Entwicklungsländern». FamilienplanerInnen tun so, als sei Geburtenkontrolle hauptsächlich eine Frage der Technologie: Das «ideale» Verhütungsmittel wirkt über mehrere Jahre, verhütet absolut zuverlässig und erfordert eine möglichst geringe Motivation bei den Frauen, d.h. keine aufwendige Informations- und Betreuungsarbeit. Unter Einsatz von enormen finanziellen Mitteln und in Zusammenarbeit mit der Pharmaindustrie sind Bevölkerungsorganisationen, Regierungen und die WHO dabei, mit neuen, noch effizienteren «Reproduktionstechnologien» zu experimentieren. Aber Frauen entscheiden über die Anzahl ihrer Kinder nicht aufgrund von Anzahl und Art der Verhütungsmittel, die zur Verfügung stehen, sondern aufgrund ihrer sozialen Situation und ihrer Perspektiven für die Zukunft.

Der dritte Mythos: «Überbevölkerung schafft Armut»

Die Kinderzahl oder die Geburtenrate hat mit Armut sehr wohl etwas zu tun. Bevor es in den Industrieländern soziale Sicherheiten und existenzsichernde Löhne gab, und als die Kindersterblichkeit noch sehr hoch war, hatten die Leute auch hier sehr viele Kinder. Kinder waren Arbeitskräfte und Altersversicherung, wie sie es in der Dritten Welt heute meist sind. Ein Beispiel aus Indien zeigt, dass Lebensstandard und Kinderzahl zusammenhängen. Im sozialistisch regierten Bundesstaat Kerala betrug 1991 das Bevölkerungswachstum nur 1,5 Prozent – eine Traumrate für BevölkerungsstrategInnen. Die Kindersterblichkeitsrate in Kerala ist vergleichbar mit europäischen Ländern, die Einkommen sind besser verteilt und alle Kinder gehen zur Schule. Der Zusammenhang zwischen Kinderzahl und Armut sieht so aus: Je schlechter die ökonomischen Verhältnisse, desto mehr Kinder braucht eine Familie zum Überleben. Umgekehrt sehen es BevölkerungspolitikerInnen, die davon ausgehen, dass Kinderreich-

tum die Ursache für Armut sei. Natürlich hängt die Kinderzahl auch direkt mit der Stellung der Frauen innerhalb einer Gesellschaft zusammen. Diese bestimmt das Mass der Kontrolle, die Frauen über ihre eigene Gebärfähigkeit haben.

Der vierte Mythos: «Überbevölkerung schafft Hunger»

Weltweit und in allen Regionen der Welt wird genügend Nahrung produziert, um alle Menschen zu ernähren, d.h. Hunger ist ein Verteilungsproblem. Die riesigen Hungersnöte der letzten Jahrzehnte sind unter anderem durch die forcierte landwirtschaftliche «Modernisierung» des Westens entstanden, durch Monokulturen, Technologisierung, Zerstörung der Artenvielfalt und der Selbstversorgung. Selbst UNO-Studien beschreiben heute, was die Betroffenen schon lange schmerzhaft zu spüren bekommen haben: Dass in denjenigen Gebieten, in denen die «Grüne Revolution» erfolgreich durchgesetzt wurde, die Mangelernährung zugenommen hat. Exportorientierte Landwirtschaft, sinkende Preise für landwirtschaftliche Rohprodukte auf dem Weltmarkt und steigende Preise für das von multinationalen Konzernen monopolisierte Saatgut tragen das ihrige zur Hungerpolitik bei. Hunger in grossem Ausmass wird erst durch eine höchst ungerechte Weltwirtschaft und eine unsinnige, ressourcenverschleissende Landwirtschaft geschaffen. Mit «Überbevölkerung» hat dies nichts zu tun.

Der fünfte Mythos: «Überbevölkerung schafft Umweltzerstörung»

Auf globaler Ebene sind das Ozonloch, der Treibhauseffekt und die Verschmutzung der Gewässer und Böden die grössten Umweltbedrohungen. Diese Probleme werden vor allem in den industrialisierten Ländern des Nordens verursacht. Sie sind es, die mit einem Viertel der Weltbevölkerung 80 Prozent der Ressourcen verbrauchen. Es sind die multinationalen Konzerne, die zum Beispiel in Amazonien, Malaysia oder Zentralamerika die Urwälder roden und die Ressourcen ausbeuten, und nur zu einem kleinen Teil die SubsistenzbäuerInnen, die Brandrodung betreiben. Auch bezüglich Luftverschmutzung stehen die Industrieländer an der Spitze. Unser Pro-Kopf-Anteil an Kohlendioxidemissionen beträgt 14 Tonnen, in der Dritten Welt

beträgt er ganze 0,7 Tonnen, also 20 Mal weniger. Noch ausgeprägter ist dieses Verhältnis beim Energieverbrauch: Ein Durchschnittseuropäer verbraucht täglich umgerechnet 15 Liter Heizöl, eine achtköpfige indische Familie dagegen höchstens 0,8 Liter. 150 Tage also, fast ein halbes Jahr lang, lebt eine Inderin mit demselben Energiebedarf, den wir tagtäglich verbrauchen. Würde die Energie weltweit zu knapp, müssten in der Dritten Welt täglich 150 Geburten verhindert werden, damit der Lebensstandard einer Europäerin und die ungerechte Verteilung aufrechterhalten werden könnten.

Die verheerende Argumentation, dass die Bevölkerungszahl in den armen Ländern des Südens schuld sei an der Umweltzerstörung, ist von Grünen und Ökogruppierungen in unseren Nachbarländern bereits übernommen worden. Wenn im Juni dieses Jahres in Rio de Janeiro die UNO-Ökokonferenz (UNCED) stattfindet, müssen wir uns auch in der Schweiz auf eine Medienpropaganda in diese Richtung gefasst machen.

Bevölkerungskontrolle als Machtinstrument

Mit dem Mythos der Überbevölkerung wird eine Bevölkerungspolitik legitimiert, deren Ziel die Abschaffung der Armen in den Ländern der Dritten Welt ist. Bevölkerungskontrolle, vom Norden finanziert und propagiert und im Süden praktiziert, ist schon immer Teil einer gezielten Ausbeutungspolitik gewesen. Angefangen hat es vor 500 Jahren mit der weitgehenden Ausrottung der indigenen Völker. Heute noch werden im Süden Gemetzel und Seuchen (wie z.B. die gegenwärtige Choleraepidemie in Lateinamerika), Hunger und Drogen in Kauf genommen, um die wirtschaftliche Dominanz des Nordens sicherzustellen. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist neu die Möglichkeit hinzugekommen, Frauen daran zu hindern, überhaupt schwanger zu werden. Geburtenkontrolle wird zum zentralen Mittel der Bevölkerungskontrolle. Die Abschaffung der Armen dient der Aufrechterhaltung der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Ordnung, sowohl global als auch in den einzelnen Nationen. Ungeborene können weder in ihrem eigenen Land soziale Unruhen auslösen noch als ImmigrantInnen die industrialisierte Welt «überschwemmen».

Dafür zu sorgen, dass die potentiell Überzähligen erst gar nicht geboren werden, bedingt die Kontrolle über die Geburten und damit die Kontrolle über die

Gebärfähigkeit der Frauen. Konsequenterweise werden denn auch die Frauen für die «Überbevölkerung» und deren «Reduzierung» verantwortlich gemacht. Ausgeführt wird die Geburtenreduktion meist unter dem Mantel der Familienplanung, der Familienwohlfahrt oder der Mutter- und Kind-Gesundheitsfürsorge. Eine Folge davon ist, dass Mittel, die früher in ein Basis-Gesundheitssystem flossen, heute für die Familienplanung verwendet werden. Gesundheit für Mutter und Kind existiert nur noch im Zusammenhang mit Familienplanung. In Bangladesch untersucht die UNFPA in einer Studie, wieviel Gesundheitsversorgung den Frauen im Minimum angeboten werden muss, um die Akzeptanz für Familienplanung zu erhöhen.

Staatliche und private, nationale und internationale Familienplanungs- und Entwicklungsorganisationen beschäftigen sich mit Geburtenkontrolle. Finanziert werden die Projekte zu einem grossen Teil über Entwicklungsgelder und Kredite von Industriestaaten oder internationalen Organisationen. Die Gewinne aus dem Verkauf von Verhütungsmitteln gehen zum grössten Teil an Pharmakonzernen, obwohl diese kaum noch in Forschung und Entwicklung investieren: Die möglichen Risiken, z.B. Haftpflichtforderungen, sind ihnen zu hoch. Die Forschung im Verhütungsmittelbereich läuft heute ebenfalls über internationale Organisationen, wie dem in den USA ansässigen Population Council oder dem «Human Reproduction Program» (HRP) der Weltgesundheitsorganisation WHO.

Alle Lebensbereiche von Frauen werden durch die jeweils herrschende Bevölkerungspolitik bestimmt. Damit wird der Zwang, Familienplanung nach westlichem Muster zu betreiben, für unzählige Frauen in der Dritten Welt unausweichlich. Der Zugang zu Gesundheitsversorgung und Ausbildung wird abhängig gemacht von der Bereitschaft zur Familienplanung, ebenso die Teilnahme an Arbeitsprojekten von nationalen und internationalen Entwicklungsorganisationen wie beispielsweise der Weltbank. Schwarze Frauen in Brasilien haben fast nur noch dann eine Chance, einen Arbeitsplatz zu erhalten, wenn sie ein Sterilisationszertifikat vorweisen können. Im armen Nordosten haben bis zu 80 Prozent der schwarzen Frauen, die Verhütung betreiben, «freiwillig» die Sterilisation gewählt. In Indien werden Frauen mit Nahrungsmitteln oder mit Kleidung «belohnt», wenn sie Verhütungsmittel einnehmen oder sich sterilisieren lassen. Während einer Hungersnot in Bangladesch, ausgelöst 1984 durch eine Flutkatastrophe, wurde die Abgabe von Lebensmitteln mit der

Auflage, sich sterilisieren zu lassen, verbunden. In Indonesien wurde einem Dorf eine neue Strasse verweigert mit der Begründung, es nähmen nicht alle Frauen des Dorfes am Familienplanungsprogramm teil. Indien, Bangladesch und Indonesien gehören zusammen mit Kenia zu den Schwerpunktländern der Weltbank in Sachen Bevölkerungspolitik.

Die – fast ausschliesslich in der Dritten Welt gebräuchlichen – hormonellen Langzeitverhütungsmittel wie Drei-Monats-Spritzen und Implantate entsprechen weder der Kultur der betroffenen Frauen noch ihrem Anspruch auf Selbstbestimmung über ihre Gebärfähigkeit. Sie entziehen den Frauen weitgehend die Kontrolle über ihre Fortpflanzung und liefern sie modernster High-Tech-Medizin aus. Die zahlreichen Nebenwirkungen der hormonellen Verhütungsmittel gefährden ganz besonders die Gesundheit von armen und unterernährten Frauen. Frauen werden auch als Versuchskaninchen der Verhütungsmittelforschung gebraucht. Zur Zeit beispielsweise in Indien für einen schwangerschaftsverhütenden Impfstoff, der sich jetzt in der zweiten klinischen Testphase befindet. Auch die WHO forscht an der Anti-Schwangerschafts-Impfung. Mit diesem Impfstoff – einer Verbindung von Tetanus-/Diphtherieoxid und dem körpereigenen Schwangerschaftshormon hCG – soll gleichzeitig erstmals aktiv das menschliche Auto-Immunsystem manipuliert werden. Die möglichen Wirkungen dieser Versuche auf die Fruchtbarkeit und das körpereigene Immunsystem der Testfrauen sind unabsehbar.

Bevölkerungsprojekte nach Weltbank-Rezept

Die vier folgenden Beispiele aus Indonesien, Indien, Botswana und Senegal haben gemeinsam, dass die Weltbank darin als Kreditgeberin, Wegbereiterin oder Promotorin eine entscheidende Rolle spielt. Die meisten Detailunterlagen wie Projektbeschreibungen, sogenannte «Sektorberichte» und Evaluationen werden von der Weltbank vertraulich behandelt und sind nur unter der Hand erhältlich. Dass die Weltbank Bevölkerungspolitik als eine der wichtigsten Herausforderungen der Gegenwart betrachtet, kann ohne weiteres aus ihren Jahres- und Weltentwicklungsberichten entnommen werden. In Weltbank-internen Papieren finden sich jedoch konkrete Hinweise darauf, dass bevölkerungspolitische Auflagen bei der Vergabe von Weltbank-Krediten üblich sind.

Indonesien: massenhaft Norplant

Fast könnte man Indonesien mit dem besetzten Osttimor als «Mekka für BevölkerungsstrategInnen» bezeichnen. Die Weltbank hat 1991 den rekordverdächtigen Betrag von 105 Millionen Dollar in das staatliche indonesische «Familienplanungsprogramm» investiert. Die indonesischen Programme gehen seit Jahren äusserst aggressiv in der Verbreitung von Verhütungsmitteln vor. Frauen, die Verhütung betreiben, dürfen sich sogenannten «acceptors clubs» anschliessen und erhalten dafür bevorzugten Zugang zu Krediten und Ausbildungsmöglichkeiten. In den letzten Jahren wurde der Schwerpunkt auf Langzeitverhütungsmethoden verschoben, und zwar vor allem auf die Spirale, die Sterilisation und Norplant – alles Methoden, die keine Kontrolle durch die Frau mehr zulassen.

860 000 Mal wurde Norplant in Indonesien zwischen 1987 und 1990 in Frauenkörper eingepflanzt. Norplant besteht aus sechs Stäbchen, die unter die Haut gebracht werden und dort fünf Jahre lang schwangerschaftsverhütende Hormone abgeben. Es muss spätestens nach fünf Jahren von ausgebildeten Fachleuten wieder entfernt werden. Obwohl seit kurzem auch in den USA zugelassen, ist Norplant wegen seiner vielfältigen Nebenwirkungen nach wie vor höchst umstritten.

Die einmalige Massenanwendung war im Februar 1990 für den US-amerikanischen Population Council ein Grund, eine Studie über den Einsatz von Norplant in Indonesien zu erstellen. Der Population Council war die treibende Kraft bei der Entwicklung von Norplant und ist einer der wichtigsten Vertreter der bevölkerungspolitischen Interessen des Nordens. Die Studie hält fest, dass Norplant seit 1989 in allen indonesischen Provinzen verfügbar sei. Wegen der massenhaften Verbreitung habe allerdings das medizinische Personal nicht so adäquat geschult werden können, wie eigentlich geplant. So seien viele Leute nur im Einsetzen, nicht aber im Entfernen des Implantats ausgebildet.

Die Studie geht als erstes der Frage nach, ob Norplant die Auswahl der Verhütungsmethoden verbreitert hat, respektive, ob die vielzitierte «freie und informierte Wahl» für die Anwenderinnen besteht. Diese Frage muss in der Studie weitgehend verneint werden: Die Information sei oft mangelhaft bis irreführend. Nur teilweise würden die Richtlinien zur Anwendung von Norplant beachtet. So sei nicht gewährleistet, dass Norplant keinesfalls bei Schwangeren eingesetzt wer-

den dürfe – nur bei 20 Prozent der ausgewerteten «Fälle» sei das Implantat wie vorgeschrieben während der ersten sieben Tage der Menstruation eingesetzt worden. Auch lasse die Sterilität bei den Operationen zu wünschen übrig. Das zweite Untersuchungskriterium, das Problem der «frühzeitigen Entfernung auf Nachfrage oder bei medizinischen Schwierigkeiten», ist ebenfalls nicht erfüllt. Die praktische Möglichkeit dazu besteht kaum, wenn nicht sehr schwere medizinische Gründe attestiert werden. Der Normalfall jedoch ist, dass eine medizinische Begleitung gar nicht vorhanden oder erreichbar ist. So ist es nicht erstaunlich, dass schon mehrere verzweifelte Frauen sich mit einem Küchenmesser des Implantats zu entledigen versuchten. Das dritte Kriterium schliesslich ist die garantierte Entfernung von Norplant nach der Frist von fünf Jahren. Medizinisch ist dieses Entfernen absolut notwendig, da sonst unter anderem die lebensbedrohliche Gefahr einer Eileiterschwangerschaft entsteht. Die Studie meint dazu: «Alles in allem hat das indonesische Gesundheitswesen begrenzte Möglichkeiten, Norplant-Anwenderinnen wieder aufzuspüren.» Eine gewisse Anzahl geht eben einfach verloren. So ist es nicht erstaunlich, dass eigens für die Studie interviewte Anwenderinnen zwar im Allgemeinen wussten, dass Norplant fünf Jahre lang vor Schwangerschaft schützt, aber nicht, dass sie nach fünf Jahren das Implantat entfernen lassen müssen. Die Studie kommt zum Schluss, dass besonders die garantierte Entfernung von Norplant nach fünf Jahren unbedingt gewährleistet sein müsste. Der Grund dafür ist nicht etwa die Gefahr für die Frauen, sondern: Die «attraktive Innovation» könnte ansonsten gefährdet werden, was sich imagemässig negativ auf die Ziele der Bevölkerungspolitik auswirken würde.

Die Weltbank hat auch im von Indonesien besetzten Osttimor den Bau von Familienplanungszentren finanziert, so 1985 in Dili. Die Bevölkerungspolitik in Osttimor hat einen besonders bitteren Beigeschmack, weil hier die indonesische Armee seit der Besetzung 1975 rund ein Drittel der Bevölkerung militärisch massakriert hat. Kurz nach der Eröffnung des weltbankfinanzierten Zentrums schnellte die Rate der mit Langzeitspritzen verhütenden Frauen auf fast 60 Prozent. In Indonesien waren es zur selben Zeit nur knapp 20 Prozent. Die Frage stellt sich, wie weit die Weltbank sich durch die Bereitstellung von Infrastruktur für Langzeitverhütungsmittel am fortlaufenden Genozid der osttimoresischen Bevölkerung beteiligt.

Indien: flächendeckende Verhütungskontrolle

Das «India Population Project» (IPP) ist eines der ehrgeizigsten Bevölkerungsprogramme der Welt und wird von der Weltbank grosszügig gefördert (1989: 124,6 Millionen Dollar). Ein Teilprojekt, das «IPP-V», wird in Greater Bombay durchgeführt. Im Projektbeschrieb für die Kreditgeberin, die Weltbank, und im Übereinkommen mit privaten Freiwilligen-Organisationen, listet das indische Gesundheitsministerium detailliert Ziele und Massnahmen für die siebenjährige Projektperiode 1989-95 auf. Die erklärten Ziele sind in dieser Reihenfolge:

1. Geringeres Bevölkerungswachstum durch Reduzierung der Geburtenrate
2. Akzeptanzsteigerung von Familienplanungsmethoden
3. Verbesserung der Mutter-Kind-Gesundheitsversorgung
4. Vermehrte Immunisierung von Kindern
5. Reduzierung der Kinder- und Müttersterblichkeit und Krankheit
6. Verbessern des Gesundheitsstatus der Slumbewölkerung
7. Sanierung der Umwelt

Ein erstes wichtiges Instrument zur Durchsetzung dieser Ziele sind «Outreach-Programme»: Sie bezwecken, dass sämtliche Haushalte von SozialarbeiterInnen besucht werden, um junge Paare für die Familienplanung zu gewinnen und anschliessend die Anwendung der Verhütungsmittel regelmässig zu überwachen. Im weiteren wird viel Wert auf «Information-Kommunikation-Eduktion» gelegt. Gemeint ist damit hauptsächlich die Anwendung klassischer PR-Strategien. Beispielsweise wird statt von Familienplanung lieber von «Familienwohlfahrt» gesprochen. Und weil der Ruf der Familienplanungszentren in Indien wegen rigorosen Sterilisationsprogrammen in der Vergangenheit stark angeschlagen ist, werden sie künftig «Gesundheitsposten» genannt. Schliesslich legt besonders die Weltbank grosses Gewicht auf den Einbezug von privaten Organisationen: Sie sind näher an der «Basis» und besser als Regierungsstellen geeignet, die Akzeptanz für Verhütungsmittel zu fördern. So wird ein Teil der Gesundheitsposten von Privaten eingerichtet und geführt. Das indische Gesundheitsdepartement bezahlt die Saläre und Einrichtungen der Posten und nimmt monatlich einen Bericht entgegen.

Die Weltbank schliesst den Kreditvertrag zwar mit dem nationalen Gesundheitsdepartement ab, ist aber dennoch auch auf städtischer Ebene bis in Detailfragen in die Projektplanung und Ausführung einbezogen. So legt sie die Gehaltsgrade des Personals der Gesundheitsposten fest und schickt zweimal jährlich eine Kommission zur Begutachtung der Fortschritte. Dass der Erfolg hauptsächlich an der Akzeptanz von Familienplanung – und nicht an der Gesundheit – gemessen wird, zeigt sich etwa daran, dass unter den detailliert aufgelisteten Aufgaben der Gesundheitsposten die Nachbetreuung beim Gebrauch von Verhütungsmitteln nicht zu finden ist.

Botswana: Multisektorielle Strategie

Botswana erlebte im Vergleich zu anderen afrikanischen Ländern in den achtziger Jahren ein extrem hohes Wirtschaftswachstum von über 10 Prozent pro Jahr, das jedoch sehr einseitig durch den Verkauf von Diamanten begründet war. Durch eine Limitierung der Diamantenverkäufe auf die Menge der laufenden Produktion ab 1988/89 wurde auch hier das Wachstum stark beeinträchtigt. Im Zeitraum zwischen 1975 und 1986 sank die Wachstumsrate der Bevölkerung von 6 auf 3,5 Prozent – was allgemein noch immer als sehr hoch angesehen wird. Allerdings gibt es für Botswana wirtschaftliche Gründe, ein weiteres Bevölkerungswachstum anzustreben, wie die Weltbank selbst in einem Bericht festhält: Auf einer Fläche, die ungefähr jener Frankreichs entspricht, leben ganze 1,2 Millionen Menschen, das heisst, Botswana ist 50 Mal dünner besiedelt als Frankreich. Eine vermehrte Industrialisierung, um die einseitige Abhängigkeit von der Diamantenförderung zu lockern, stösst damit auf Schwierigkeiten, weil die potentiellen Arbeitskräfte einfach zu weit verstreut wohnen.

Dennoch ist die Weltbank der Überzeugung, dass in Botswana das Bevölkerungswachstum gestoppt werden müsse. Das Nachbarland Südafrika sei industriell schon so weit entwickelt, dass eine botswanische Konkurrenz keine Chance hätte, meint die sonst so auf Modernisierung und Wachstum erpichte Weltbank. Botswana bleibe nichts anderes übrig, als sich auf die landwirtschaftliche Produktion zu beschränken, trotz schlechten klimatischen Bedingungen und schwierigen Bodenverhältnissen. Und diese Produktion reiche nun einmal nicht aus, um mehr Menschen zu ernähren. Also arbeitete die Weltbank «Empfehlungen» zuhan-

den der botswanischen Regierung aus, für ein Bevölkerungsprogramm mit dem Ziel, die Geburtenraten zu senken. Diese Empfehlungen beinhalten im Wesentlichen drei Punkte:

1. Weltbank und Regierung entwickeln einen «Konsens» über die Formulierung einer «integrierten und umfassenden» Bevölkerungspolitik.
2. Es wird eine «multisektorielle Strategie» verfolgt, was im Klartext heisst: Es werden Gesetze geschaffen, die grosse Familien benachteiligen, sei es durch Steuererhöhungen oder durch Lohnkürzungen. In Weltbank-Sprache übersetzt heissen solche Massnahmen «Anreize zur Förderung der politischen Sensibilität der Bevölkerung für Geburtenkontrolle». Zur multisektoriellen Strategie gehört auch, dass in Schulen, Gemeinschafts- und Gesundheitszentren Propaganda gemacht und dass das Lehr- und Gesundheitspersonal entsprechend motiviert wird.
3. Auf «höchster Ebene», möglichst auf Regierungsebene, wird eine Stelle geschaffen, die dafür verantwortlich ist, dass Bevölkerungspolitik wirklich in alle Politikbereiche integriert wird.

Es gibt im Bericht über Botswana keine direkten Hinweise darauf, dass die Weltbank in Botswana bevölkerungspolitische Auflagen für die Vergabe von Krediten macht. Der häufig im Bericht der Bank auftauchende Begriff «Konsens» stimmt jedoch misstrauisch angesichts der Tatsache, dass die Regierung Botswanas bisher keinen Anlass sah, Einfluss auf die Geburtenzahlen zu nehmen. Sie stand einem Bevölkerungswachstum sogar positiv gegenüber. Besonders in Afrika hat Bevölkerungspolitik für die Weltbank hohe Priorität, und um ihre Prioritäten durchzusetzen, war sie noch nie auf das Einverständnis von hochverschuldeten Drittwelt-Ländern angewiesen. Beim folgenden senegalesischen Beispiel wird die Auflagen-Politik der Weltbank offensichtlich.

Senegal: Bevölkerungsprogramm als Kreditaufgabe

In einem Bericht zur Rolle der Weltbank bei der Bevölkerungspolitik in der Dritten Welt beschreiben die beiden Weltbank-MitarbeiterInnen Fred Sai und Lauren Chester die erfolgreiche «Sektorarbeit» im Senegal: «Im Zusammenhang mit Verhandlungen über einen

Strukturanpassungskredit kamen Weltbank-Vertreter auch auf Bevölkerungspolitik zu sprechen. Als Resultat einigte man sich darauf, dass ein Bevölkerungsprogramm Bedingung sei für die Auszahlung der dritten Tranche des versprochenen Kredits.» Nachdem sich die senegalesische Regierung und die Weltbank also «geeignet» haben, was bei den gegebenen Machtverhältnissen nicht allzu schwer gewesen sein dürfte, ist im Jahresbericht 1991 der Bank zu lesen: «Die Bemühungen der (senegalesischen) Regierung um eine Kontrolle der Fruchtbarkeitsziffern und eine Senkung der Bevölkerungszuwachsraten werden ebenso unterstützt wie ihre Anstrengungen, die Qualität und Verfügbarkeit grundlegender Gesundheitsdienste zu verbessern.»

Angepasste Strategien

Die Strategien der Weltbank unterscheiden sich in den verschiedenen Regionen je nach Stand der «Akzeptanz» gegenüber bevölkerungspolitischen Massnahmen. In Asien wird Bevölkerungskontrolle von den meisten Regierungen als vordringliches Anliegen aufgefasst, und entsprechende Programme wurden schon in den siebziger Jahren eingeleitet. Die Weltbank finanziert beispielsweise Infrastruktur für Regierungsprogramme, wie im Falle des indonesisch besetzten Osttimor. Oder sie übernimmt die Aufgabe, die Effizienz (nach westlichen Kriterien) zu steigern durch Management, Outreach-System und Arbeitsteilung zwischen staatlichen und privaten Stellen. In Indien ist die Zusammenarbeit mit privaten Organisationen weit fortgeschritten und die Arbeitsteilung wurde institutionalisiert: Die Weltbank gibt Kredite für Infrastruktur und überwacht regelmässig die «Fortschritte»; bzw. die Anzahl der Programm-Teilnehmerinnen und die Geburtenraten. Die Regierung als Kreditnehmerin betraut Private mit dem Betrieb der «Gesundheitsposten» und überlässt ihnen die Aufgaben, die grössere Nähe zu den BewohnerInnen der Elendsviertel bedingen: Die «Motivation», die Verteilung von Verhütungsmitteln und die Kontrolle über deren Anwendung. In Afrika dagegen wehren sich nach wie vor einige Länder gegen Programme zur Geburtenkontrolle, sei es, weil eine Zunahme der Bevölkerung erwünscht ist, oder weil sie die Ansinnen der Industrieländer als Einmischung empfinden. Hier besteht die Aufgabe der Weltbank darin, auf oberster Regierungsebene «Überzeugungsarbeit» zu leisten. Weltbank-VertreterInnen verhandeln nur auf «höchster Ebene» über Bevölkerungspolitik, am liebsten im Zusammenhang mit Kreditbegehren.

Innerhalb der internationalen Bevölkerungslobby übernimmt die Weltbank die Rolle des «Hardliners». Sie hat Zugang zu höchsten Regierungsstellen und kann direkt Druck aufsetzen, damit Mittel freigemacht werden für die von ihr gewünschten Zwecke. Sie kümmert sich wenig darum, ob Familienplanung «integriert» in Gesundheitsprojekte oder als reine Fruchtbarkeitskontrolle daherkommt. Für sie ist eine Reduktion der Geburtenzahlen in der Dritten Welt schon fast zum Allheilmittel geworden: Gegen Hunger und Armut, gegen Umwelterstörung und für ein gesteigertes Wirtschaftswachstum.

Quellen / Literatur

- «World Bank to Increase Population Control Funds», *The Washington Post*, 8.11.89
- Fred T. Sai und Lauren A. Chester, «The Role of the World Bank in Shaping Third World Population Policy», Artikel in Godfrey Roberts (ed.), *Population Policy: Contemporary Issues*, New York, 1990
- Weltbank-Jahresbericht 1991
- Neue Zürcher Zeitung, 23.4.90, zitiert nach epd Entwicklungspolitik Nr. 12, Juni 1991
- Eva Engelhardt, Ingrid Spiller: «Explizit, Materialien für Unterricht und Bildungsarbeit», Nr. 36, 1991
- Erklärung von Bern, Dokumentation Nr. 4/91: «Wieviele Reiche erträgt die Erde?»
- Peripherie Nr. 36, 9. Jahrgang, Juni 1989
- Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Nr. 14/1985 und 23/1988
- Arbeiterkampf 315, 5.2.90
- Sumati Nair: *Imperialism and the Control of Women's Fertility*, London & Amsterdam, 1989, by: *The Campaign against Long-Acting Hormonal Contraceptives*
- Sumati Nair: *Major Agencies Involved in Population Control*, in: *International Solidarity for Safe Contraception* Nr. 3, Februar 1991
- Betsy Hartmann: «Population Policies and Programmes: A Feminist Assessment», 6th International Women and Health Meeting, Quezon City, Philippines, 5.11.90
- Betsy Hartmann: «Bankers, Babies and Bangladesh», in: *The Progressive*, September 1990
- Lucia Ribeira: *Bericht einer parlamentarischen Untersuchungskommission zu Verhütung in Brasilien. Referat am Finfrage/Redeb-Kongress, Rio de Janeiro, 30.9.-10.10.91*
- Cary La Cbeen in: *Adverse effects, Women and the Pharmaceutical Industry*, ed. by Kathleen McDonnell, IOCU, 1986
- III. International Symposium on Contraception, Heidelberg, 19.-23.6.90
- Vaccine, Vol. 7, April 1989: «Anti Fertility Vaccine»
- Weltgesundheitsorganisation, *Biennial Report 1988-89: Special Training of Research, Development and Research Training in Human Reproduction*
- «Service delivery Systems and Quality of Care in the Implementation of Norplant in Indonesia», *Population Council*, New York, Feb. 1990 (Zusammenfassung von Betsy Hartmann)
- Brief von Kiyoko Furusawa, Osaka, an Clifford Gilpin, Weltbank vom 19.4.90
- Ulrike Schatz: «Antikörper gegen Schwangerschaft», Dokumentarfilm zu Bevölkerungspolitik und der Entwicklung der Anti-Schwangerschafts-Impfung in Indien, Hamburg, 1991
- Dr. V.P. Desai: *India Population Project-V, Credit and Project Summary*

Note on India Population Project-V, Public Health Department, M.C.'s Budget Speech
Dr. R.M. Kathuria & Dr. R.N. Kulkarni: *Public Health Department collaborates with Private Voluntary Organisations under the World Bank Aided India Population Project-V*
Botswana Population Sector Review, Interner Report der Weltbank, 31.10.89
Weltentwicklungsbericht 1991 der Weltbank: «Entwicklung als Herausforderung»

Wir danken Betsy Hartmann vom Hampshire College in Amherst, Massachusetts, für die Zustellung von Materialien und zahlreiche Hinweise.

Florence

Bericht aus einem UN/NGO workshop in Oxford, Sept. 19987

In den Slums von Lusaka, der Hauptstadt von Sambia lebt Florence. Vor der Schuldenkrise ging es ihr recht gut. Sie konnte sich und ihre Familie ohne grosse Probleme versorgen. Jetzt gehört sie zu den «neuen Armen». Die steigenden Lebensmittelpreise machen ihr das Leben immer schwerer, und mit dem Lohn ihres Mannes kann die Familie nicht überleben. Oft gibt es bloss einmal zu Essen pro Tag, Fleisch kann Florence über Wochen nicht auf den Tisch stellen.

Ihre beiden Kinder wurden krank. Das jüngere litt an Atembeschwerden. Der Arzt verschrieb verschiedene Medikamente., die Florence kaufen sollte. Beim städtischen Spital gab es jedoch keine Medikamente mehr, denn der Staat kann wegen mangelnder Devisen nur etwa einen Siebtel der benötigten Medikamente im Ausland einkaufen. Florence ging in einen Chemikalienladen. Dort verkaufte man ihr die gewünschten Medikamente, allerdings bezahlte sie einen horrenden Schwarzmarktpreis, der ihren Wochenverdienst gänzlich auffrass. Während der Woche konnte sie nun noch weniger Nahrungsmittel kaufen.

Zu diesem Zeitpunkt spürte sie, dass sie schwanger war. Eigentlich wollte sie dieses dritte Kind. Aber die Sorge um die wachsende Familie und die bohrenden Fragen, wie sie ihre Kinder ernähren sollte, liessen ihre keine Ruhe. Etwas später kam ihr Mann mit der Neuigkeit, dass nun wegen der IWF-Strukturprogramme auch noch der Preis für Maismehl, dem Hauptnahrungsmittel sich verdoppeln werde. «Ich konnte diesen neuen Schlag nicht fassen», sagte Florence, «aber mein Mann bestätigte es mir. Ich wusste plötzlich, dass wir nicht überleben würden, denn wir hatten immer weniger Geld. Ich musste schrecklich weinen, ich war so ratlos».

Die Preise für Maismehl stiegen in den folgenden Tagen. Tausende von ZambianerInnen protestierten in den Strassen gegen die Massnahmen der Regierung. Die Regierung gab dem Druck nach und senkte die Maismehlpreise wieder, handelte sich dadurch aber einen Konflikt mit dem IWF ein. Gratwanderung!

Vom Scheitern eines Versuches

von Gerlind Martin

Angefragt, in einer Gruppe von Wissenschaftlerinnen mitzuarbeiten, die sich mit den Auswirkungen von Strukturanpassungen auf Frauen befasst, sage ich interessiert und mit gemischten Gefühlen zu. Einerseits habe ich Bedenken, weil ich weder auf dem Gebiet der Internationalen Organisationen noch der praktischen Entwicklungszusammenarbeit Fachfrau bin. Die Gruppe zerstreut sie mit dem Hinweis, dass ich als Journalistin und nicht als Expertin mitarbeiten soll. Andererseits erkenne ich sofort, dass mich die Zusammenarbeit mit diesen Frauen motivieren würde, mich konzentriert mit einem Thema auseinanderzusetzen, dem ich bis anhin stets ausgewichen bin.

Ging es in den letzten Jahren um den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank, meldete ich mich ab. Diesen Reflex kenne ich von früher: In der Schule schloss ich mich widerstandslos der Meinung des Lehrers an, Mathematik taue wohl nicht für Mädchen; wir sollten auf den freiwilligen Unterricht verzichten. (Und natürlich hatte ich Jahre später die allergrösste Mühe mit Mathematik!) Es macht durchaus Sinn, den damaligen Verzicht auf eine Beschäftigung mit Mathematik zu vergleichen mit dem späteren Zurückschrecken vor dem Themenbereich IWF-/Weltbank: Beide Gebiete prägen Männer, sei es, dass sie unterrichten, sei es, dass sie in den Medien zu Wort kommen und als Verhandelnde und Beschliessende, als Theoretiker und Praktiker auftreten.

*

Da nützte es der entwicklungspolitisch arbeitenden Journalistin auch wenig, zu erkennen, wie gewichtig die Themenbereiche IWF und Weltbank eigentlich sind. «Erkennen» ist sowieso zuviel gesagt, viel eher habe ich kurzgeschlossen: Weil ich diese Sprache nicht verstand und weil viel offizielles und veröffentlichtes Material dazu anfiel, schon allein deshalb erschien das Ganze bedeutungsvoll! Um unser Archiv à jour zu halten, habe ich pflichtbewusst – wie übrigens alle Kolleginnen und Kollegen – die Zeitungen auf die drei ominösen Buchstaben IWF (oder, in der englischen Ab-

kürzung, IMF) abgesucht. Mit den Augen, kaum je mit dem Verstand. Immerhin ist mir aufgefallen: Wir sammeln, was vorwiegend Männer über forschende, analysierende, prognostizierende, erklärende Männer schreiben. Die IWF- und Weltbankmappchen im Archiv haben immer zu den schlimmsten gehört, sie quollen über. Kein Anreiz, sich einmal ins Thema zu knien; keine Chance, angesichts dieser Unmenge je etwas zu begreifen. (Das bereits angehäuften, mir weitgehend unbekannte Material habe ich gleichgesetzt mit dem benötigten Vorwissen.) Und wieso auch sollte ich Bescheid wissen? Das Dossier wurde bearbeitet von einem Kollegen, Ökonom und Journalist; im Gegensatz zu vielem anderen waren IWF und Weltbank kaum je Pausengespräch; und ausserhalb meines Arbeitsbereiches interessierte sich dafür sowieso kein Mensch. IWF und Weltbank mochten zwar wichtig sein, waren aber ganz offensichtlich nur für wenige (Eingeweihte) Gesprächsthema.

In meinen Erinnerungen an diese zwei, drei Jahre sehe und höre ich ausschliesslich Männer über IWF und Weltbank sprechen – von weitem bloss höre ich sie, wie durch Watte gedämpft, unverständlich vor allem.

Und heute? Die von den Medien abgebildeten, teilweise kommentierten Bemühungen der Schweiz, bei diesen mächtigen internationalen Institutionen als gewichtiges Mitglied unterzukommen, haben mich aufgeschreckt. Es stört mich, dass ich nicht genügend Bescheid weiss, um mir über die Konsequenzen eines Beitrittes/eines Nicht-Beitrittes Rechenschaft zu geben.

*

In dieser unbefriedigenden Situation erreicht mich die Einladung zur Mitarbeit, und ich treffe sechs Frauen, die sich bereits seit Jahren mit diesem Themenbereich befassen und eine ganz spezielle Frage untersuchen wollen: Wie wirken sich die Strukturanpassungsmassnahmen in den Ländern der sogenannten Dritten Welt auf die Frauen aus? Mit Elan stürze ich mich auf

die Literatur, in die Diskussionen, entwickle eigene Fragestellungen und Konzepte, suche kompetente Gesprächspartnerinnen und -partner. Am Anfang ist, was ich tue, reine Fleissarbeit: lesen, lesen und noch einmal lesen. Zuerst gilt es, Entstehungsgeschichte, Entwicklung, Handlungs- und Wirkungsweise dieser beiden Organisationen etwas kennenzulernen. Auch gilt es in Erfahrung zu bringen, warum die offizielle Schweiz beitreten will, weshalb Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schweizerischer Hilfswerke dafür/dagegen sind.

Im Verlaufe dieser Einarbeitung stellen sich mir bald Fragen, die an alte Zusammenhänge rühren: Mit welchem Recht stellt das Land Schweiz Machtansprüche, die sich auf Kosten der sogenannten Entwicklungsländer auswirken werden? Auf Kosten jener Länder also, deren Anliegen und Bedürfnisse die Schweiz nach eigener Aussage ja gerade stärken will. Wenn die Schweiz tatsächlich etwas für die anderen erreichen will – warum lässt sie diese nicht zu Wort kommen? Oder will die Schweiz eher etwas für sich erreichen? Dass es beim Beitrittswunsch der Schweizer Behörden eindeutig nach dem Motto geht «Was uns nützt, das frommt uns», lese ich in einem Vortrag von Bundesrat Otto Stich, der unter anderem erklärt: «Auch wenn ich mir bewusst bin, dass die Neuordnung unserer Verhältnisse zu Europa Vorrang haben muss, so wird sich unser Land doch auch der übrigen Welt stärker öffnen müssen. Früher konnte es sich unser Land leisten, einen derartigen Schritt unter dem Titel der Solidarität zu tun, heute sind es zunehmend eigene Interessen, die dabei im Vordergrund stehen. Denn die Probleme, die unmittelbar auf die Schweiz einwirken und die einer weltweiten Lösung bedürfen, sind zu zahlreich geworden, als dass wir auf eine verstärkte internationale Zusammenarbeit verzichten könnten.» (siehe Anmerkung) Und plötzlich sehe ich, wie dies alles zusammengehören könnte: Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen GATT, Europäische Gemeinschaft und Europäischer Wirtschaftsraum, Beitritt zu den internationalen Organisationen wie Bretton Woods Institutionen und UNO – das Dabeisein, das Mitarbeiten und Verantwortung übernehmen in der vielbeschworenen Völkergemeinschaft ist eine Frage der Haltung, des Willens und Wollens eines Landes, seiner Bewohnerinnen und Bewohner. Eine Haltung, die sich ausdrückt in der Aussenpolitik eines Landes, aber auch in der darauf abgestimmten, den gleichen Kriterien verpflichteten Aussenwirtschaftspolitik.

In den Diskussionen in der Gruppe erzählen die Fachfrauen nun immer öfter von ihren eigenen Erkenntnissen, davon, wie Frauen in den sogenannten Drittweltländern von den einschneidenden IWF-Massnahmen drangsaliert, in ihren Lebensmöglichkeiten eingeschränkt, in ihrer Gesundheit gefährdet werden. Die Gespräche, bei Kaffee und Gipfeli, immer engagiert, entmutigen mich: Nicht nur ist die schweizerische Realität, mit der ich mich schwergewichtig befasse, weit weg von meinen Ansprüchen – beispielsweise gehe ich von moralischen, ethischen Kriterien aus. Es kommt dazu, dass all das, was ich an Frauen-Alltag aus anderen Ländern erfahre, auf mich noch viel stärker den Eindruck völliger Unabänderlichkeit macht.

Ich merke plötzlich, dass mit Fleissarbeit dieses Thema nicht zu bewältigen ist. Meine Zuversicht in meine Lernfähigkeit gerät ins Wanken.

*

Schleichend passiert, was mir langsam den Boden unter den Füßen wegziehen wird: Ich kann mit dem Thema nicht mehr journalistisch umgehen, das heisst, ich verliere jede kritische (und schützende) Distanz dazu. Herausgefordert als Schweizerin, die in Clinch gerät mit dem, was ihr Land an sogenannt humanistischen Werten mit schönen Worten vertritt und in der Aussenwirtschaftspolitik mit Füßen tritt, entgleitet mir sogar der Anspruch, den Überblick zu behalten, die Dinge vernünftig gegeneinander abzuwägen, zu einer einleuchtend begründbaren intellektuellen Haltung zu kommen. Bis in die Alträume hinein verfolgen mich die Frauenschicksale, von denen ich höre, von denen ich lese. Das anfangs so schön abgrenzbare, eingezäunte Thema ufert aus und reisst meine Bereitschaft ein, verstehen zu wollen.

Es war blanker Irrsinn, damit zu rechnen, dass ich mit Wille und Verstand je einmal begreifen könnte: Dieser Riesenapparat in Washington funktioniert weiter, immer weiter – spuckt aus, was Millionen von Menschen, Millionen von Frauen südlich dieses gigantischen Rechen- und Repräsentationszentrums schlussendlich zum Leben auf Erden übrig bleibt . . .

Da gibt es nichts zu begreifen.

*

Ein Auftrag ist ein Auftrag. Doch der Journalistin entzieht sich das Thema immer wieder, ich sitze fest

und komme nicht weiter. Verzweifelnd über all dem, was ich mir an gelebtem Leben anderer Menschen anlese und anhöre, erschüttert davon, mit all dem Erfahrenen nicht umgehen zu können, besuche ich die Sitzungen der Autorinnen. Keine pflegt einen einfachen Umgang mit ihrem Thema. Jeder geht die Beschäftigung damit näher, als voraussehbar war. Jede Zusammenkunft ordnet neu – die Ergebnisse und Mängel, die Unsicherheiten und Möglichkeiten. Ich bin froh über jede neue Zusammenfassung und Konturierung des bereits Erreichten, auch wenn ich spüre, dass meine Ordnung nur herbeigeredet ist und höchst brüchig bleibt.

Spontan erzähle ich meinem Vater von dieser Arbeit. Es ist ein Versuch, vielleicht doch noch einmal einen Zugang zum Thema zu finden. Einen Artikel wolle ich schreiben, sage ich, einen Artikel über die Schweiz und den Internationalen Währungsfonds. Er zeigt sich interessiert, möchte mehr wissen. Ich atme tief durch und bereue, dieses Gespräch nicht doch geplant zu haben. Ich erwähne die Mühsal der Frauen in der sogenannten Dritten Welt, die unter IWF-Massnahmen praktisch immer am stärksten zu leiden hätten. Erwähne, dass die Schweiz, würde sie dem IWF beitreten, dies alles noch stärker mitverantworten hätte als heute, ihr brauchbares Gesetz der Entwicklungszusammenarbeit kaum mehr beachten könnte. Er wehrt ab, «warum immer so negativ? Warum bloss sollen immer gleich die Frauen leiden?» Ich lasse nicht locker, werde konkreter, erzähle – anschaulich und eindringlich, wie ich meine – vom Alltag der Frauen etwa in Lateinamerika, von den unmenschlichen Folgen . . . Es läuft schief. Sein Interesse ist erloschen. Er ist sicher, dass das Erzählte stark übertrieben ist. Er glaubt im Grunde wohl nichts davon. Vielmehr glaubt er: Diese verantwortlichen Männer vom IWF können so dumm doch gar nicht sein; was sie tun, ist unter den gegebenen Umständen bestimmt das Richtige.

Und plötzlich verstehe ich, wie er das macht: Im Gegensatz zu mir, wählt er das abgekürzte Verfahren. Während ich nicht begreifen kann, dass nach über zehnjährigen, nachweisbar schlimmen bis katastrophalen Erfahrungen die irrwitzigen IWF-Strategien nach wie vor durchgezogen und verteidigt werden – glaubt er ganz einfach die geschilderten Folgen nicht, leugnet jegliche Zusammenhänge. Es leuchtet ja wirklich keinem einigermassen vernünftigen Menschen ein, dass diese lebensverachtenden Männerszenarien, über die seit Jahren sogar die seriösesten Medien berichten, – nicht sofort verboten werden.

Ergo: Die Folgen können gar nicht so sein, wie ich sie beschrieben habe. (Zugegeben: Einen Mangel hatte mein Versuch: Es liegt zu lange zurück, was ich aus eigener Anschauung aus Ländern Lateinamerikas berichten kann; was ich heute weiss, habe ich mir «bloss» von Betroffenen und Fachleuten erzählen und beschreiben lassen – ist es deshalb weniger wahr?) Mein kläglich gescheiterter Versuch hat mir, einmal mehr, die Augen geöffnet: So, wie mein Vater, reagieren viele Schweizer und Schweizerinnen – als ob ich das je wirklich vergessen hätte.

Und jetzt? Ein Text ist entstanden – bei weitem nicht der, den ich hätte schreiben wollen. Ich habe viele interessante Ansichten von differenziert denkenden Frauen und Männern kennengelernt. Bis zu einem gewissen Grad habe ich genau verstanden, was sie mir sagen wollten: die Experten in Ökonomie beispielsweise, die mir einleuchtend erklärten, dass genau diese Strukturanpassungsmassnahmen aus makroökonomischer Sicht absolut unverzichtbar sind. Bloss: Ihre Sicht kann nicht die einzig mögliche sein. Aber wer sich immer im gleichen System bewegt, findet nie grundsätzlich andere, neue Möglichkeiten, bleibt begrenzt durch dieses eine System. Ich will gar nicht mehr, dass mir diese Scheinlogik einleuchtet – da gibt es nichts zu begreifen. Mir genügt mein Wissen: Dieses Modell ist unmenschlich, für Millionen von Menschen.

Stich, Otto: Der Beitritt der Schweiz zu den Bretton Woods Institutionen Internationaler Währungsfonds und Weltbank. Vortrag an der Delegiertenversammlung von Helvetas am 15. Juni 1991 in Bern.

Die Ausbeutung der «neuen Heldinnen»

von Madeleine Hadorn und Eva Schär

«Wir können es uns nicht leisten, krank zu werden, wir können es uns nicht leisten, zu sterben – es ist alles zu teuer. (...) Wenn die Mutter kein Geld hat, die Medizin zu kaufen, muss das Kind eben sterben. Als mein Baby krank war, sah ich manchmal drei Kinder in einem Bett liegen, alle mit verschiedenen Beschwerden. (...) Wir brauchen eine Regierung, die sich verpflichtet, den Wohnungsbau, das Gesundheitswesen und die Fürsorge wirklich voranzutreiben. (...) Wie können die Armen die Impfung bezahlen? Sie verwenden das Geld lieber für Nahrungsmittel, von denen sie ohnehin nicht genug haben.» Auszüge aus dem Alltag einer Filipina 1); sie dokumentieren ansatzweise den Überlebenskampf von Frauen in einem vom Schuldenkrieg beherrschten Land.

Hunger, Armut und Repression

Seit der Diktatur unter Ferdinand Marcos gehören die Philippinen zu den am höchsten verschuldeten Ländern des Trikonts. In ihrem Wahlkampf weckte die heutige Präsidentin Corazón Aquino 1986 neue Hoffnung – sie versprach Massnahmen gegen die Verarmung, Förderung der Frauen und eine greifende Landreform. Die damalige Euphorie allerdings ist, unter dem Druck der Banken, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, längst verflogen. Seit dem Machtwechsel hat sich die Situation, vor allem für die Armen, noch verschlimmert. Anfangs 1990 betrug die Verschuldung der Philippinen 29 Milliarden US-Dollar. Ende 1991 ging die Aquino-Regierung ein neues Abkommen mit dem IWF ein; bereits heute macht der Schuldendienst nahezu die Hälfte, 47 Prozent, der nationalen Ausgaben aus.

Die mit dem IWF-Kredit verbundenen sogenannten Strukturanpassungsprogramme haben vor allem ein Ziel: Die Bevölkerung soll weniger konsumieren und so die Mittel für den Schuldendienst zur Verfügung stellen – eine eigentliche Verarmungs- und Aushungerungspolitik. Die Ausgaben im Sozial- und Gesundheitswesen werden massiv gekürzt, die Preise für Grundnah-

rungsmittel drastisch erhöht. Die meisten philippinischen Familien kämpfen «nur» noch um das tägliche Überleben. Heute leben in diesem Land 49 Millionen Menschen – 70 Prozent der Bevölkerung – unter der sogenannten Armutsgrenze. Das bedeutet, sie verdienen weniger als 100 Dollar im Jahr. Zu den Ärmsten gehören Frauen und Kinder. «Frauen», stellt Tuula Heinonen, Ethnologin in Kanada, in einer Studie 2) fest, «stehen im Zentrum der Verschuldungskrise und müssen die Auswirkungen der steigenden Armut tragen». Die Frauen sind es, die Strategien entwickeln müssen, um das Überleben ihrer Familien Tag für Tag zu sichern. Sie sind es, die sich irgendwie und irgendwo ein Einkommen organisieren müssen und dies meist im «informellen» Sektor finden: Unzählige Frauen schlagen sich als Strassenhändlerinnen, Prostituierte, Hausangestellte und Kindermädchen durch.

Demgegenüber verlieren auf dem offiziellen Arbeitsmarkt immer mehr Frauen – abhängig von der kapitalistischen Marktwirtschaft, vom Gesetz von Angebot und Nachfrage und abhängig von ihren Arbeitgebern – ihre Jobs. Die meisten lohnarbeitenden Frauen, so stellte die philippinische Frauenorganisation Gabriela 1987 an einer Konferenz in Manila fest 3), sind für die Exportwirtschaft auf Ananas-, Zucker- und Bananenplantagen tätig. All diese Produkte sind vom Weltmarkt abhängig. Geht die Nachfrage zurück oder sinken die Preise, werden Tausende arbeitslos. Im Landwirtschaftssektor bedroht die Liberalisierung des Reis- und Getreideimports die Existenz der philippinischen Produzenten; Frauen und Kinder werden als unbezahlte Arbeitskräfte ausgebeutet. Immer mehr wird auf Plantagen die «sistemang prendes»-Methode praktiziert: Landarbeiterinnen arbeiten in der Zeit, in der gepflanzt und gejätet wird, gratis, um dann für die Erntezeit – vielleicht – angestellt zu werden.

In der öffentlichen Verwaltung entliess die Aquino-Regierung seit 1987 fast eine Million Angestellte – getreu der IWF-Auflage, staatliche Betriebe zu privatisieren und die Verwaltung zu entbürokratisieren. Davon sind vor allem Frauen betroffen, denn abgesehen

vom Kader überwiegt in der staatlichen Administration der Anteil von weiblichen Angestellten deutlich.

Im Industriesektor arbeiten die meisten Frauen in der stark vom Weltmarkt abhängigen Textil- und Elektronikindustrie. Diese Arbeitsplätze sind ebenso unsicher: 1983 wurden zum Beispiel 44 Prozent der in der Textilindustrie angestellten Arbeiterinnen entlassen, weil die internationale Marktnachfrage abrupt gesunken war. Und in der Elektronikindustrie werden die meisten Frauen nach fünf bis sechs Jahren entlassen, da Gesundheitsschäden aufgrund der herrschenden Arbeitsbedingungen nach dieser Zeit deutlich sichtbar werden. Im Alter von 25 bis 27 Jahren werden diese Arbeiterinnen abgeschoben, um jüngeren und schneller arbeitenden Frauen Platz zu machen. Nach einer Entlassung ist es nahezu unmöglich, einen neuen Job zu finden, da die Frauen nur sehr einseitige Qualifikationen vorweisen können. Ferner, so stellt die deutsche Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung (agisra) fest 4), kennzeichnen Schichtarbeit, tiefe Löhne, unregelmässige Arbeitszeiten, Arbeitsplatzrotation, unbezahlte Überstunden, ungenügende oder gar keine Arbeits-, Gesundheits- und Mutterschaftsschutzbestimmungen die Situation der Industriearbeiterinnen auf den Philippinen.

Die Fabriken reduzieren die Arbeitszeit willkürlich, wenn für das jeweilige Produkt keine oder weniger Nachfrage besteht. So zum Beispiel der US-amerikanische Konzern Texas Instruments, grösstes Elektronikunternehmen der Baguio Export-Produktionszone der zu 90 Prozent Frauen beschäftigt: 1987 reduzierte das Unternehmen die Arbeitszeit auf fünf Tage im Monat, weil die Aufträge für die Produktion von Mikrochips zurückgingen. Steigt die Nachfrage wieder, müssen die Frauen 16 Stunden im Tag arbeiten.

Immer mehr Arbeiterinnen berichten gegenüber der Frauenorganisation Gabriela über sexuelle Belästigung im Betrieb und die erpresserische Politik des «lay down or lay off» («leg dich hin oder leg die Arbeit nieder»): Verweigern die Frauen sexuelle Kontakte mit ihren Vorgesetzten, setzen sie ihren Job aufs Spiel. «Die Rechte weiblicher Arbeitskräfte auf Arbeitsplatzsicherheit und humane Arbeitsbedingungen», beobachtet Gabriela, «können aufgrund der wachsenden Zahl arbeitsloser Frauen leicht verletzt werden». Frauen als «Spielball» der Weltwirtschaft – willkürlich und je nach Konjunktur beschäftigt, schlecht bezahlt und ohne auch nur die minimalsten sozialen Rechte.

Die Auswirkungen der Politik des IWF bekommen die Frauen täglich zu spüren. Um die Staatsausgaben zu reduzieren, verlangt der IWF unter anderem die Streichung von Sozialprogrammen und Subventionen für Grundnahrungsmittel. 1989, so dokumentiert das Dritte Welt-Fraueninformationszentrum (FIZ) in Zürich 5) – machten die Mittel für Gesundheitsfürsorge nur noch gerade drei Prozent aus – im Gegensatz zu den Militärausgaben von 18 (!) Prozent. Bereits heute sind 70 bis 80 Prozent der philippinischen Kinder unterernährt. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) starben 1985 80 von 1000 Müttern, also jede zwölfte Frau, bei der Geburt ihrer Kinder. Die Hauptursachen waren Blutungen und Infektionen – Folgen der unzureichenden Schwangerschaftsbetreuung und Geburtshilfe. 50 Prozent der schwangeren und stillenden Frauen sind laut WHO unterernährt, leiden an Protein- und Eisenmangel sowie an Blutarmut. Armutskrankheiten wie Ascaris-Würmer oder Blindheit durch Vitamin-A-Mangel sind weit verbreitet. Von 1989 bis 1992 werden rund 100 000 Tuberkulose und 28 000 Lepra-Kranke nicht mehr behandelt werden können. Denn obwohl sie in ihrem Land dringend gebraucht werden, arbeiteten bereits 1988 60 Prozent der philippinischen Krankenschwestern im Ausland – die Löhne in den Philippinen reichten nicht mehr aus.

Noch drastischer senkte die Aquino-Regierung unter dem Druck des IWF die Ausgaben für den Wohnungsbau: Sie machten 1989 nur noch ein halbes Prozent des Budgets aus. 3,5 Millionen Familien und damit 21 Millionen Menschen sind laut offiziellen Statistiken obdachlos – mehr als ein Drittel der gesamten Bevölkerung. Immer mehr Menschen besetzen Grundstücke. Allein auf dem Schuttplateau «smokey mountain» in Manila leben 250 Familien; sie überleben, weil sie den Müll nach verkäuflicher Abfallware durchstöbern.

Im Kampf gegen die Verarmungspolitik des IWF haben sich die Frauen auf den Philippinen noch stärker organisiert. Die Aquino-Regierung reagiert darauf mit Repression und Gewalt: Ein spezielles Programm zur «Aufstandsbekämpfung» in Zusammenarbeit mit dem US-amerikanischen Geheimdienst CIA macht Volks- und insbesondere Frauenorganisationen zur Zielscheibe faschistischer Angriffe. An der Gabriela-Konferenz 1987 berichteten regionale Frauengruppen über verstärkte militärische Operationen im ganzen Land sowie über Gewalttaten der rechts-radikalen Bürgerwehr und des Militärs. Im Mai 1987 wurden drei Bäuerinnen, alle Aktivistinnen des nationalen Frauenverbands Amihan,

brutal ermordet. Eine der Frauen, im siebten Monat schwanger, wurde erstochen aufgefunden. Das Baby in ihrem mit Stichwunden übersäten Bauch war tot. Ihre Begleiterin wurde enthauptet. Zeugen haben die Täter als Mitglieder der Bürgermiliz und Soldaten identifiziert.

Überlebensstrategien

Um das Überleben ihrer Familien zu sichern, bleibt den meisten Frauen in den Philippinen nur die Arbeit im sogenannten informellen Sektor und dabei meist als Prostituierte, die Arbeit in den Export Processing Zones (EPZ) der multinationalen Konzerne – oder die Migration in die kapitalistischen Industriestaaten: als gekaufte Ehefrauen, GoGo-Girls und «Unterhalterinnen» in der Sexindustrie oder als Hausangestellte und Krankenschwestern.

Informeller Sektor: Der «weibliche» Teil der Weltökonomie

Der sogenannte informelle Sektor umfasst ein breites Spektrum an kleinen Handwerks-, Gewerbe- und Dienstleistungseinheiten und sichert mit seinen Ausbildungs- und Einkommensmöglichkeiten das Überleben der Armen. Damit, so stellt die deutsche Entwicklungssoziologin Erika Märke fest (6), entlastet er gleichzeitig politisch und wirtschaftlich diejenigen, die vom herrschenden Weltwirtschaftssystem profitieren: So bleiben zum Beispiel staatliche Bildungsinstitutionen weiterhin privilegierten Minderheiten vorbehalten; die Notwendigkeit von Sozialhilfe fällt nicht so krass ins Auge und die Privatwirtschaft bleibt weiterhin davor bewahrt, soziale und beschäftigungswirksame Kriterien mitzubedenken.

Literatur und Zahlen zu der Arbeit von Frauen im informellen Sektor gibt es kaum. Die folgenden Angaben lassen jedoch erahnen, wie viele Frauen sich informell ein Einkommen organisieren: 1987 wurden in den Philippinen offiziell 6,5 Millionen erwerbstätige Frauen registriert. Davon gilt eine Million als «unbezahlt mitarbeitende Familienangehörige». Fast sechs Millionen Frauen sind jedoch statistisch gar nicht erfasst, weil sie «Hausfrauen» sind. Tatsächlich gehen jedoch nahezu 85 Prozent – also um die fünf Millionen – dieser «Hausfrauen», so schätzt die Frauenorga-

nisation Gabriela, einer einkommensschaffenden Tätigkeit im informellen Sektor nach: Sie verkaufen Lebensmittel und Kleidung, nähen, bügeln und waschen, arbeiten im Haushalt der privilegierten Mittelschicht, arbeiten als Prostituierte.

Im informellen Sektor kämpfen die Frauen «nur» noch ums Überleben und fangen damit das wirtschaftliche Debakel in ihrem Land auf: Auf sie werden die Folgen der Verschuldungspolitik abgeschoben. Der informelle Sektor ist sozusagen der «weibliche», flexible Teil der männerbeherrschten Weltökonomie. So mag es kaum erstaunen, dass viele westliche Industrieländer sowie auch internationale Organisationen wie IWF und Weltbank ein wachsendes Interesse am informellen Sektor zeigen.

In den Philippinen erlebt der informelle Sektor einen tatsächlichen «Boom»: Die beiden Autorinnen Aida Fulleros Santos und Lynn F. Lee sehen darin in ihrer Studie (7) eine klare Konsequenz der Auflagen des IWF. Bereits 1973 machte der informelle Sektor 42 Prozent des Bruttosozialprodukts aus. Unter der Aquino-Regierung beträgt der Anteil heute gut 50 Prozent. Das heißt, so folgern Fulleros Santos und Lee, dass 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung tatsächlich im informellen Sektor tätig sind – und dabei vor allem Frauen. An der Gabriela-Konferenz 1987 bestätigte eine Gruppe von Arbeiterinnen und Prostituierten, dass «fast alle Frauen in ihren Gemeinden damit beschäftigt sind, alle möglichen Arten von Lebensmitteln zu verkaufen – solche, die seit Jahren nicht mehr gesehen wurden wie zum Beispiel Hühnerfüsse, Eingeweide etc. –, Abfälle zu plündern, Kleider zu waschen und zu bügeln, sich selbst als Hausangestellte zu vermieten oder in den Strassen zu betteln».

Die Zahl von kleinen Shops für Nahrung und Kleidung ist ums Doppelte gestiegen; 80 Prozent der Bevölkerung arbeitet laut Fulleros Santos/Lee in diesem Bereich. Dennoch ist der Verdienst im informellen Sektor marginal: Im Durchschnitt verdient einer dabei in Manila nur gerade 40 Pesos (1.90 US-Dollar) im Tag – zu wenig, um die existenziellen Bedürfnisse zu decken. «Es ist zu erwarten», fassen Fulleros Santos und Lee zusammen, «dass der informelle Sektor noch mehr wachsen wird, da mehr und mehr Frauen arbeitslos werden».

Prostitution: Missbrauch von Körper und Seele

Die sogenannten Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank drängen die Frauen noch stärker in die Prostitution: Die Philippinen gelten als eines der anziehendsten und billigsten «Sex-Paradiese» in ganz Asien. Besonders in den sogenannten TouristInnenzonen ist die Prostitution weit verbreitet. Dazu gehören vor allem auch die US-Militärbasen und ihre Umgebung, wo die Soldaten «rest and recreation» (Ruhe und Erholung) suchen. Die sexuelle Ausbeutung von Frauen in Form von Prostitution ist in den Philippinen allerdings nicht neu. Bereits zur Zeit der spanischen Kolonisation während des 16. bis 19. Jahrhunderts kamen philippinische Frauen mit Handelspartnern aus Spanien, Chile und Japan in Kontakt und arbeiteten als Prostituierte. Um 1900 lösten die US-Amerikaner die Spanier ab und übernahmen deren Militärbasen (Subic Bay und Olongapo). In den fünfziger Jahren eskalierte dort das Prostitutionsbusiness im Zusammenhang mit dem Korea-Krieg und in den sechziger Jahren mit dem Vietnam-Krieg. Damals wurde Olongapo zu einem der grössten Sexindustrie-Zentren in Südostasien. Nach dem Vietnam-Krieg lief das Geschäft mit der sexuellen Ausbeutung von Frauen weiter – allerdings nicht mehr im selben Stil: «Besser ist es wohl», stellt die agisra fest, «von einer Ausdehnung, einer Erweiterung dieses Gewerbes zu sprechen, denn durch das verstärkte Aufkommen an Ferntouristen aus aller Herren Länder wurde der Prostitution lediglich ein neues Standbein geschaffen, der institutionalisierte und kommerzialisierte Prostitutionstourismus».

Die immer geringeren Chancen, einen gesicherten Arbeitsplatz zu finden, drängen die Filipinas immer stärker dazu, sich unter den entwürdigenden Bedingungen der Tourismusindustrie ein Einkommen zu suchen. Bei dieser Arbeit sind sie mehrfacher Gewalt unterworfen: den patriarchalischen Traditionen ihres Landes, das Töchter zwingt, die Familie zu unterstützen, sie aber verachtet, wenn sie «in Schande geraten»; der Gewalt der einheimischen Tourismusmanager, Bar- und Bordellbesitzer und der Gewalt der Männer aus den reichen Industrieländern, die ihre Körper missbrauchen.

Wie in anderen verschuldeten Ländern des Trikonts unterstützt auch die philippinische Regierung – in Übereinkunft mit IWF und Weltbank – den Touristenstrom als Devisenquelle für die Staatskasse. Unter

der Marcos-Diktatur kam es zum steilen Aufschwung eines extensiven, für die Kultur des Landes zerstörerischen Tourismus. Die Aquino-Regierung änderte daran nichts. Zwar hat sie die Prostitution von Frauen und Kindern verboten, ist aber unfähig, zu handeln: «Es fällt mir schwer, über Prostitution zu sprechen», erklärte Corazón Aquino gegenüber der Presse. Sie habe «keine klaren Vorstellungen darüber, wie die Regierung mit diesem sozialen Problem umgehen soll».

Nicht nur die Zuhälter, Bar-, Bordell und Hotelbesitzer, Hotelmanager und Reiseveranstalter, auch der Staat profitiert massiv von der sexuellen Ausbeutung der Prostituierten: «Bei dem unaufhaltsamen Aufstieg von Deviseneinnahmequelle Nummer fünf Ende der siebziger Jahre zur – nach der Elektronik- und Textilindustrie – drittichtigsten «Exportbranche» der Philippinen hat der philippinische Staat und die jeweils amtierende Regierung nicht nur die Augen vor den negativen Auswirkungen des Massen-Ferntourismus verschlossen, sondern vielmehr die Vermarktung eines Teils der jungen weiblichen Bevölkerung durch eine aktive Tourismuspolitik nach Kräften gefördert», schreibt die agisra dazu.

Die Regierung macht es sich einfach: Sie verbietet den Frauen, als Prostituierte zu arbeiten, fördert aber einen Tourismus, der von der sexuellen Ausbeutung der Frauen lebt und kassiert die Devisen aus dem verbotenen Geschäft. Mit dieser Doppelmoral werden die Frauen mehrfach ausgebeutet und erniedrigt.

Nach Informationen des Dritte Welt – Fraueninformationszentrums (FIZ) in Zürich sind in den Philippinen 300 000 registrierte und ebenso viele nicht registrierte Frauen und Kinder im Prostitutionsgeschäft tätig. Offiziell gibt es den Begriff «Prostitution» zwar gar nicht; die Frauen werden mit verharmlosenden Begriffen wie «hospitality girls» (Hostessen), «entertainers» (Unterhalterinnen), «barmaids» (Bardamen) oder «stage performer» (Bühnenkünstlerinnen) bezeichnet. Zu einem grossen Teil arbeiten Frauen vom Land als Prostituierte in der Stadt, weil sie und ihre Familien kaum Verdienstmöglichkeiten in der Landwirtschaft oder anderen Sektoren finden. Ausbildungsmöglichkeiten fehlen, das Schulgeld ist ohnehin unerschwinglich. Dazu kommt die starke Militarisierung auf dem Land: Immer wieder wird die Landbevölkerung Opfer der gewaltsamen Übergriffe des Militärs im Rahmen des Regierungsprogramms zur Bekämpfung von sogenannten Aufständischen.

Seit 1980 hat sich die ökonomische Situation in den Städten so verschlimmert, dass auch Frauen in der Stadt sich gezwungen sehen, ihren Körper zu verkaufen. Nachtclubbesitzer missbrauchen Bekannte und Angehörige von armen Frauen als Vermittlerinnen, um Arbeiterinnen fürs «hospitality»-Geschäft anzuwerben.

Manchmal steigen Frauen zuerst in andere Berufe wie Industriearbeiterin, Sekretärin, Verkäuferin und Hausangestellte ein. Doch diese Jobs sind oft so schlecht bezahlt und ausbeuterisch, dass die Prostitution immer noch vorteilhafter ist, hält die deutsche Autorin Elvira Niesner fest 8): So verdient eine Prostituierte pro Kunde zwischen 100 und 500 Pesos. Dazu kommen acht bis zwölf Pesos pro Drink, den der Kunde spendiert. Zum Vergleich: Eine philippinische Angestellte des deutschen Textilunternehmens Triumph verdient gerade 66 Pesos im Tag.

Viele Frauen wissen allerdings vor dem Einstieg in die Prostitution nicht, worauf sie sich einlassen: «Innen war in der Regel nicht bewusst, dass ihre Arbeit über das Servieren von Getränken, die Unterhaltung der Gäste an den Tischen oder die kurzen Gesangseinlagen, die von einigen stimmlich begabten Mädchen gefordert werden, weit hinausgehen wird», schreibt die agisra. Zudem scheine diese Arbeit für viele Frauen auf den ersten Blick leicht und angenehm – im Vergleich zu der harten Arbeit auf dem Feld, der Routinearbeit als Haushaltshilfe oder der monotonen Fabrikarbeit.

In den Bars arbeiten die Frauen meist acht Stunden im Tag, und dies siebenmal in der Woche. Viele wohnen in der Bar selbst, zusammengepfercht in miserablen Unterkünften. Diese Bars sind eigentliche Bordelle und die BesitzerInnen Zuhälter beziehungsweise Bordellmütter. Sozialleistungen, Lohnausfall bei Krankheit und Kündigungsschutz sind unbekannt. Die Prostituierten müssen zudem eine Gebühr für die Arbeitslizenz als Bardame an die Regierung bezahlen.

Die Bardamen gehören zu den am schlechtesten bezahlten Prostituierten in ganz Asien. Kommissionen erwerben sie durch sogenannte Ladydrinks und Barfines. Der Ladydrink ist ein Mixgetränk, das der Kunde für die Frau kauft, mit der er sich unterhalten will. Sie erhält weniger als die Hälfte des Preises. Verlässt die Frau die Bar mit dem Kunden, muss dieser eine Barfine bezahlen. Fine bedeutet Busse – denn der Barbesitzer kann während der Abwesenheit der Frau nichts profitieren. Auch von der Bar-fine kriegen die Frauen

weniger als die Hälfte. Lebt eine Frau in der Bar, darf sie diese – auch ausserhalb der Arbeitszeit – nur dann verlassen, wenn ein Kunde die Bar-fine für sie bezahlt hat. Sie lebt also in einem eigentlichen Gefängnis; ausbrechen kann sie nur, wenn sie sich prostituiert. Arbeiten die Frauen als unabhängige, illegale Prostituierte, haben sie zwar mehr Bewegungsfreiheit und die Möglichkeit, ihre Zeit einzuteilen. Allerdings müssen sie der Polizei Schmiergeld bezahlen und den Beamten sexuell gefällig sein, sonst riskieren sie eine Anzeige.

Manchmal gelingt es den Frauen, das Ziel zu erreichen, das sie sich beim Einstieg in die Prostitution gesetzt haben – nämlich ihre Eltern, Geschwister und oft auch die eigenen Kinder finanziell zu unterstützen. Viele sind die einzigen Ernährerinnen ihrer Familien, weil die Brüder keine Arbeit finden. Anderen jedoch reicht das Einkommen nur knapp für die eigenen existentiellen Bedürfnisse. Dazu gehören für Prostituierte auch Kosmetik, Kleider und Medikamente – denn für viele ist das Leben ohne Drogen unerträglich. Krank zu sein können sich diese Frauen eigentlich gar nicht leisten. Etwa alle zwei Wochen müssen sie sich gynäkologisch untersuchen lassen, um ein Gesundheitsattest zu erhalten. Sobald der Arzt oder die Ärztin die geringsten Anzeichen einer Krankheit feststellt, kriegen die Frauen Berufsverbot. Die gesundheitliche Gefährdung in diesem Beruf an sich aber ist unvorstellbar: Gewalttätigkeit, Geschlechtskrankheiten, HIV-Infektion und massiver Stress bedrohen Gesundheit und Leben der Frauen. Manche Bordellbesitzer geben den Prostituierten regelmässig Antibiotika, die sie angeblich vor der Infektion mit dem HIV-Virus und vor anderen Krankheiten schützen sollen. Dazu kommt der gesundheitsschädigende Zwangskonsum von Alkohol und anderen Betäubungsmitteln. Nicht zuletzt müssen die Frauen oft und unter gefährlichen Bedingungen abtreiben lassen, da Verhütungsmittel unüblich oder schwer erhältlich sind.

«Neben der Gewalt, die von den BarbesitzerInnen, -managerInnen und Zuhältern ausgeht, sind die Frauen auch den Touristen, ob diese nun gewalttätig, sadistisch oder extrem pervers veranlagt sind, oder auch nicht, meist hilflos ausgeliefert», konstatiert die agisra und verweist auf die Berichte über Vergewaltigungen und körperliche Misshandlungen von Prostituierten durch Touristen, die fast wöchentlich in einer der philippinischen Tageszeitungen erscheinen.

Wie zerstörerisch sich die schwierigen Arbeitsbedingungen auf die Psyche der Frauen auswirken, zeigt die österreichische Zeitschrift Frauensolidarität (auf 9): Die Frauen leiden darunter, dass sie einer Tätigkeit nachgehen, die die Gesellschaft moralisch verurteilt. Viele verschweigen ihren Familien ihre Verdienstquelle. Sie haben die moralischen Normen verinnerlicht und verachten sich selbst. Andere und sich selbst belügen sie, indem sie die Beziehung zum Kunden idealisieren. Immer wieder hoffen sie, dass ein Kunde sie heiraten wird. Doch in den meisten Fällen werden sie enttäuscht. Viele der Frauen haben Kinder von US-Soldaten: Jedes Jahr kommen etwa 30 000 Kinder von US-Soldaten und Filipinas zur Welt; ein Drittel von ihnen erwartet das Leben als Strassenkind. Denn die «Beziehung» endet meist spätestens in dem Moment, als der Mann aus dem Dienst entlassen wird und in die Staaten zurückkehrt. Das Ausmass der Frauenverachtung und des Rassismus mag der Ausdruck «little brown fucking machines» andeuten, den US-Soldaten für die philippinischen Frauen geprägt haben.

Die Frauen verlieren durch ihre Arbeit alle ihre sozialen Kontakte und finden höchstens im eigenen Milieu Rückhalt. Einsam und nach einigen Jahren im Geschäft psychisch und körperlich ruiniert, haben sie – vielleicht – eine Zukunft als Kupplerin oder Werberin für junge Frauen vor sich. Einige wenige finden eine neue Lebensperspektive mit Hilfe einer Frauenorganisation, die Berufsbildung und Arbeitsplätze für Prostituierte anbietet. So sind zum die Organisationen Gabriela und Dritt-Welt-Bewegung gegen die Ausbeutung von Frauen (TW-MAE-W) in diesem Bereich aktiv. Sie kämpfen auch gegen die Aufrechterhaltung der US-Militärbasen und werden deshalb von rechten Kreisen als «Frontorganisationen des Kommunismus» verfolgt.

Export Processing Zones: Ausbeutung in den Weltmarktfabriken

«Die manuelle Geschicklichkeit der Asiatin ist in der ganzen Welt berühmt. Ihre Hände sind klein und sie arbeitet schnell und mit äusserster Sorgfalt. Wer könnte durch Natur und Vererbung besser qualifiziert sein, die Effizienz einer Fließbandproduktion zu steigern als die junge Orientalin.» Zeilen aus einem Werbetext unbekannter Herkunft, die durchaus auch die Export Processing Zones (EPZ) – oder: Freien Produktionszonen – charakterisieren mögen. Der IWF verlangt in

seinen Auflagen die Schaffung solcher Zonen in den verschuldeten Ländern. Das betreffende Land stellt, so erklärt der Schweizer Journalist Bruno Gurtner, Produktionsstandorte für die industrielle Nutzung der Arbeitskraft zur Verfügung, damit die – meist multinationalen – Konzerne die Produktion relativ arbeitsintensiver industrieller Güter von den Industrieländern in die sogenannten Billiglohnländer des Trikonts auslagern können. Dabei gewährt die Regierung den Konzernen besondere Privilegien wie zum Beispiel die Befreiung von Zöllen, Abgaben sowie Einkommens-, Gewinn- und Kapitalsteuern für einen bestimmten Zeitraum, Subventionen aller Art (Kredite, Vorzugstarife für Energie, Transport, Wasser etc.) und, vor allem, ein Gewerkschaftsverbot.

Die EPZ sind eigentliche Weltmarktfabriken, indem sie nur einen Teilaspekt eines gesamten Produktionsprozesses darstellen. Technologie, Rohstoffe und Halbfabrikate werden importiert, Zwischen- oder Endprodukte exportiert. «Dieser Teilprozess ist ganz vom Interesse und von der Rationalität der Kapitalverwertung bestimmt», schreiben Fröbel/Heinrichs/Kreye bereits 1977 10). Verändern sich bestimmte Kostenelemente im Produktionsablauf, so können Teilfertigungsstätten jederzeit und flexibel an einen anderen Ort verlagert werden, näher zu den Rohstoffen, zu den Endverbrauchsstellen, zu noch billigeren Arbeitskräften. In den Philippinen produzieren vor allem Elektronik- und Textilindustriekonzerne in Freien Produktionszonen. In diesen Fabriken arbeiten hauptsächlich Frauen: ihr Anteil unter den Angestellten macht 80 bis 90 Prozent aus. Die meisten von ihnen sind sehr jung und viele von ihnen sind beruflich sehr hoch qualifiziert. Zwar liegen die Löhne etwas über dem Minimum in den Philippinen. Die Arbeit ist jedoch in keiner Weise abgesichert. Oft schliessen Konzerne völlig unerwartet, öffnen später wieder – oder auch nicht. Die Frauen müssen Schicht arbeiten und dies an sechs Tagen in der Woche. Oft kommen schlecht bezahlte Überstunden hinzu. Viele Firmen stellen die Frauen gar nicht erst vollzeitlich an, um Sozialleistungen wie zum Beispiel Mutterschaftsurlaub umgehen zu können. Die Frauen müssen nach einem offiziellen Akkordsystem oder einer versteckteren Form davon arbeiten, damit Leistungs- und Konkurrenzdruck unter den Arbeiterinnen möglichst hoch sind. Wie überall sind die Frauen im Durchschnitt schlechter bezahlt als die Männer. Besonders in der Elektronikindustrie sind sie gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen ausgesetzt: So müssen sogar schwangere Frauen Dämpfe von schädlichen

Chemikalien einatmen und sind vor Röntgenstrahlen ungeschützt. Bei Krankheit werden die Arbeiterinnen entlassen. In den konzerneigenen Unterkünften wohnen die Frauen zusammengepfercht; im Betrieb sind sie oftmals sexueller Belästigung ausgesetzt.

Wehren sich die Frauen gegen die Arbeitsbedingungen oder kündigen sie aus Protest, stellt dies für die Konzerne kein Problem dar: Sie können leicht auf unbequeme Arbeiterinnen verzichten, denn an deren Stelle stehen schon zehn Frauen Schlange, die dringend auf ein Einkommen angewiesen sind.

Einer der grössten Konzerne in den Philippinen ist das US-amerikanische Elektronik-Unternehmen Texas Instruments, das bereits 1980 in der Baguio-Zone einen Produktionszweig aufgebaut hat. Am Beispiel von Texas Instruments (TI) illustrieren Auszüge aus dem Bericht einer Arbeiterin, welche ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen Frauen in den Freien Produktionszonen ausgeliefert sind:

«(...) Obschon nur ein Sekundarschuldiplom als Minimalausbildung für eine Anstellung bei TI verlangt wird, sind die meisten Arbeiterinnen junge Collegediplomierte mit Abschlüssen in den Gebieten Chemie und Elektronik, Handel, medizinische Technik und Pädagogik. Die meisten unserer Kolleginnen hatten vorher keine Berufserfahrung, die übrigen waren als Lehrerinnen, Buchhalterinnen, Sekretärinnen, am Empfang eines Hotels oder als Verkäuferinnen angestellt. Bewerberinnen, die in die engere Wahl fallen, werden dreimal interviewt. Die Interviewer fragen uns aus über den Zivilstand, ob wir uns für Gewerkschaften interessieren, welchen Organisationen wir im College angehört und ob wir schon an einem Ort arbeiteten, wo die Gewerkschaft aktiv ist. Wenn eine jemals mit einer Gewerkschaft zu tun hatte, ist die Chance, angestellt zu werden, gleich null. (...)

Bei TI und anderen Firmen ist es üblich, Arbeiterinnen zu entlassen, kurz bevor die Probezeit abgelaufen ist. Als Vorwand geben sie etwa an, die Bestellungen seien im Verzug oder Maschinen seien kaputt. Heute dauert die Probezeit sechs Monate, früher nur drei. Unsere Ausbildung für die Arbeit bezieht sich nur auf die spezifischen Arbeiten wie Drähte verbinden oder Elemente in chemische Lösungen tauchen. Die Leitung bildet uns nicht so aus, dass wir den ganzen Prozess der Produktion von Mikrochips und Halbleitern (Bestandteile von Computern) verstehen. So

können wir auch nicht erkennen, welchen Anteil unsere Handgriffe im gesamten Produktionsprozess haben. Wir lernen keine richtigen Fertigkeiten und was auch immer wir an Kenntnissen erwerben, ist nur bruchstückhaft. (...)

Die Atmosphäre, die die Firma kultiviert, ist diejenige einer «grossen glücklichen Familie». Wir werden dazu ermuntert, uns als «TI-lerinnen» zu fühlen – anstatt als Angehörige einer Klasse. «TI-lerinnen» werden als rare Spezies Mensch dargestellt, als eine Elite-Gruppe von Erfolgreichen, die sich über die gewöhnlichen Arbeiterinnen erheben. (...)

Das Management belohnt uns – seine «Kinder» – mit Ausflügen und Discos, welche die «Familienbanden» stärken sollen. All die kleinen Geschenke und Belohnungen, haben klar die Absicht, gewerkschaftliches Engagement und Rebellion bei TI zu verhindern. (...)

Arbeitsmigration: Die Feminisierung der Migration

«Die neuen Heldinnen der Nation» – so nennt Präsidentin Corazón Aquino die Frauen, die ihr Land auf der Suche nach Arbeit verlassen. Unter dem Druck der Verschuldungspolitik ist eine neue Kategorie von Fremdarbeiterinnen entstanden: Filipinas emigrieren in die kapitalistischen Industrieländer und liefern sich dabei ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen ohne jeglichen rechtlichen Schutz aus, um Monat für Monat Geld in ihr Land zurückschicken zu können: Geld für das Überleben ihrer Familien und vor allem harte Devisen für die Regierung, die damit den Schuldendienst bezahlt. Durchschnittlich unterstützt jede Filipina fünf (!) Familienangehörige mit ihrem Job im Ausland. Kein Land in Südostasien «exportiert» so viele ArbeitsmigrantInnen wie die Philippinen: 1989 registrierten die Behörden knapp eine halbe Million philippinische ArbeitnehmerInnen ausserhalb Südostasiens. 100 000 davon arbeiteten als Seeleute und zwei Drittel im Mittleren Osten, knapp die Hälfte – 47 Prozent – aller ArbeitsmigrantInnen waren Frauen, dokumentiert die International Labour Organization (ILO). «Wenn auch die Zahl der männlichen Vertragsarbeiter noch die der Frauen übersteigt, ist die der letzteren doch stark im Anwachsen begriffen», kommentiert Cherry Padilla von der Frauenorganisation Gabriela 11): «Das ist es, was wir «Feminisierung der Migration» nennen. Immer

mehr Frauen verlassen unser Land, um Hausangestellte, Unterhaltungsdamen und Krankenschwestern zu werden oder andere Dienstleistungstätigkeiten auszuführen.» Anders als noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts ist die Arbeitsmigration heute ein Massenphänomen. Die Frauen werden einerseits in ihrem Herkunftsland als Garantinnen der harten Devisen für den Schuldendienst, andererseits in den Industrieländern als Lohnarbeiterinnen in den Weltmarktfabriken, Prostituierte in der internationalen Sexindustrie, als Angestellte in schlecht bezahlten Dienstleistungsverhältnissen oder privaten Haushalten ausgebeutet. Sie treffen nicht nur arbeitsintensive und gering entlohnte Jobs, sondern auch einen stark eingegrenzten, geschlechtsspezifischen Arbeitsmarkt an und sind primär als pflegende, dienende Arbeitskräfte gefragt. Dies belegen auch die Zahlen der ILO: 77 Prozent der philippinischen Arbeitsmigrantinnen waren 1987 als Hausangestellte (45 Prozent), Unterhaltungsdamen (18) oder Krankenschwestern (14) tätig. In Europa und den USA machte der Frauenanteil an Arbeitskräften aus den Philippinen jeweils über 80 Prozent aus. Davon waren in Europa 84 Prozent Hausangestellte und in den USA sowie in Kanada 60 Prozent Krankenschwestern und 30 Prozent Hausangestellte. In der Schweiz arbeiten gegenwärtig rund 7 000 Filipinas; die meisten von ihnen sind im Pflegebereich tätig.

«Filipinas in Übersee», sagt Gabriela-Vertreterin Cherry Padilla, «landen oftmals in Jobs, die eine blosser Verlängerung ihrer traditionellen Rolle in der philippinischen Gesellschaft darstellen». Mehr noch: Fachfrauen werden in Tätigkeiten unterhalb ihres Ausbildungs- und Berufsniveaus gedrängt. Krankenschwestern arbeiten als Hilfsschwestern, Lehrerinnen als Babysitter und Köchinnen. Die meisten Frauen allerdings werden im Haus angestellt: «Diese Situation steigert ihre Unterdrückung ins Unerträgliche: Es wird ihnen die Möglichkeit einer umfassenden gesellschaftlichen Partizipation genommen», sagt Padilla. Die Arbeitsmigration von philippinischen Frauen ist ein direktes Resultat der internationalen Verschuldungspolitik. Bereits der frühere Präsident Ferdinand Marcos hatte während seiner Diktatur mit dem Overseas Employment Program die Arbeitsmigration gefördert anstatt Arbeitsplätze im eigenen Land zu schaffen. Aquino hat den Handel mit Arbeitnehmerinnen nahtlos fortgesetzt – um die hohen Arbeitslosenraten in den Philippinen zu senken und die Schuldzinsen der internationalen Kredite zu begleichen.

Dass Corazón Aquino die Arbeitsmigrantinnen als «neue Heldinnen der Nation» preist, ist in nahezu zynischer Weise logisch. «Der Schuldendienst wird nicht aus Exporterlösen, sondern mit den Überweisungen der ArbeitsmigrantInnen finanziert», sagte Men Santa Ana von der oppositionellen Organisation Freedom From Debt Coalition in Manila anfangs 1991 12). 1980 schickten die MigrantInnen gemäss Angaben des Dritte Welt – Fraueninformationszentrums (FIZ) in Zürich 418 Millionen US-Dollar nach Hause, was 7,3 Prozent der Exporterlöse der Philippinen entsprach. 1988 waren es bereits 687 Millionen oder 15 Prozent der Exporterlöse. Nach neuesten Schätzungen der Regierung betrugen die Deviseneinnahmen aus Überweisungen 1990 eine Milliarde US-Dollar; Bankkreise sprechen sogar von drei Milliarden.

Frauen tragen die Hauptlast der Aquino-Strategie, Menschen gegen harte Devisen zu exportieren. Kurzfristig, so Santa Ana, kann die Regierung damit zwar die Arbeitslosenrate – sie wurde Ende 1991 auf über 20 Prozent geschätzt – vermindern und den Schuldendienst bezahlen. Langfristig jedoch hat diese internationale «Arbeitsteilung» einen zu hohen Preis: Das Land verliert Fachkräfte wie Krankenschwestern und Lehrerinnen – und damit wird das soziale Elend, werden Hunger und Armut noch grösser. Familien zerbrechen, Kinder wachsen ohne Eltern auf. Die Arbeit im Ausland ist mit vielen Risiken verbunden, die bereits in den Philippinen beginnen: Die Frauen müssen sich einer Vermittlungsagentur ausliefern. Zwar soll die staatliche Philippines Overseas Employment Agency (POEA) die Rechte der MigrantInnen schützen sowie die Veträge und Arbeitsbedingungen kontrollieren – was sie jedoch, so kritisiert die nicht-staatliche Organisation Kaibigan, nicht tut. Hunderte von Agenturen arbeiten illegal und treiben die Vermittlungsgebühren hoch. Nicht selten müssen ArbeitnehmerInnen im Ausland aufgrund der hohen Gebühren zuerst ein Jahr lang Schulden abzahlen, bevor sie überhaupt Geld nach Hause schicken können. Die POEA kontrolliert die Überweisungen. Die Frauen zahlen harte Devisen ein und erhalten Pesos, deren Wert permanent zerfällt. Und: Schicken die Frauen ihr Einkommen nicht zurück, verlieren sie gemäss einem neuen Gesetz ihren Pass. In der Schweiz bezahlen philippinische ArbeitnehmerInnen sogar zweimal Einkommenssteuern – einmal für die Schweiz und einmal für die Philippinen. Corazón Aquino appelliert daran, die Steuern von bis zu drei Prozent des Einkommens für die «nationalen Zwecke und Ideale» zu bezahlen. Für die Situation der Frauen

im Ausland interessiert sich die POEA allerdings nicht: «Die Filipina in Übersee ist völlig auf sich allein gestellt», schreiben Aida Fulleros Santos und Lynn F. Lee, «und muss unter widrigsten Umständen leben, weil sie und ihre Familie zuhause auf ihr Einkommen angewiesen sind».

Im Ausland sind die Frauen rechtlos und können sich gegen Beliebigkeit und Willkür jeglicher Art nicht wehren. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Ausland sind schlecht, die Löhne meist tiefer als im Vertrag vereinbart. Viele der Frauen werden körperlich, sexuell und psychisch missbraucht. Oft werden sie vergewaltigt, belästigt und wie Sklavinnen behandelt. Sängerinnen und «entertainers» werden zur Prostitution gezwungen, Hausangestellte vielfach geschlagen oder eingesperrt.

Wie die Aquino-Regierung mit den «neuen Heldinnen» umgeht, zeigten die Folgen des Golf-Kriegs. Der durch den Krieg ausgelöste Ausfall von Überweisungen der philippinischen ArbeitsmigrantInnen im Nahen Osten bedeutete für die Regierung schwere Devisenverluste. Rund 50 000 Filipinos und Filipinas sassen in Kuwait fest. Unterstützung ihrer Regierung erhielten sie kaum. Die philippinische Botschaft in Kuwait City schloss am ersten Tag nach der irakischen Invasion im August 1990 ihre Büros. Die Betroffenen mussten sich die gefährliche Flucht durch die Wüste selbst organisieren. In den Flüchtlingslagern warteten sie wochenlang auf einen Flug nach Hause. Eine unbekannte Anzahl von Frauen wurde von irakischen Soldaten und Flüchtlingen vergewaltigt. Die philippinische Regierung reagierte darauf lediglich mit unglaublichem Zynismus. So erklärte der Regierungsssekretär Raul Manglapus laut Women in Action gegenüber der Presse, wenn eine Vergewaltigung unvermeidbar sei, sollten sich die Frauen doch «entspannen und es geniessen». «Aquino nennt die Arbeitsmigrantinnen unsere heimlichen Heldinnen», sagt Men Santa Ana von der Freedom From Debt Coalition, «aber obwohl sie so viele Opfer bringen, haben sie keinen Schutz».

Sex- und Heiratsmarkt: Der Handel mit Frauen

«In Mischehen zwischen Schweizern und Trikont-Frauen kumulieren sich nicht selten zwei verschiedene Machtgefälle und Ausbeutungsverhältnisse», stellt Regula Ihly vom Dritte Welt – Fraueninformations-

zentrum (FIZ) in Zürich fest. «Wir beziehen uns dabei einerseits auf das Machtgefälle zwischen Erster und Dritter Welt. Der reiche weisse Mann heiratet die arme farbige Frau, andererseits auf das patriarchalische System, das den Mann über die Frau stellt. In beiden Machtgefällen verkörpert die Frau aus der Dritten Welt die ohnmächtige Seite, der Schweizer die mächtige.»

Bei der verzweifelten Suche nach einem Lebensunterhalt für sich und ihre Familie werden philippinische Frauen oft zu einer eigentlichen Handelsware im internationalen Geschäft mit Frauenkörpern – einer besonders brutalen Form der Arbeitsmigration. «Wirtschaftspolitik ist niemals unparteiisch und ist niemals – auch wenn es auf den ersten Blick so aussieht – geschlechtsneutral», schreibt das FIZ dazu. Frauenhandel mit Frauen aus dem Trikont hat viel mit den Folgen der vom IWF erzwungenen Wirtschaftspolitik in den verschuldeten Ländern zu tun. Frauenhandel ist eine Form von Arbeitsmigration, bei der die Frau in besondere Nähe zu den Männern der reichen Industrieländer gerät – und besonders stark dem Risiko ausgesetzt ist, körperlich und seelisch Gewalt zu erleiden.

Eines sei, trotz allem, vorweggenommen: Die Ehe zwischen einem Mann eines westlichen Landes oder Japans und einer philippinischen Ehefrau kann genauso gute oder schlechte Chancen haben wie die Ehe zwischen Angehörigen derselben Ethnie. Ist jedoch eine Ehe unter eigentlichen Marktbedingungen zustande gekommen, dann gibt es keine Basis für eine Beziehung. Eine Mitarbeiterin der Informationsstelle für Ausländerinnen Infodona in Zürich schreibt die Schwierigkeiten in solchen Ehen vor allem dem Umstand zu, dass sich die Betroffenen nicht langsam kennenlernen, sondern sofort zusammen leben. Die Ursachen liegen jedoch tiefer: Wie kann überhaupt eine respektvolle Beziehung entstehen, wenn die Begegnung nur durch einen Akt des käuflichen Erwerbs zustande gekommen ist? Der Mann, der in einer solchen Beziehung in mehrfacher Hinsicht der Stärkere ist, verhält sich der Frau gegenüber meist besonders ausbeuterisch und rücksichtslos. Die historischen Wurzeln des Handels mit Frauenkörpern haben denselben Ursprung wie die Prostitution: im Patriarchat, wie es sich bereits in der Kolonialgeschichte ausprägte, und in der neueren, katastrophalen Wirtschaftsentwicklung. Die Ausbeutung der Frauen im Ausland ist die Fortsetzung der Gewalt, die sie bereits im eigenen Land erleben.

Die Grenzen zwischen Heiratsmarkt und Prostitution sind fließend: Oft heiratet ein Mann eine Filipina nur, damit sie legal in einem Land leben kann. Er behandelt sie ebenso als Sexualobjekt wie eine Prostituierte. Frauen werden im Heiratsmarkt oder als sogenannte GoGo-Girls effektiv gehandelt. Oft läuft dieser Handel unter dem Deckmantel der Vermittlung von Künstlerinnen für die Unterhaltungsindustrie, bedeutet jedoch fast immer Animation und meist auch Prostitution. In den Philippinen hat sich der Heiratsmarkt aus dem Sextourismus entwickelt. Touristen kamen mit Ehefrauen aus Südostasien in ihr Land zurück; mit der Zeit vermittelten sie Verwandte und Freundinnen ihrer Frauen an Männer in ihrem Bekanntenkreis und bereicherten sich damit. 1986 heirateten zum Beispiel in der damaligen Bundesrepublik Deutschland fast 1200 Filipinas deutsche Männer; in der Schweiz lassen sich aus den Statistiken zunehmende Zahlen von Ehen zwischen Schweizer Männern und Aisatinnen feststellen: Zwischen 1983 und 1988 nahmen solche Eheschließungen immerhin um 81 Prozent auf insgesamt 642 zu. Ein grosser Teil der Frauen kommen von den Philippinen, die viel eher in den Heiratsmarkt als in die Sexindustrie geraten. Dies erklären sich die Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle Infodona mit dem katholischen Hintergrund der Frauen. Denn für eine Filipina liegt es noch knapp im Rahmen des Erträglichen, in einem Bikini zu tanzen – sich ganz auszuziehen, wie dies in westlichen Industrieländern gefordert wird, ist jedoch jenseits ihrer Vorstellung von Würde. So arbeiteten beispielsweise in Zürich 1987 «nur» 22 Filipinas als GoGo-Girls – im Vergleich zu den tausenden mit Schweizern verheirateten philippinischen Frauen eine bescheidene Zahl.

«Der Handel mit asiatischen Frauen, insbesondere mit Filipinas, ist in den achtziger Jahren zu einem lukrativen internationalen Geschäft geworden, das vor allem von Heiratsagenturen, die ihren Sitz in den westlichen Industrienationen haben, aufgebaut wurde und kontinuierlich ausgebaut wird. Sogenannte philippinische Versandkatalogbräute werden quasi als «Exportschlager» an den Mann gebracht», vermerkte die Philippine Migration Review bereits 1978. Über den Umfang der Umsätze, die mit der Ehevermittlung philippinischer Frauen erzielt werden, schrieb John Krich: «(...) die Vermittlung von Asiatinnen an meist weisse US-Amerikaner ist in den vergangenen fünf Jahren zu einer Industrie geworden, die mehrere Millionen Dollar im Jahr umsetzt» 13)

Nach Schätzungen von Thomas Weishaupt, Mitglied der Gruppe Schweiz – Philippinen, sind heute mehrere tausend Filipinas mit Ausländern verheiratet. Im Jahr 1987 wurden zum Beispiel nach Angaben von Infodona 2113 philippinische Frauen an Ausländer vermittelt – nicht eingerechnet diejenigen Frauen, die als Touristinnen ihre Ehemänner im Ausland fanden. Die Zahl der in der Schweiz lebenden vermittelten philippinischen Ehefrauen von Schweizern schätzt die Gruppe Schweiz – Philippinen auf 6 000 bis 10 000. Laut Bundesamt für Ausländerfragen lebten zudem 1988 972 nicht mit Schweizern verheiratete Filipinas in der Schweiz.

Objekt des Heiratsvermittlungsgeschäfts sind meist junge Frauen ohne wirtschaftliche Zukunftsperspektiven, aber mit starkem Pflichtgefühl gegenüber ihren Familien. Medien und Kontakte mit unermesslich reich scheinenden Touristinnen vermitteln ein Traumbild von Japan, Australien und dem kapitalistischen Westen. Die Ehe mit einem Mann aus diesem Teil der Welt verspricht sozialen Aufstieg – die Chance, eine gut bezahlte Arbeit und Taschengeld zu erhalten und damit die Familie zuhause regelmässig und reichlich zu unterstützen. Einige Frauen haben das zweifelhafte Glück, einen Touristen kennenzulernen, der sie heiratet. Andere geraten an Vermittler, die gezielt junge Frauen vor allem auf dem Land ansprechen; sie versprechen ihnen, sie könnten sich einen ausländischen Ehemann auswählen oder im Ausland einen Job als Haus- oder Serviceangestellte, Tänzerin, Sekretärin oder Krankenschwester kriegen. Auch Prostituierte werden mit dem Angebot, auf ein «besseres Leben» umzusteigen, angeworben. «Auf den Philippinen bezeichnen die Betreiber des «mail-order-bride-business» ihre Unternehmen häufig nicht als Heiratsbüros oder -agenturen. Vielmehr operieren sie mitunter von einer Privatwohnung oder einem angemieteten luxuriösen Hotelzimmer aus und treten offiziell mehr als «introductory agencies» (Kontaktinstitute), «pen-pal-clubs» (Brieffreundschaftsclubs) oder als «friendship-clubs» (Freundschaftsclubs) nach aussen in Erscheinung. Dies geschieht vorwiegend in Form von Anzeigen in der Tagespresse», schreibt die agisra.

Am 13. Juni 1990 verabschiedete die Aquino-Regierung ein Gesetz, das die Vermittlung von philippinischen Frauen an Ausländer und jegliche Werbung zu diesem Zweck verbietet. Ob sich dieses Gesetz indes überhaupt durchsetzen lässt, halten die Infodona-Mitarbeiterinnen für fragwürdig – denn zu

viele Familien befinden sich in einer ökonomischen Notlage.

Um die Vermittlungsgebühr und das Flugticket für eine Tochter zu bezahlen, müssen Eltern oftmals ihr Haus und ihr Land verpfänden. Wenn die Tochter dann nicht substantielle Beträge nach Hause schicken kann, verliert die ganze Familie ihre ganze Existenzgrundlage. Für die Tochter selbst ist die Rückkehr nahezu verbaut, wenn ihre Hoffnungen im Ausland nicht erfüllt werden, sie das Leben im fremden Land nicht mehr aushält, weil sie psychisch und manchmal auch gesundheitlich zugrunde geht.

Die Frauen werden an Männer vermittelt, die aus verschiedenen Gründen in ihrem eigenen Kulturkreis keine Ehefrau finden – oder gezielt eine Frau aus dem asiatischen Raum suchen: «Die Männer wollen eine Frau, die nie stärker werden kann», schreibt der deutsche Autor Klaus-Peter Wolf (14). «Der Akt des Kaufens ist wichtig für die Männer. Die Frau aus Thailand, den Philippinen oder Kenia soll abhängig und isoliert sein.» Als Beispiel sei der Schweizer X erwähnt: fünfzig, geschieden, Zahntechniker. Seine Schweizer Ex-Ehefrau bezeichnet er als «egoistische, gefühllose Emanze». Durch ein Heiratsvermittlungsinstitut «beschafft» er sich eine 19jährige Filipina. Er schickt sie in eine Haushaltsschule, wo sie gut schweizerisch kochen, häkeln und stricken lernen muss. So gedenkt X zur «perfekten Ehefrau» zu kommen: bescheiden, anschmiegsam und eine gute Hausfrau. Dabei sieht er sich durchaus als «Wohltäter», verhilft er doch einer armen Frau zu einem «anständigen» Leben. Das Beispiel X mag für viele stehen: Die meisten Männer sind eher älter, ein relativ grosser Teil ist körperlich behindert, die meisten von ihnen haben Kommunikationsschwierigkeiten. Mit einer Asiatin, so fand die agisra heraus, fühlen sie sich in ihrer Männlichkeit sicherer als mit einer Europäerin; Asiatinnen sind beliebt, weil sie als anschmiegsam, unterwürfig und treu gelten. Den Filipinas werden zudem eine gute Ausbildung, gute Englischkenntnisse und die Fähigkeit, sich im Kontext eines hochindustrialisierten Landes relativ leicht zu rechtzufinden, zugeschrieben. Dieses klischierte, rassistische und sexistische Image propagieren nicht nur die Tourismuswerbung und Kataloge von Heiratsvermittlungsinstituten, sondern auch Reportagen in den Medien über das Leben von Asiatinnen im Westen.

Ein Mann kann auf verschiedene Arten eine philippinische Ehefrau finden: Er wendet sich an eine

Heiratsvermittlungsagentur, die Verbindungen in den Philippinen hat. Oder er reist auf eigene Faust in die Philippinen und geht dort auf die Suche. Diesen Weg wählen immer mehr Männer – ganz einfach deshalb, weil er weniger kostet als der erste. Oder er wendet sich an eine Agentur, die auch Angebote von Filipinas erhält, die sich mit einem Touristinnen-Visum in der Schweiz aufhalten. Dahinter stehen oft Filipinas, die bereits längere Zeit in der Schweiz leben und – vermutlich, um der Isolation zu entfliehen oder um Verwandten und Bekannten ihres Mannes einen Gefallen zu tun – ihre Schwestern, Cousinsen und Freundinnen einladen – in der Hoffnung, dass diese ebenfalls heiraten und in der Schweiz bleiben. Oder aber der Mann bittet einen Kollegen, der mit einer Frau aus den Philippinen verheiratet ist, seine persönlichen Beziehungen auszunutzen und eine Verwandte seiner Frau zu vermitteln.

Filipinas sind viel seltener Opfer des internationalen Sexbusiness als zum Beispiel Thailänderinnen. Eine Erklärung dafür sieht die Beratungsstelle Infodona im katholischen Hintergrund der Frauen. Anders als in westlichen Ländern und in Australien sieht es allerdings in Japan aus, wie Lourdes B. Sahor, Mitarbeiterin des Women's Economic Research Council (WERC) und Tita B. Lubi, Sachbearbeiterin in der Entwicklungshilfe, bei einem Besuch in der Schweiz im Sommer 1991 erklärten: Grosse Agenturen handeln dort mit sogenannten cultural dancers aus den Philippinen. 75 000 Frauen arbeiten als cultural dancers in Japan und immer mehr auch in Taiwan. Die Agenturen versprechen den Frauen eine gute Bezahlung. Tatsächlich verdienen sie dort 4000 Pesos im Monat als Basis, dazu kommt Trinkgeld. Damit, so Lourdes B. Sahor, können die Frauen Geld nach Hause schicken, obwohl sie in Japan viele Gebühren zahlen müssen und das Leben vergleichsweise teuer ist. Der Schritt vom cultural dancing zur Prostitution ist klein und die Ausbeutung oft grausam. So wurde publik, dass eine Frau während längerer Zeit eingesperrt, geschlagen und vergewaltigt wurde.

Frauen, die von einer Agentur in die Schweiz vermittelt oder als Gast in die Schweiz eingeladen werden, können sich mit einem Touristinnen-Visum drei Monate lang legal in der Schweiz aufhalten. Die Beratungsstelle Infodona bezeichnet diese Frist als viel zu kurz, um überhaupt eine Beziehung zum potentiellen Ehemann aufzubauen. Von Agenturen vermittelte Frauen müssen sogar von Anfang an mit dem interessierten Kunden zusammen wohnen – das bedeutet, dass die Männer auch von Anfang ein Recht auf die sexuelle Be-

ziehung beanspruchen. Obwohl ihre Tradition sexuelle Kontakte vor einer Ehe nicht kennt, wagen es die Frauen in dieser schwierigen Situation oftmals nicht, sich zu wehren. Von Verhütung verstehen die wenigsten Frauen etwas, die Männer kümmern sich ohnehin nicht darum. Oft verspricht der Mann auch, die Frau zu heiraten, falls sie schwanger wird. Viele der Filipinas, die nach dem dreimonatigen Aufenthalt als Touristin heiraten, sind mit Schwierigkeiten von unvorstellbarem Ausmass konfrontiert. Als grösstes Problem nennt Infodona die Isolation und Kommunikationslosigkeit einerseits und die finanziellen Schwierigkeiten andererseits. Denn die Frauen müssen ihre Familien zuhause unterstützen. Frauen, die keine Verwandten in der Schweiz haben, können oft ihre Ängste, ihre Wut, ihr Heimweh und ihre Verzweiflung über das Leben als Sklavin des weissen Mannes keinem einzigen Menschen mitteilen. Manchmal verbieten die Männer ihren Frauen, Deutschkurse zu besuchen und sperren sie im Haus ein. Andere verhindern den Kontakt mit anderen Filipinas und befahlen den Frauen, sich mit SchweizerInnen zu beschäftigen. Doch solange sie nicht gut Deutsch sprechen, bringt ihnen dieser Kontakt keine Entlastung. Selbst Gespräche mit dem Ehemann sind nur beschränkt möglich; meist sprechen die Männer nach dem Arbeitstag ohnehin kaum ein Wort und sind noch weniger dazu bereit, auf die Anliegen der Frau einzugehen.

Über eigenes Geld können die Frauen selten verfügen: Die Männer geben ihnen oft gar keines. Die Suche nach Lohnarbeit ist schwierig – einmal ist die Arbeitsmarktsituation nicht einfach und zum anderen bestehen viele Männer darauf, dass sie eine Haushälterin geheiratet haben. Findet die Frau dennoch eine bezahlte Arbeit, muss sie meist die Hälfte der Lebenskosten übernehmen.

Als weitere häufige Konfliktpunkte nennt Infodona die Einmischung der Familienangehörigen des Mannes und den mangelnden Respekt vor den religiösen Bindungen der Frau – einige dürfen nicht einmal ihre Kinder katholisch taufen lassen.

Die im «Traumland» Schweiz verheirateten Frauen sehen sich oft zu spät in einer Realität konfrontiert, die Einsamkeit, Verzweiflung und Entmündigung bedeutet. Einige rebellieren trotz der nahezu ausweglosen Situation, finden vielleicht den Weg zu einer Beratungsstelle, die ihnen weiterhilft. Einige risikieren sogar die Scheidung. Dies bedeutet allerdings meistens, dass sie das Sorgerecht für ihre Kinder verlieren – mit der Begrün-

dung, dass sie die Landessprache nicht sprechen. Allein die Scheidung an sich ist in der philippinischen Kultur für eine Frau eine Katastrophe. Sowohl in den Philippinen wie auch in denjenigen Ländern des industrialisierten Westens, die den Handel mit Frauen aus dem Trikont beherrschen, arbeiten Frauenorganisationen – zum Beispiel die philippinische Dritt-Welt-Organisation gegen Ausbeutung von Frauen (TWM-AE-W) sowie die Schweizer Organisationen Infodona, FIZ und der Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung – gegen dieses Geschäft an. Sie machen im Herkunftsland Aufklärungsarbeit über das wahre Gesicht der «weissen Helden», vermitteln Rechtsberatung, psychologische Beratung und Selbsthilfegruppen. Bis heute fordern das FIZ und weitere engagierte Frauen in der Schweiz vergeblich eine staatliche Kontrolle für die Heiratsvermittlungsinstitute, eine Alternative zur Arbeit im Sexgeschäft für bereits migrierte Frauen und die Förderung von Frauenprojekten in den Herkunftsländern, «die potentiellen Migrantinnen sowohl Bewusstseinsbildung als auch konkrete Arbeitsmöglichkeiten bieten».

Bezahlte Hausarbeit: Das internationale Geschäft

Eine wesentliche Alternative zu Prostitution und gekaufter Ehe ist für viele Frauen in den Philippinen die bezahlte Hausarbeit im Ausland, vor allem in Kanada, den USA, Singapur, den Golf-Staaten sowie in Italien und der Schweiz. Als Hausangestellte sind sie der Macht und der Willkür des Patriarchats gleich zweifach ausgesetzt: In ihrem eigenen Land kontrolliert «Vater Staat» die Überweisungen ihres Einkommens. Schicken die Frauen ihr Geld nicht nach Hause, wird ihnen der Pass und damit ihre rechtliche Identität entzogen. Im Ausland sind sie ihrem Arbeitgeber ausgeliefert – ohne jede Möglichkeit, sich zu wehren. Die bezahlte Hausarbeit von Frauen aus dem armen Süden im reichen Norden dokumentiert die Ausweglosigkeit des Systems in besonders krasser Weise. «Hausarbeit», stellt die US-amerikanische Autorin und Dozentin Cynthia Enloe (15) fest, «ist ein internationales Geschäft mit politischem Hintergrund geworden». Als Hausangestellte sind Frauen aus Trikontländern der Isolation, ökonomischen Ausbeutung, sexuellen Belästigung und der permanent drohenden Ausweisung ausgesetzt. Durch ihren illegalen Status, schreibt die agisra (16), «sind die Frauen nicht geschützt vor Ausbeutung der verschiedensten Art: Sie müssen mit einem kleinen Taschengeld zufrie-

den, rund um die Uhr verfügbar sein; häufig werden sie von den Arbeitgebern sexuell belästigt und sind nicht sozialversichert». Da die Frauen nicht legal arbeiten, können sie gegen ihre Arbeitgeber nicht klagen. In Saudi-Arabien zum Beispiel schliesst das Arbeitsgesetz Hausangestellte explizit als Arbeitnehmerinnen aus; sie haben also weder Rechtsschutz noch die Möglichkeit, Beschwerde einzureichen – juristisch gesehen existieren sie gar nicht.

Die Situation von philippinischen Hausangestellten im Ausland beschreibt Cynthia Enloe am Beispiel der italienischen Industriemetropole Turin: Die Filipinas, oftmals gut ausgebildete junge Frauen, kommen mit Touristinnen-Visa nach Italien. Um das Arbeitsverbot für TouristInnen zu umgehen, werden sie «Gast» ihres Arbeitgebers und kriegen so ein längerfristiges «Gast-Visum». Damit sind sie ihrem Arbeitgeber total ausgeliefert. Sie können sich nur so lange «legal» in Italien aufhalten, als ihr Arbeitgeber der Regierung gegenüber für sie als «Gast» bürgt. Wehren sich die Frauen gegen willkürliche Arbeitsbedingungen, Überstunden, schlechten Lohn und sexuelle Belästigung, riskieren sie die Ausschaffung zurück in die Philippinen.

Maria Vinarao, 38, zum Beispiel verliess ihre Familie in den Philippinen 1988, um als Hausangestellte im Mittleren Osten zu arbeiten. Sowohl ihr Mann wie auch sie selbst waren arbeitslos und sie sahen keine andere Möglichkeit mehr, sich und ihre beiden Kinder durchzubringen. Maria arbeitete zwei Jahre lang im Haushalt eines Journalisten und einer Botschaftsangestellten in Kuwait. Jeden Monat schickte sie ihr Gehalt von 126 US-Dollar nach Hause. Sie arbeitete, so erzählte sie der Zeitschrift *Women in Action* 17), pausenlos: «Ich machte die ganze Hausarbeit. Ich arbeitete von fünf Uhr morgens bis elf Uhr nachts und schlief nur vier Stunden. Ich kochte, betreute fünf Kinder, wusch alle Kleider und Wäsche von Hand. Ich putzte das ganze Haus – inklusive fünf Schlafzimmer und vier Badezimmer – jeden Tag.» Als Maria sich bei einem Sturz von der Treppe die Schulter verletzte, war sie nach zwei Tagen wieder bei der Arbeit – und machte mit einem Arm weiter.

Drei Tage nach der irakischen Invasion in Kuwait im August 1990 flüchtete Maria nach Hause in die Philippinen – obwohl sie noch Anspruch auf fünf Monatslöhne hatte. Ihr Vertrag war beendet – und damit auch ihr Durchhaltevermögen: «Es war harte Arbeit. Ich rannte den ganzen Tag, damit ich die Arbeit überhaupt

bewältigen konnte. Es war zuviel. Ich konnte einfach nicht mehr.» Sie kehrte zurück, abgemagert, schwach und krank. «Ich hatte nie auch nur einen Tag frei, konnte nicht einmal eine Stunde im Tag ruhen», sagt sie. «Auch wenn mich meine Arbeitgeber weinen sahen, gaben sie mir nicht frei. Sie sagten: «Haben wir dich geschlagen? Haben wir dich misshandelt?» Das hatten sie nicht, aber sie behandelten mich wie eine Maschine – und sogar Maschinen brechen irgendwann zusammen, wenn sie überfordert sind.»

Heute ist Maria immer noch nicht gesund und wie ihr Mann immer noch arbeitslos. Manchmal kann sie Gemüse und Obst auf dem Markt verkaufen. Dennoch sagt sie: «Es ist besser hier. Ich habe zwar kein Geld, aber zumindest kann ich meine Familie sehen.» «Die Frauen erfahren, enturzelt von ihrem kulturellen Umfeld und unter sehr harten Arbeitsbedingungen, psychologische Traumas», sagte Padmini Palliyaruge aus Sri Lanka, selbst Hausangestellte in Saudi Arabien, 1985 an der UNO-Konferenz zur Dekade der Frau in Nairobi (Kenia). «Hilfe fehlt meistens – die Frauen werden zu jeder Arbeit gezwungen und sexuell missbraucht.» Trotzdem kehren viele Frauen zu den Vermittlungsagenturen zurück, bezahlen die Gebühr und unterschreiben für einen neuen Job im Ausland. Auch Maria Vinarao will trotz allem wieder als Hausangestellte im Ausland arbeiten; sie sieht darin die einzige Chance, sich und ihre Familie durchzubringen. Damit steht sie nicht alleine da: Seit dem Wiederaufbau nach dem Golf-Krieg sind über 207 000 philippinische FremdarbeiterInnen im Nahen Osten tätig 18).

Obwohl die philippinische Regierung von der Arbeit der Hausangestellten direkt profitiert, tut sie nichts für deren Schutz. Zwar verbot Aquino, unter dem Druck von alarmierenden Presseberichten über den Missbrauch von philippinischen Hausangestellten in Saudi Arabien, 1988 die Arbeitsvermittlung von Filipinas ausserhalb des Landes. Das Verbot war allerdings äusserst vage formuliert: Danach musste ein Land, das weiterhin Hausangestellte aus den Philippinen «importieren» wollte, Massnahmen für deren Schutz aufweisen können. Diese Regelung provozierte den Protest von engagierten Frauen. Denn sie bot in keiner Weise eine Alternative zum Dilemma, zur täglichen Notsituation der Frauen und ihrer Familien. 22 Organisationen schlossen sich in einer Koalition zusammen und forderten anstelle des Verbots bilaterale Abkommen zwischen den Philippinen und den verschiedenen Regierungen sowie die Garantie von

Ausbildungs- und Sozialdiensten für die Frauen. Das Verbot besteht heute nur noch auf dem Papier. Damit ging die Regierung jedoch keineswegs auf die Forderungen der Frauen ein: Um auf die Devisen nicht verzichten zu müssen, befreite Aquino ein Land nach dem anderen von den Auflagen. Hausangestellte haben – nicht nur in den Philippinen – begonnen, sich zu organisieren. So haben Frauen an der Konferenz in Nairobi 1985 erstmals ihre Arbeitsbedingungen diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht. Dabei konnten sie nicht unbedingt auf die Solidarität westlicher Frauen zählen: Zu oft hatten gerade jene Frauen selbst Hausangestellte aus dem Trikont beschäftigt. Denn, so stellt Cynthia Enloe fest, die internationale Verschuldungspolitik hat viele weisse Mittelklassfrauen «mit einer neuen Generation von Hausangestellten versorgt». Konfrontiert mit der mehrfachen Belastung durch Beruf, Hausarbeit und Kinderbetreuung greifen viele Mittelschichtsfrauen auf eine alte, private Alternative zurück: Sie stellen andere Frauen für die Hausarbeit an. Diesen ideologischen Widerspruch hat die Frauenbewegung zwar kritisiert. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Hausangestellten aus dem Trikont war bis jetzt jedoch kaum ein Thema.

Das Persönliche ist international

Wenn Frauen aus den Philippinen – oder aus anderen verschuldeten Ländern des Trikonts – im Ausland arbeiten, machen sie ihre eigene Verschuldungspolitik: «Die Frauen versuchen, den Einkommensverlust und die steigenden Lebenskosten in ihrem Land zu kompensieren, indem sie die Badezimmer im Land der Bankiers putzen», schreibt Cynthia Enloe.

Ob die Männer in den politischen und ökonomischen Machtzentren ihre Verelendungspolitik in den Ländern der sogenannten Dritten Welt durchsetzen können, hängt letztlich von den Frauen ab. Davon, ob die Frauen die Kraft aufbringen, ihre Familien mit noch weniger Geld zu ernähren oder ihre Kinder zu verlassen, um in den industrialisierten Ländern als Hausangestellte, Prostituierte, GoGo-Girls, Fabrikarbeiterinnen oder Krankenschwestern zu arbeiten; ob sie die Kraft aufbringen, neben ihrer Mehrfachbelastung als Mutter und Ernährerin ihrer Familien auch noch Kranke und Alte zu pflegen und auf der Strasse etwas Geld zu organisieren.

Arbeitsmigration und Frauenhandel sind Strategien der internationalen Politik, in der Frauen eine zen-

trale Rolle spielen. Es gilt, die Frauen(-arbeit) im herrschenden Weltwirtschaftssystem sichtbar zu machen. Mit dieser Arbeit haben Frauen in den Philippinen begonnen: Der Women's Economic Research Council (WERC) arbeitet an einer Studie über die Auswirkungen des Schuldenkriegs auf die Frauen in den Philippinen.

Quellen

- 1) Allison Wynne (Hg.): *Keine Zeit für Tränen – Philippinische Frauen erzählen*; Albatros Verlag GmbH, Frankfurt a/M 1980
- 2) Tuula Heinonen: *Coping with illness in rural Philippines: How economic constraints women and health in the Bicol Region*; International Conference on gender, health and development; Amsterdam 1990
- 3) Vicky Corpus (Gabriela): *Frauen, Verschuldung und Entwicklung*; in: *Gruppe Feministischer Internationalismus (Hg.): Zwischen Staatshaushalt und Haushaltskasse*; edition CON 1989
- 4) agisra (Hg.): *Frauenhandel und Prostitutionstourismus. Eine Bestandesaufnahme*; Trickster, München 1990
- 5) Coni Stirnimann: *Die neuen Heldinnen*; in: *Von Sparstrümpfen und Heldinnen – Frauen: Spielball der Weltwirtschaft*; Rundbrief, Dritte Welt – Fraueninformationszentrum (FIZ), Zürich 1990
- 6) Erika Märke: *Muss Entwicklung Frauensache werden?*; in: *Schuldenkrieg und CH-Finanzkapital; Widerspruch 2/1989*, Zürich 1989
- 7) Aida Fulleros Santos/Lynn F. Lee: *The Dept Cris – A treadmill of poverty for filipino women*; Kalayaan 1989
- 8) Elvira Niesner: *Prostitution auf den Philippinen*; Express Edition, Berlin 1989
- 9) *Sextourismus, Frauenhandel, Ausländerinnen; Frauensolidarität 33/1990*, Wien 1990
- 10) Fröbel/Heinrichs/Kreye: *Die neue internationale Arbeitsteilung*; rororo 4185, Rowohlt Verlag, Reinbek b/Hamburg 1977
- 11) Susanne Wycisk: *Die geschlechtsspezifische Seite der Arbeitsmigration*; in: *Südostasien Informationen 2/90*; Bochum 1990
- 12) Barbara Goldoftas: *Migrant Filipinas still pin hopes on*; in: *Women in Action 1/1991*; Isis International, Quezon City/The Philippines 1991
- 13) John Krich: *Here comes the bride – The blossoming business of imported love*; in: *Mother Jones*, 1986
- 14) Klaus-Peter Wolf: *Traumfrau*; 1989
- 15) Cynthia Enloe: *Making feminist sense of international politics – Bananas, Beaches & Bases*; Pandora Press, London 1989
- 16) agisra: *Frauenhandel*; in: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 23/1989*; Köln 1988
- 17) vgl. 12)
- 18) *Schweizerische Depeschen-Agentur (sda)*, 30.11.1991

Kleinhändlerinnen in Ouagadougou, Burkina Faso

In: *Mosquito* Nr. 9/10, Dezember 1989

Ouagadougou, die Hauptstadt von Burkina Faso wächst rasant. Bereits leben fast eine halbe Million Menschen dort. Geregelte Lohnarbeit ist kaum zu finden. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung übt ein Kleingewerbe aus. 1988 wurde der sog. informelle Sektor erstmals zahlenmässig erfasst: Etwa 82 000 Beschäftigte wurden registriert, knapp die Hälfte davon sind Frauen, die grösstenteils Nahrungsmittel verkaufen.

Kuanda P., 55jährig, ist in einer schwierigen Situation. Sie ist seit acht Jahren verwitwet und muss für ihren Lebensunterhalt aufkommen. Wohnen kann sie bei einem jüngeren Bruder ihres Mannes. Sie verkaufte früher gekochten Reis auf einem anderen Markt. Nachdem ihr Quartier aber abgerissen wurde, musste sie etwas anderes suchen. Nun bietet sie Gemüse und Gewürze an. Aber die Geschäfte laufen schlecht. Kuanda würde lieber zu Hause bleiben, aber sie ist auf die mageren Verdienste angewiesen. Der Markt bietet ihr auch eine gewisse Zerstreung. Sie ist froh, mit den Nachbarinnen reden zu können. Die regelmässigen Gebete sind auch für sie eine wichtige Stütze bei der Bewältigung des Alltags. Auf die Frage, was ihr im Leben wichtig sei, sagte sie: «Du hast Hunger und verkaufst nichts. Du pflanzest an und es wächst nichts».

Nata I, 25jährig versucht seit 4 Jahren, sich in dem Gedränge rund um den Hauptmarkt einen Platz zu sichern. Immer wieder werden sie und ihre Kolleginnen vertrieben, müssen von einem Warenhaus zum andern wechseln, je nach Stand der Strassenarbeiten und der Gunst von Besitzern und Polizei. Um die Verkäuferinnen des grossen Marktes zu schützen, wurde der fliegende Handel im Zentrum verboten. Immer wieder gibt es Razzien, werden die Produkte beschlagnahmt. Eine ältere Nachbarin beklage sich bitter: « Wir sind auch Burkinabè, wir wollen respektiert werden!». Unruhe und Unsicherheit prägen den Verkaufsaltag der Frauen. Nata muss sich auch mit der Verderblichkeit der Waren herumschlagen. Kürzlich seien ihr fast 80 kg Kartoffeln verfault. Sie verdient pro Tag 1 – 2 Franken. Es gibt auch Tage ohne Einnahmen. Essen muss man aber trotzdem. Die Frauen sind sich einig, dass die Konkurrenz an diesen bevorzugten Plätzen zu gross ist. Zu viele Frauen stürzen sich auf die paar zahlungskräftigen Kunden. Mühsam für Nata ist, dass sie ihre zweijährige Tochter immer bei sich haben muss, weil zu Hause

Konkrete Auswirkungen der Struktur- anpassungsprogramme auf die Frauen

von Ruth Rauch-Schumacher

I. Depression statt Kreativität

Das Strukturanpassungsprogramm (SAP) bezweckt die Integration in den Weltmarkt, allerdings mit einem sehr monetaristischen Ansatz, und ohne Anpassung der Spielregeln an die Situation der sogenannten Dritt-Welt-Länder. Effizienz im Profit- wie im Nonprofitbereich soll gesteigert werden.

Wichtige Instrumente der SAP in Madagaskar:

- Aufhebung der Preisbindung
- Streichung von Subventionen
- Personalstop in den öffentlichen Diensten;
(auf 10 000 neu Ausgebildete sind ca. 8 000 Arbeitsplätze vorhanden)
- Einfrieren der Löhne, sie werden den steigenden Kosten nicht mehr angepasst
- Liberalisierung der Importe

Im Nahrungsmittelsektor wurden Preisbindung und Subventionen auf dem Reispreis aufgehoben (der Reis ist das Grundnahrungsmittel der madagassischen Bevölkerung). Zusätzlich wird die Subventionierung der Preise von Pflügen und chemischen Produkten (Dünger und Insektenvertilger) aufgehoben. Es zeigte sich der folgende Effekt: Die Aufhebung der Preisbindung bewirkte vorerst eine Erhöhung des Produzentenpreises. Die Händler bezahlten den Bauern bessere Preise, weil sie auf dem Markt einen fast beliebig hohen Preis erzielen konnten. Dadurch, dass die städtische Bevölkerung vorerst keine Wahl hat als Reis zu kaufen, es gab für sie kaum ein Ausweichprodukt, konnten die Händler für sich selber hohe Margen einrechnen. Künstliche Verknappung des Reises auf dem Markt durch die Händler trug entscheidend dazu bei, dass der Konsumentenpreis in die Höhe schnellte.

In dieser Situation wurde von der Regierung unter Mithilfe von Donor Agencies ein «Stock Tampon» installiert, das heisst eine Pufferreserve von Reis, die auf den Markt geworfen wird, wenn der Preis eine be-

stimmte Höhe übersteigt; damit kann den durch Spekulation künstlich angeheizten Preisen der Riegel teilweise geschoben werden. Das Funktionieren des «Stock Tampon», wohl auch die ökonomische Limiten eines grossen Teils der «Kunden» in den Städten, hat vorerst das Ansteigen der Preise gebremst, später sind die Preise sogar gesunken. Ein «prix plancher», eine Limitierung der Produzentenpreise gegen unten wird deklariert, kann aber nicht durchgesetzt werden, die Preise fallen weiter, es gibt plötzlich grosse regionale Unterschiede. Insbesondere in schlecht erschlossenen Gebieten bleiben die Bauern auf ihrer Ware sitzen, oder aber sie erhalten noch tiefere Preise als früher.

Jetzt, nach gut 2 Jahren, haben sich die Preise auf einem eher unteren Niveau eingependelt, das für die Städter recht gut ist, nicht aber für die Bauern. Jede Regierung kann sich auch letztlich besser leisten, wenn die ländliche Bevölkerung den kürzeren macht, als wenn eine wütende Stadtbevölkerung sich organisiert.

Die Austauschverhältnisse für landwirtschaftliche Produkte haben sich neu eingespielt, nicht aber bezüglich der Produkte die von Importen abhängig sind. Dort hat sich die Schere noch geöffnet. Beispielsweise die Kosten für die Kinder anfangs Schuljahr sind beträchtlich gestiegen, zum Teil mit ein Grund für die ärmeren Schichten, die Kinder nicht mehr zur Schule zu schicken, trotz allgemeiner Schulpflicht.

Das anfängliche Emporschnellen der Preise hatte einen relativ direkten Verschuldungseffekt: die Bauern rechneten mit besseren Preisen, sie haben sich zum Teil stark verschuldet, insbesondere eine soziale Verschuldung zum Beispiel für die Bezahlung von Zeremonien für Familienfeste, Begräbnisse etc. Mit dem erneuten Preiszerfall wird die Verschuldung enorm, die Rückzahlung von Schulden wird aussichtslos.

Bauern verarmen die «Entre-aide», die gegenseitige Hilfe, die in Madagaskar wie in den meisten afrika-

nischen Ländern stark ausgeprägt ist, nimmt ab. Es war Tradition auf den Feldern der Nachbarn oder Verwandten bei bestimmten Arbeiten mitzuhelfen und dabei war eine «königliche» Verköstigung Ehrensache. Ist diese Verköstigung nicht möglich, läßt der Bauer nicht ein, die Produktion und das soziale Leben leiden darunter.

Wirtschaftswachstum auf Kosten der Bevölkerung?

In den vergangenen Jahren haben durch die SAP Interventionen sowohl die ländliche, wie die städtische Bevölkerung den Kürzeren gezogen, jedenfalls die unteren sozialen Schichten; Letztlich haben von dieser Situation nur die Händler profitiert.

Die Gesamtökonomie hat sich leicht verbessert; in den Jahren 1989 und 1990 war das Wachstum des BSP (Bruttosozialproduktes) etwas höher als das Wachstum der Bevölkerung (Steigerung des BSP von ca. 5 Prozent). Dies sieht als Erfolg der makroökonomischen Interventionen der Weltbank aus, allerdings sagen diese Zahlen, wie wir wissen, nichts aus über die Verteilung, sie sagen nichts aus über die reelle Verarmung, und diese findet offensichtlich statt, ebenso wie die Zunahme von teuren Luxusgütern.

Frauen kämpfen ums Überleben

In den Städten nimmt die Marginalisierung der Frauen zu. Dies zeigt sich sehr deutlich an der Zunahme des informellen Sektors, stark zunehmend sind die Frauen im Kleinsthandel mit Kleinstehkommen: Verkauf von Backwaren, Tee, Zigaretten. Eindeutig zunehmend ist auch die Prostitution, ganz besonders bei jungen Frauen, die vom Lande in die Stadt ziehen. Vermehrt zeigt sich in der Stadt und rund um die Stadt, dass auf kleinsten noch ungenutzten Flächen versucht wird, etwas anzupflanzen, ganz klar als Überlebensstrategie, vor allem von Frauen.

Die Auswirkungen auf die Frauen auf dem Lande ist schwieriger abzuschätzen. In abgelegenen Gebieten ist das monetäre Einkommen zurückgegangen, die Reduktion der Ausgaben ist zwingend; eingespart wird, wie schon gesagt, bei der gemeinschaftlichen Produktion, Kinder werden nicht mehr zur Schule geschickt, bei Medikamenten und beim Kauf von Stoffen. Die Selbstversorgung wird erhöht, es wird auch versucht,

die Produktion für den Markt noch zu steigern; es hat in einigen Regionen noch Landreserven, allerdings ist dies Land weiter Weg vom Dorf- und meist ist es schlechterer Boden.

Eine Verarmung, auch auf dem Lande, ist deutlich zu sehen, allerdings ist dies nicht alleine auf die SAP Interventionen zurückzuführen, sondern auch auf die Zunahme des Bevölkerungsdruckes und damit einhergehend auf eine Zunahme der Erosion.

Arbeitsplätze haben tendenziell abgenommen, der «struggle for life» hat zugenommen. Auf dem Arbeitsmarkt sind viel mehr Mädchen und Frauen, die vergeblich nach Arbeit suchen, deshalb auch die Aufblähung des informellen Sektors. Frauen verschwinden zum Teil vom offiziellen Arbeitsmarkt, weil sie für ein paar Franken im Monat in einen Haushalt einer reicheren Familie unterkommen. Eine weitere Folge der Reduzierung der Arbeitsplätze, sie betrifft allerdings nicht nur die Frauen: in den Städten nehmen Bettler und verwaiste Kinder zu, die Kriminalität in Antananarivo, der Hauptstadt Madagaskars hat aussergewöhnlich stark zugenommen in den letzten Jahren. Kinder organisieren sich in Gangs und überfallen gemeinsam Leute oder Geschäfte um zu überleben.

Teufelskreis Armut – Hygiene – Krankheit

Die Streichung der Subventionen auf chemischen Produkten, also auch Medikamenten, hat sich sehr negativ ausgewirkt. Früher nahmen die Leute punktuell Malariaphylaxe, mit den heutigen Preisen tun sie dies nicht mehr. Früher wurden verseuchte Tümpel ab und zu desinfiziert, auch dies geschieht nicht mehr. 1987/88 durchlitt Madagaskar eine recht gravierende Malariaepidemie. Die sich verschlechternden hygienischen Bedingungen und der Hunger der ärmsten Bevölkerungsschichten verschlimmerten die Epidemie beträchtlich. In den letzten Jahren müssen wir auch ein Wiederaufleben der Pest zur Kenntnis nehmen. Pesterkrankungen verlaufen häufig tödlich – die Pest als Indikator des Teufelskreises: Armut Hygiene – Krankheit. Fehl- und unterernährte Kinder haben in den letzten Jahren zugenommen und ebenfalls die Kindersterblichkeit!

Liberalisierung der Importe hat Folgen

Die Folgen der Liberalisierung der Importe sind recht vielfältig. Die Grenzen sind aufgegangen, es gibt auch in abgelegenen Gebieten Importprodukte (Whisky, indonesische Stoffe etc.) zu kaufen. Dies soll/kann als Anreiz dienen mehr zu produzieren und das wäre in der gegenwärtigen Situation volkswirtschaftlich gesehen positiv, es zeigt sich aber gegenwärtig eine Konkurrenz zu der lokalen Produktion, insbesondere im Textilsektor.

Die Situation auch hier: die wertvermehrnde Produktion geschieht in den technisierten Ländern, die arbeitsintensive, wenig gewinnbringende und für die Ökobilanz sich negativ auswirkende Produktion von Rohstoffen geschieht weiterhin in den ärmsten Ländern. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass sich hier ein neue Tendenz zeigt und Madagaskar möglicherweise zu einem neuen Billiglohnland wird; Schwellenländer wie Hongkong, Singapur und Mauritius investieren in Madagaskar, insbesondere für Produkte aus Baumwolle oder Leder.

Nichts mehr zu verlieren

Nicht alles was im vorliegenden Artikel an Degradation der wirtschaftlichen und sozialen Situation beschrieben wurde, ist allein auf das Strukturanpassungsprogramm zurückzuführen. Verschiedene Ursachen sind mitverantwortlich und es ist kaum auszumachen, wo am «meisten Ursache» liegt. Es wurden in den letzten 20 Jahren vom Regime Didier Ratsirakas verschiedene makroökonomische Entscheide gefällt, die dem Land schwer geschadet haben, die Preispolitik wurde schon erwähnt, auch die Aufblähung des Verwaltungsapparates hat die nationale Ökonomie schwer belastet. Ein anderer absolut wesentlicher Teil der Verarmung ist der weltwirtschaftlichen Entwicklung zuzuschreiben: die Produkte Madagaskars gelten auf dem Weltmarkt immer weniger; die Produkte aus den Industrieländern werden immer teurer, die zunehmende Armut ist sicher zu einem entscheidenden Teil weltwirtschaftsindiziert. Die Strukturanpassungsprogramme sind nicht für alle Degradation verantwortlich, aber sie haben den Anspruch und haben Hoffnungen geweckt, die Abwärtsspirale aufzuhalten, und das ist ihnen bis jetzt in keiner Weise gelungen.

Die Schere klafft auseinander wurde oben gesagt, und dabei war von der Lohn – Preis Schere die Rede; es ist aber auch die Schere der Armen und Reichen die auseinanderklafft und zwar mit erschreckender Geschwindigkeit und Intensität. Durch das grosse Angebot von begehrten Westenerprodukten auf dem Markt nimmt auch die Besessenheit nach Geld zu. Mehr denn je orientiert sich, vor allem die städtische Mittel- und Oberschicht, an Paris. Von einer einst angestrebten autonomen Entwicklung ist nichts mehr zu spüren.

Aber auch die Hoffnung, dass «Manque de moyen» das erste Mittel sein wird um neues zu kreieren, hat sich bis jetzt als unbegründeten Wunschtraum erwiesen. Neue Kreativität um Geld zu erlangen, scheint nicht in Gang zu kommen. Die grosse Menge qualifizierter Arbeitsloser hat statt in die Kreativität in die Depression geführt und das besonders auch bei den qualifizierten Frauen. Es gibt keine Elemente, keine Massnahmen in diesem Programm, welche neue Ideen, und Kreativität fördern würden: Geld, Kredit, erhalten die, die abzahlen können, die Sicherheit bieten können, und das sind in den wenigsten Fällen die Frauen.

Gegenwärtig besteht eine Tendenz von Resignation auf dem internationalen Parkett im Sinne: «Strukturanpassung hat für die Integration in den Weltmarkt auch nicht funktioniert...» und die internationalen Organisationen verlieren Interesse an den afrikanischen Staaten. Für Entschuldung wurde in Zusammenhang mit den Strukturanpassungsprogrammen Milliarden Dollar bereitgestellt, aber letztlich bedeutet das für ein Land wie Madagaskar ein paar 100 000 Dollar, dies ist kaum einen Tropfen auf den heissen Stein – sicher kein Betrag, der die Situation wesentlich verändern könnte. Möglicherweise führt die gegenwärtige Entwicklung Madagaskars zurück in die «Autosubsistence», in eine Abkoppelung vom internationalen Markt, darauf aber hat das Strukturanpassungsprogramm denkbar schlecht vorbereitet.

Noch etwas ist zu bedenken: das Element Unternehmertum, auf das die SAP gesetzt hat, kam nicht zum Tragen, es entspricht auch afrikanischem Denken und Sein sehr wenig. Es wurden für (ausländische) Unternehmer Freiräume geschaffen um die Vorteile des Landes (Rohstoffe, Arbeitskräfte) zu nutzen, die Wirtschaft in Schwung zu bringen. Bisher wurde aber damit weniger die Produktion als viel mehr die Korruption gefördert. Traditionell ist Madagaskar gegenüber den Frauen eher wenig diskriminatorisch, aber viele der neuen

«Chancen» nützen den Frauen nichts. Sie sind familien- und damit ortsgebunden, sie können von neuen Arbeitsplätzen oft nicht profitieren und schon gar nicht von Ausbildungsangeboten.

Im November wurde Madagaskar von heftigen Unruhen erschüttert. Hunderttausende Frauen und Männer gingen auf die Strasse. Diese vehementen Reaktionen sind ganz eindeutig als «ras le bol» es ist genug zu interpretieren. Die bestehende von den Industrieländern dominierte Weltwirtschaftsordnung, 20 Jahre Ratsiraka und zehn Jahre SAP haben den Leuten zugesetzt. Es wird offensichtlich, dass sie genug haben von den absolut undemokratischen Vorgängen in ihrem Lande; die wirtschaftspolitischen Entscheide der SAP sind ein wesentliches Element dieser «Undemokratie». Sie gehen auf die Strasse aus Empörung und Enttäuschung, aber auch weil sie nichts mehr zu verlieren haben.

Der Artikel basiert auf eigenen Erfahrungen in Madagaskar sowie auf Gesprächen mit J.F. Bürki (Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe) und G. Pfister (Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Helvetas/Fastenopfer/Brot für Alle).

II. Guinea-Bissau... und doch auch Kreativität

«Structural Adjustment and Gender in Guinea-Bissau» von R.E. Galli und U. Funk, der demnächst als Teil eines Buches des Institute for African Alternatives in London erscheinen wird. Zusammengefasst und übersetzt von Ruth Rauch-Schumacher.

Einführung

Strukturanpassung kann als weiterer Versuch einer Antwort auf die andauernde sozio-ökonomische Krise betrachtet werden. Ein Hauptziel ist es, die ungünstigen Austauschbedingungen, die durch die Kolonialpolitik eingeführt und die nachfolgenden Regierungen noch verschärft wurden umzustossen. Das zentrale Problem der Ökonomie auch von Guinea Bissau, ist das Ungleichgewicht zwischen Produktion und Konsumation.

Jede ökonomische Krise trifft die Bevölkerung eines Landes ungleich und tendenziell sind immer Frauen die «Stossdämpfer». Betrachten wir aber ein Land genauer, so zeigt sich die Realität differenzierter.

80 Prozent der Bevölkerung lebt und arbeitet auf dem Lande, die verschärfte Krise hat einen beachtlichen Exodus in Richtung Hauptstadt bewirkt, dies als eine «Überlebensstrategie», der ländlichen Bevölkerung in der ökonomischen Krise.

Die Politik der Strukturanpassung

Weltbank, IWF zusammen mit den Geberländern versuchen in Guinea Bissau die folgenden Strategien durchzusetzen:

- Reduzierung der privaten und der Staatsausgaben (Löhne und Budget der Staatsausgaben werden reduziert)
- Abstriche oder Streichung der staatlichen Subventionen
- Ankurbelung der Produktion.

Das Hauptgewicht liegt auf der Ausgabenreduktion. Gleichzeitig wird eine Liberalisierung des Marktes durchgesetzt, allerdings mit der Garantie eines Minimalpreises für die Produzenten.

Folgen der Strukturanpassungsprogramme

Ein erstes SAP-Programm erstreckt sich von 1987 bis 1989, die Periode, auf die sich der vorliegende Artikel bezieht. Im Jahre 1989 wurde ein zweites Programm entworfen. Auf der makro-ökonomischen Ebene zeigt sich, dass in den Jahren 1987 bis 1989 das Bruttosozialprodukt in etwa stabil geblieben ist, dass das pro Kopf Einkommen tendenziell (1,5 Prozent) steigt und sich die Inflationsrate zwischen 70 Prozent und 99 Prozent bewegt.

Für die städtische Bevölkerung steigen die Lebenskosten sehr stark. Die grosse Abwertung der einheimischen Währung bewirkt eine enorme Steigerung der Preise aller Importgüter und aller von Importgütern abhängigen Produkten. Durch den Wegfall von staatlich festgelegten Höchstpreisen und von Subventionen steigen auch die Preise der landwirtschaftlichen Produkte. Die Kaufkraft der städtischen Einkommen sinkt in dieser Zeit sehr stark, Fleisch und Fisch kann nur noch von Oberschicht-Familien gegessen werden. Die Kosten für das Grundnahrungsmittel Reis steigen in 2 Jahren um das Zehnfache.

Die grosse Kostensteigerung zwingt in städtischen Familien, dass alle Mitglieder der Familie auch die Frauen und die Kinder zum Einkommen beitragen müssen. Eine Hauptlast fällt hier auf die Frauen, sie behalten die angestammte Verantwortung für den Haushalt, suchen nun aber nach zusätzlichen Einkommen, indem sie in Haushalten der reicheren Familien arbeiten, oder als Kleinsthändlerinnen auf dem Lande Produkte einkaufen um sie in der Stadt wieder zu verkaufen. Oft versuchen sie selber in der Stadt in Kleinstgärten und Hinterhöfen der Stadt oder am Stadtrand, zum Eigenkonsum oder zum Verkauf zu produzieren. Zum Teil ziehen die Frauen auch während der Produktionszeit aufs Land und bauen die Grundnahrungsmittel Hirse oder Reis für die eigene Familie an.

Diese zusätzlichen Arbeiten haben Frauen teilweise schon vor dem Strukturanpassungsprogramm geleistet, aber damals galt es das Einkommen des Mannes zu ergänzen, heute ernähren sie damit oft die Familie.

Ländliche Überlebensstrategien

Die hohe Inflationsrate, die Verteuerung aller Produkte, die die Bauern erwerben müssen, vor allem aber die Verschlechterung der Preise der Exportprodukte (Erdnüsse, Kernels) haben auch für die ländliche Bevölkerung die Situation verschärft. Emigration in die Stadt oder gar in die Nachbarstaaten ist der meist gewählte Ausweg, vor allem für junge Männer. In den Dörfern bleiben die Frauen, die alten Menschen und die Kinder zurück. In einzelnen Gebieten ist dies so ausgeprägt, dass von einer Feminisierung der ländlichen Ökonomie gesprochen wird. Die Produktion der landwirtschaftlichen Güter, aber auch das Fischen wird zunehmend zur alltäglichen Pflicht der Frauen, zusätzlich zu den normalen Haushaltaktivitäten. Frauen haben dadurch eine sehr hohe Arbeitsbelastung. In einer Untersuchung wird festgestellt, dass je nach Region die Arbeitsbelastung der Frauen sehr gestiegen ist und zwischen 12 bis 19 Stunden pro Tag beträgt. Im Gegensatz zu Madagaskar scheint aber in Guinea-Bissau der zunehmende Druck auf die Frauen zu neuen «kreativen» Formen und zu gemeinsamen Aktionen zu führen. Zusammenschlüsse von Frauen für die landwirtschaftliche Arbeit, gegenseitige Hilfe und gemeinsamer Kauf arbeitserleichternder Maschinen sind zunehmend zu beobachten.

Nahrungsengpässe gab es seit der Unabhängigkeit immer wieder, bei Engpässen in der Versorgung mussten die Frauen immer schon die einkommensfördernden Aktivitäten aufgeben um die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln sicherzustellen. Ihr Einkommen wurde damit geschmälert. Dieser Mechanismus zeigt sich nun wieder, diesmal aber verstärkt und anhaltender.

Schlussfolgerungen

Weder die Stabilisationspolitik die 1986 begann, noch die Strukturanpassungsprogramme haben die ungerechten Austausch-verhältnisse zwischen Stadt und Land oder die noch ungerechteren internationalen Handelsbedingungen verbessert. Die Preiseinbrüche von Erdnüssen und Kernels haben die Makroökonomie von Guinea-Bissau hart getroffen und sie sind bei der systematischen Förderung der Exportproduktion in allen SAP-Ländern unvermeidlich. Ein fundamentales Problem liegt auch in den bestehenden Strukturen des Landes. Die ländlichen Regionen bezahlen für die städ-

tische Konsumation und der weitaus grösste Teil der städtischen Ausgaben sind nicht produktiv.

Seit 1978 sind ausserordentlich hohe Gewinne der Händler zu verzeichnen die letztlich auf Kosten der übrigen Bevölkerung gehen. Die Preise, die die Bauern für ihre Produkte lösen, sowohl für die Exportprodukte wie für diejenigen für den internen Markt, folgen der Kostensteigerung nicht, es ist eindeutig ein Verlust der Kaufkraft zu verzeichnen.

Frauen die nun vermehrt in der Produktion für die Versorgung der Familie engagiert sind, verfügen dadurch über immer weniger Geld, sowohl zum Ausgeben wie auch zum Sparen. Immer noch haben Frauen erschwert Zugang zu Krediten, auch dann, wenn die Kredite im Rahmen entwicklungsfördernder Programme stehen.

Eine UNICEF-Studie hat 1988 gezeigt, dass die Anfälligkeit der Frauen bei sehr vielen Krankheiten wie Anämie, Hepatitis B, Geschlechtskrankheiten etc. signifikant höher sind, generell sind dies alles Krankheiten die mit schlechter Ernährung oder Unterernährung verbunden sind. Auch die Gesundheit der Kinder ist gefährdet, niedriges Geburtsgewicht steht in direktem Zusammenhang mit dem Ernährungsstand der Frauen.

Durch die Weltbank finanzierte Studien bezeichneten Frauen und Kinder als die sozialen Gruppen, die durch die negativen Auswirkungen der SAP-Programme besonders gefährdet sind, eine Erkenntnis, die für die Planung künftiger Strategien hilfreich sein müsste. Verschiedene neue Projekte, die die Linderung sozialer Not und die Schaffung von Arbeitsplätzen zum Ziel haben, wenden sich immer noch vorwiegend an Männer und gehen, so wie es im jetzige Zeitpunkt aussieht, weder Ursachen noch Symptome der sozialen Not an.

III. Tagesablauf in Minuten von Frauen und Männern in Somalia, Afrika

Aktivitäten	Frauen	Männer
Landwirtschaft		
Nahrungsmittelproduktion	143	88
Haustierpflege	34	37
Nahrungszubereitung für Verkauf	18	0
Verkauf	7	33
Hausbau	2	0
Total	204	158
Haushalt		
Nahrungszubereitung für Familie	228	6
Putzen	18	1
Kinderpflege	68	6
Pflege anderer Menschen	11	0
Management	14	6
Kleiderpflege	9	0
Einkauf	17	17
Holzholen	20	0
Wasserholen	31	1
Total Hausarbeitszeit	416	39
Andere Arbeiten		
Bezahlte Arbeit	0	19
Kleiderverarbeitung	0	1
Handwerksarbeit	29	26
Total Zeit für andere Arbeiten	29	46

Dieser Tagesablauf stammt aus einer «Time use Study» über Somalia von Molly Longstrath, Juli 1985

Kollektive Gegenwehr! Die Volks- und Gemeinschaftsküchen in Peru

Aus: EPK 3/1987

Die Wirtschaftskrise in Peru lässt für viele Familien das Leben immer schwieriger werden. In Peru, wie auch in anderen lateinamerikanischen und afrikanischen Ländern versuchen Frauen mit Hilfe von Volksküchen ihre Situation zu verbessern. Diese Projekte sind nicht unumstritten, da sie neben der Überlebenssicherung auch dazu dienen, mittels Selbstaubeutung der Betroffenen den Staat aus der Verantwortung für die sozialen Auswirkungen seiner Politik zu entlassen.

Das Prinzip der Volksküchen ist nicht neu. Bereits in den 70er Jahren haben caritative religiöse Organisationen Lebensmittel für Gemeinschaftsküchen gespendet. Die Frauen kamen aber nur in den Genuss dieser Spenden, wenn sie sich mit Arbeitsleistungen an Projekten dieser Organisationen beteiligten. In diesen sog. « food-for-work »-Projekten wurden die Frauen allerdings immer abhängiger von den jeweiligen Organisationen. Die heutigen Volksküchenbewegung hat einen anderen Charakter. Die Frauen schliessen sich – oft quartierweise – spontan zusammen, gerade auch um sich von der Hilfe von aussen unabhängig zu machen. In Peru gibt es inzwischen etwa tausend Volksküchen, von denen mehr als 150 000 Menschen profitieren. Die Grundidee ist, dass nicht mehr jede Frau allein das Essen für die Familie zubereitet, sondern dass dies mehrere Frauen gemeinsame tun. Dadurch versuchen sie, die ständig steigenden Lebenshaltungskosten wenigstens etwas aufzufangen. Ausserdem verkürzt sich die Arbeitszeit der einzelnen Frauen. Durchschnittlich nehmen 20 bis 60 Frauen an einem solchen Projekt teil und bereiten zwischen 50 und 250 Mahlzeiten zu pro

Tag. Die Frauen wechseln sich beim Kochen ab. Eine einzelne Mahlzeit kostet etwa 50 Rp. Allerdings ist der Preis für viele immer noch zu hoch, so dass sich ganze Familien in eine oder zwei Portionen teilen müssen. Die Frauen richten sich möglichst nach den Essgewohnheiten der Bevölkerung, sie versuchen, die Qualität der Speisen zu verbessern, um so auch einen Beitrag an die Gesundheit ihrer KundInnen zu leisten. Die durch die gemeinsame Zubereitung der Mahlzeiten eingesparte Zeit verwenden die Frauen für Weiterbildungsmassnahmen und andere Gemeinschaftsprojekte: Kindergärten, Handwerksstätten, Bäckereien, Gartenbau etc. Diese Volksküchen sind mittlerweile auch zu einer sozialen Kraft geworden. Sie schliessen sich mit anderen Basisorganisationen zusammen, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern und um für ihre Rechte zu kämpfen.

Nigeria:

Die langsamen Tode finden in der Stille statt

von Erika Toriola

Ich bin Wirtschaftsflüchtling. Ich stamme nicht aus Jugoslawien oder einem Land der südlichen Erdhälfte. Ich bin Schweizerin. Ich flüchtete aus dem Lande meines Mannes in meine Heimat. Eine leichte Flucht, und ganz legal. Man könnte sie auch Rückkehr nennen.

Für mich aber bleibt es eine Flucht. Man verlässt nicht grundlos seine Familie. Nicht Tropenkrankheiten und der Mangel an Komfort haben mich heimgetrieben, sondern die Wirtschaftskrise. Sie hat den ohnehin harten afrikanischen Alltag für mich unerträglich gemacht. Mein Mann und mein Sohn sind in Afrika geblieben. Sie sind stärker wie ich, und sehr solidarisch mit der Sippe.

Mein Mann ist Nigerianer. Sechzehn Jahre lang lebte ich in seinem Land, eng verbunden mit der Grossfamilie. Ein Geschäftsmann, Botschafter oder Tourist erlebt ein fremdes Land aus einer gewissen Distanz, er bleibt wie in einer schützenden Glasglocke. Auch Entwicklungshelfer können meist ihren eigenen Lebensstil weiterführen. Als Ehefrau muss man sich anpassen. Ich erlebte Nigerias Oil-Boom und den wirtschaftlichen Niedergang. Es ist deprimierend zu sehen, wie ein Land aufblüht und dann serbelt.

*

Zu ungestüm war der wirtschaftliche Aufschwung gewesen. Eine Korrektur war nötig. Dass diese aber auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen wird, ist weder fair noch notwendig. Denn es ist ein offenes Geheimnis, dass selbst jetzt in diesem krisengeplagten Land Geld vorhanden ist: in den Konten einiger weniger Grosshändler und Regierungsmitglieder.

Ich lebte so, wie die meisten Mitglieder der Sippe, die bäuerlichen Ursprungs ist. Und doch ein bisschen anders. Wir waren ja beide Staatsangestellte, hatten gute, feste Löhne. So trafen uns die anfangs achtziger Jahre einsetzenden staatlichen Sparmassnahmen weni-

ger hart. Doch das kleine bisschen Leiden, das ich miterlebte, war genug, um mich krank zu machen. Ich schäme mich oft, Weisse zu sein. Ich schäme mich meiner Schwäche und Krisenuntauglichkeit. Ich schäme mich vor allem, der Rasse der Ausbeuter anzugehören. Was die Weissen den Völkern der südlichen Erdhälfte angetan haben und weiterhin antun, ist nicht gut.

Niemand soll mir sagen, die sogenannten Drittweltvölker hätten ihre Leiden selber verursacht. Solche Slogans sind entweder Zeichen von Ignoranz oder billige Ausrede, um weiterfahren zu können mit der Ausnützung. Lukrative Zinsgeschäfte und lächerlich niedrige Rohstoffpreise sind eine Form von Kolonialherrschaft.

Gewiss, es gab und gibt einheimische Helfershelfer unseres zerstörerischen Wirtschaftssystems: die meisten Regierungen und eine ganz winzige Oberschicht von millionenreichen Geschäftsleuten, die im Import-Export tätig sind. Ich habe an einigen ihrer Parties teilgenommen; sie waren verschwenderisch. Gewiss in den Siebzigerjahren wurde in ganz Nigeria zuviel gefestet. Auch ganz gewöhnliche Bürger leisteten sich aufwendige Feiern, die allerdings auch den Handel belebten.

Zu unrecht wurde von gewissen «Experten» die sogenannte Mittelschicht als zu verschwenderisch angeprangert. Vergessen wird dabei, dass gerade sie eine ganz wichtige soziale Rolle ausübt. Sie dient gewissermassen als Puffer zwischen Armut und Reichtum. Noch nicht entfremdet von den ländlichen Ursprüngen und der Sippe – im Gegensatz zu manchen Millionären – ersetzt sie all die sozialen Institutionen, die auf Staatsebene fehlen. Immer dann, wenn in der zu Hunderten zählenden Sippe jemand Hilfe nötig hat, springen die Bessergestellten ein. Das ist der uralte, echte afrikanische Sozialismus, der keiner Theorien bedarf. Der Reiche zahlt, wenn nötig, dem Armen Schulgelder, Apotheker- und Spitalrechnungen, er ersetzt die fehlende

AHV und Arbeitslosenversicherung, er nimmt Waisen und Pflegekinder bei sich auf, er hilft auch sonst mit Rat und Tat, etwa in Fragen der Ausbildung und der Familienplanung. Er dient all denen, die kein Auto haben, als Chauffeur, wenn sie ins Spital oder in die nächste Stadt müssen.

Zur Zeit des Erdöl-Booms war es für einen Staatsangestellten selbstverständlich, ein Auto zu besitzen und es durch ein neues zu ersetzen, wenn es nicht mehr taugte. Damals wurden Autos in ebensolchen Mengen importiert wie Bücher, Zement, Textilien, Medikamente, Kühlschränke, Nahrungsmittel. Irgendein wohlbeleibtes Mitglied der Militärregierung sagte eines Tages, ein Privatauto sein ein Luxus für ein Entwicklungsland. Er hat gut reden: nebst einem Dienstwagen besitzt er mit Sicherheit mindestens ein Privatauto. Er muss nie in der glühenden Hitze kilometerweit zu Fuss gehen.

*

In der Heimat empfinde ich ein Auto als einen Luxus, in Afrika nicht. In Europa haben wir ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrssystem, gute Ambulanzen und jedermann hat ein Telefon. All dies ist in Entwicklungsländern nur teilweise oder nicht vorhanden. In Nigeria gibt er zwei Bahnlinien und ein relativ gutes Strassennetz. Ein Telefon hat fast niemand. Regelmässig verkehrende Busse gibt es nur in den grossen Städten. Überlandlinien werden von Privaten betrieben. Eine Fahrt in ihnen ist lebensgefährlich, wegen dem verrückten Fahrtempo und neuerdings auch wegen dem miserablen Zustand der Fahrzeuge. Das ist eine der vielen direkten Folgen des Struktur Anpassungsprogramms des Internationales Währungsfonds (IWF). Die drastische Abwertung des Nairas um 80 Prozent hatte zur Folge, dass der Import von Fahrzeugen unmöglich wurde. Ein sehr hoher Jahreslohn beträgt jetzt 10 000 Naira. Das billigste neue Auto kostet so um die 100 000 Naira, also den Totallohn von zehn Jahren. Auch Ersatzteile wurden unerhört teuer. Man behilft sich mit Occasionen; entsprechend sinkt die Fahrsicherheit. Eines der Glanzrezepte des IWF lautet: Subventionen abbauen. Die Erhöhung der Benzinpreise machte nicht nur das Reisen teurer, sondern auch die Güter des täglichen Bedarfs. Wenn Grundnahrungsmittel wie Mais und Bohnen teurer werden, trifft das die untersten Bevölkerungsschichten sehr hart. Die Busunternehmen und Taxihalter haben Mühe, über die Runden zu kommen und sparen am Unterhalt der Vehikel. So wird das

Reisen immer gefährlicher. Es ist ganz normal, dass total abgefahrene Reifen platzen, Räder abfallen, Achsen brechen. Wenn man Glück hat, überlebt man die Fahrt dennoch. Ambulanzen sind selten. Dafür hat es umso mehr Strassenräuber, die einen um Besitz und manchmal auch ums Leben erleichtern. «Dank» der wachsenden Armut wächst auch die Kriminalität, breitet sich neuerdings von den Grossstädten bis auf's Land aus. Vor hundert Jahren war ein Dieb eine Seltenheit ... In den siebziger Jahren hatten wir einen Peugeot 404; am Anfang der Krise kauften wir einen VW Käfer. Er ist immer noch unterwegs, halbverrostet, wie immer vollbeladen: sechs bis sieben Erwachsene und ein paar Kinder auf deren Schoss. Familienmitglieder, Nachbarn, Fussgänger, die um eine Fahrt bitten – ein halbleeres Auto sieht man in Afrika selten. Hingegen ganze Familie auf einem Töff: Vater, Mutter und vier Kinder auf dem Weg zur Arbeit und Schule.

Wo Verkehrssystem und Telefon rudimentär sind, kann das Auto zum Lebensretter werden: wenn ein Kind einen Unfall hat oder mitten in der Nacht ein gefährlicher Malariaanfall ausbricht und kein Taxi mehr zu finden ist.

Für einen Grossteil der Bevölkerung ist es heute nicht mehr möglich, sich im Spital behandeln zu lassen. Nicht dass es keine ÄrztInnen gäbe; es deren ausgezeichnete. Doch ist eine Behandlung für ärmere Leute ganz einfach zu teuer. Daheim zu sterben kommt billiger. In den glücklichen Jahren waren die Krankenstationen und die Spitäler gut. Eine Operation war kein grösseres Risiko wie hier. Der Komfort war zwar gering, aber auch die Behandlungskosten. Ein Teil der staatlichen Erdöleinnahmen kam dem Gesundheitswesen zugute. Heute müssen die PatientInnen alles nötige Material selber mitbringen: Verbandstoff, Spritzen, Medikamente, Blutkonserven. Im Spital hat es nur eine Ration für Notfälle. So spart sich der Staat grosse Summen. Schliesslich müssen die Zinsen für die Riesenkredite bezahlt werden; Weltbank und Privatanleger wären sonst nicht zufrieden.

*

Notsituationen mitzuerleben, ist nicht amüsant.

Beispiel 1: Das Fieber unseres Sohnes steigt nach Mitternacht plötzlich an. Er wird bewusstlos, hat Konvulsionen und gelähmte Beine. Wir fahren ihn zur Krankenstation. Kan gibt ihm Spritzen gegen Starr-

krampf, Malaria und gibt auch Antibiotika, alles durcheinander, um das Schlimmste zu verhindern. Verdacht auf Meningitis oder Zerebral-Malaria. Wir sollten ihn sofort ins Universitätsspital bringen. In der Pädiatrie ist eine einzige, übermüdet aussehende Krankenschwester. Den Arzt kann sie telefonisch nicht erreichen. Es ist Neujahrsnacht. Einmal müssen auch Ärzte ausspannen, vor allem, wenn es deren viel zu wenige hat. Das begreifen wir. Weniger gut verstehen wir besorgte Eltern, weshalb die Regierung ausgerechnet bei den Sozialausgaben spart, um die Staatsschulden zu bewältigen. Am folgenden Tag erholt sich der Bub ein wenig; seine Beine sind immer noch gelähmt. Nach drei Tagen kann er wieder stehen. Wir haben Glück gehabt.

Beispiel 2: Das achtjährige Kind meiner Freundin wird ins Spital gebracht. Blutvergiftung. Es fällt ins Delirium. Der Arzt macht der Mutter klar, dass hier nur eine Notration des unbedingt nötigen Antibiotikums vorhanden sei. Die Folgedosen müsse sie selber besorgen. Der Mann meiner Freundin ist verreist; so muss sie allein von Apotheke zu Apotheke fahren. Das teure Medikament ist nirgends zu finden. Sie fährt die 50km zur nächsten Stadt. Dort hat sie Glück. Nach all dem, nach einer Woche des Bangens und meist an der Seite des Kindes im Spital sitzend, derweil wir Freundinnen die andern Kinder hüten, bricht die geplagte Mutter vor Erschöpfung zusammen. Heute lebt die ganze Familie in England, der Heimat der Frau.

Unsere Kinder hatten Glück. Ihre Väter sind bei der Universität angestellt, wir Mütter an Gymnasien. Wir hatten Geld und Auto. Die Kinder von Bauern, Kleinkrämern, Automechanikern oder Putzfrauen haben weniger Chancen, mit dem Leben davonzukommen. Es sei denn, ein wohlhabender Verwandter sei rasch zur Stelle, um zu helfen.

*

Mit zunehmender Verarmung steigt die Kindersterblichkeit. Es ist arrogant zu behaupten, die sogenannten Drittweltländer seien arm wegen dem hohen Bevölkerungswachstum. Ich konnte immer wieder sehen, dass mit steigender Bildung die Grösse der Familien abnimmt. Wenn aber Kinder rundumher wie Fliegen sterben, gibt es für ein Volk nur eine Antwort: mehr Kinder produzieren, damit wenigstens einige überleben. Das ist eine uralte Regel. Auch unsere Vorväter hatten zehn, zwölf Kinder. Von denen viele als Wirtschaftsflüchtlinge nach Amerika auswanderten ...

So wie beim Gesundheitswesen, so wird auch an den Schulen gespart. In den siebziger Jahren erstaunte mich das gute Niveau der Schulen. Vom Staat wurden Pulte, Bücher und etwas Schreibmaterial geliefert. Die Gebäude waren in gutem Zustand. In öffentlichen Schulen zahlte man kein Schulgeld. Fast alle Kinder wurden zur Schule geschickt. Gute, junge Hausangestellte konnte man fast nicht mehr finden.

Jetzt ist es normal, dass zerbrochene Scheiben nicht mehr ersetzt werden, neue Schulräume nur noch in Form lottriger Unterstände oder überhaupt nicht mehr gebaut werden, dass man aber Klassen zusammenlegt. Aus 30 werden 60 SchülerInnen, aus 40 werden 80. Leider nehmen die Energien der Lehrer nicht in gleichem Masse zu. Ich jedenfalls hielt der Überarbeitung nicht stand. Einheimische Lehrkräfte haben keine andere Wahl, wie auszuharren. Das drückt auf die Stimmung, Resignation greift um sich. Entsprechend verliert der Unterricht an Qualität.

Die meisten SchülerInnen können sich fast keine Bücher leisten. Wenn eines 50 Naira kostet, ist das bei einem Monatsgehalt von 500 Naira (was ich als Lehrerin verdiente) sehr viel. Für weniger gut Entlohnte mit 150 bis 200 Nira Einkommen wird ein Buch unerschwinglich. Das Kind muss also abgucken oder ein Buch stehlen. Oder, einfacher und rentabler, man nimmt es nach oder schon während den obligatorischen Primarschuljahren aus der Schule und lässt es als Diensthote arbeiten.

Man findet jetzt wieder gute «Housegirls» und «-boys». Nur kann sie sich niemand mehr leisten, weil auch der beste Lohn nur noch fürs Nötigste reicht. Und so geht die Rechnung der Experten irgendwie doch nicht auf.

Ich bin froh, dass meine Kinder ihre Schule unter solch schwierigen Bedingungen besuchen mussten. Sie lernten Dinge fürs Leben, die in keinem Buch stehen. Ihnen wird niemand unhaltbare Theorien vormachen können; mir auch nicht.

Wie es zu Choleraepidemien kommen kann, malte ich mir aus, als ich die vielen glücklichen Fliegen zwischen den «Buschtoiletten» und dem Snackverkäuferinnen-Platz hin- und herzirkulieren sah, dazumal, als die regulären WCs defekt waren, aber kein Geld vorhanden für Reparaturen. Ich gab dem überforderten Direktor auf die Nerven mit meiner Schwarzmalerei.

Später sammelten die bessergestellten Eltern Geld für Reparaturen. Solidarität...

Schulbildung gedeiht nur im Umfeld eines gewissen minimalen Wohlstandes. Erschöpften, unterernährten Schülern, denen die Bücher fehlen, komplexen Lehrstoff beizubringen ist sehr schwierig. Wie oft sah ich Kinder schon beim Morgengebet im Schulhof ohnmächtig zusammenbrechen. Der Arbeitstag zuhause fing schon um fünf Uhr an: Wischen, Kleider von Hand waschen, Wasser schöpfen am Ziehbrunnen, Waren verkaufen, – und zum Frühstück selten mehr wie ein wässriges Maisbreichen.

Ohne Schulen, ohne Spitäler, ohne Verkehrsmittel kann man schlimmstenfalls überleben – ohne Nahrung nicht. Dass eine gesunde, ausgewogene bis überreiche Ernährung wie wir es uns gewohnt sind, das Privileg einer Minderheit der Weltbevölkerung ist, konnte ich in den 16 Jahren in allen Nuancen erfahren. In Nigeria verhungert niemand, aber gut essen nur ganz Wenige. Es ist schwierig, gut zu arbeiten, wenn man schlecht ernährt ist.

Dass man gesüsste Getränke nur in Parties genießt, daheim aber immer nur Wasser trinkt, daran gewöhnte ich mich rasch. Mehr Mühe machte mir die Eintönigkeit des Speisezettels: Reis, Mais, Maniok und Yams im Turnus, dazu eine scharfe Sauce. Grosse Mengen von Stärkeproduktion machen den Mangel an Protein wett. Die Auswahl an Gemüse und Früchten ist sehr klein und hängt von der Saison ab.

Es dauerte eine Weile, bis ich mich an die kleinen Fleischportionen gewöhnt hatte. Knapp fand ich sie schon in den Jahren des Überflusses; dabei assen wir dazumal wirklich verhältnismässig gut, wie sich dies für die Mittelschicht gehörte. Wir konnten uns gute Fleischstücke leisten, mussten uns nicht mit «Paman» (gekochte Rindshaut) begnügen, diesem Fleisch der Armen. Bohnen gab es oft, aber sie waren nicht unsere einzige Proteinquelle. Milchprodukte hingegen sind in der Regenwaldzone unbekannt.

*

Wir Weisse sind gefräßig, wir konsumieren viel. Ich werde es nie vergessen, wie erstaunt mich mein Mann und bei uns wohnende Sippenmitglieder ansahen, als ich vom Fischhändler eine ganze Makrele pro Person kaufte. Ich lernte bald, dass ein bis zwei Fische

der ganzen grossen Familie für eine Mahlzeit ausreichen. Man muss sie nur richtig zerschneiden, bevor man sie kocht: in Scheibchen von ein bis zwei Zentimeter Dicke. Pro Erwachsener zwei Scheibchen, pro Kind eines. Der Kopf zählt auch als Portion. Ein Kilogramm Rind- oder Ziegenfleisch ergibt drei bis vier Mahlzeiten für eine achtköpfige Familie. In den USA verzehrt eine Person Steaks von 500 Gramm und mehr. Ich war an Portionen von 100 Gramm gewöhnt. Mit der Zeit lernte ich mit weniger auszukommen.

Ich lernte auch die Kunst, aus einem mageren Hähnchen 24 Häppchen zu schneiden, aus einem fleischreicheren Tier bis zu 36. Natürlich zählen auch Magen, Herz, Hals und Kopf als Stücke. Weiche Knochen werden zerbissen, das Mark ausgesaugt.

Verschwendung wäre eine Sünde, wenn Fleisch so teuer ist. Anfangs zahlte man für ein Poulet oder ein Kilo Rind ein bis zwei Prozent eines guten Lohnes. Seit Anfang Achtzigerjahre stiegen die Preise stetig. Jetzt kostet ein Poulet etwa 50 Naira. Das sind 10 Prozent des Lohnes, den ich als Lehrerin hatte; für schlechter Entlohnte macht es 25 bis 30 Prozent des Monatseinkommens.

Mit der zunehmenden Krise des hochverschuldeten Landes wuchsen die Lasten aller BürgerInnen. Frohe Feste gab es immer weniger, immer öfters mussten wir der Sippe finanziell helfen. Man sparte, wo man konnte, verzichtete auf Pulvermilch, Ovomaltine, Brot, Mehl zum Geburtstagskuchen-Backen, kurz auf alles Importierte. Die kleinen Fleischrationen wurden noch kleiner. Man ersetzte sie immer öfters durch Bohnen, und auch da wurden die Portionen geringer. Auch bei den Grundnahrungsmitteln Reis, Mais, Yams, Maniok mussten wir zusehends sparen. Wir mussten den Gürtel im wirklichen Sinne des Wortes enger schnallen: wir verloren an Gewicht.

Jetzt, schrieb mein Mann, sieht man mehr und mehr völlig abgemagerte, müde und resigniert wirkende Gesichter. Für die Armen ist sogar «Paman» (Rindshaut) zum Luxus geworden, die Staatsangestellten kaufen es heute, wenn auch verschämt. Armut zehrt auch an der Menschenwürde. Das vom IWF aufgezwungene Strukturanpassungsprogramm funktioniert bestens, bis auf die lokalen Märkte, bis in die Küchen der DurchschnittsbürgerInnen. Dass aber die Militärregierung auch heute nicht an Hunger leidet, ist kein Geheimnis. Tatsache ist auch, dass das Volk gegen die

Aufnahme neuer Kredite war, die Regierung aber dennoch weiterfuhr mit Schuldenmachen.

Den zu einem Nichts zusammengeschrumpften Reallohn versucht man, wenn irgend möglich, durch Gartenbau oder nirgendwelche Nebeneinkünfte aufzubessern. Die Heere von Arbeitslosen überleben meist dank Selbstversorgung, es sei denn, sie verlören sich in Kriminalität. Die enge Bindung an die Sippe mit ihrem strengen Moralkodex verhindert dies in den meisten Fällen. Viel Geld lässt sich aber in der Landwirtschaft nicht verdienen, weder im Binnenmarkt, noch beim Anbau von Kakao für den Export. Dessen Weltmarktpreis ist viel zu niedrig. Einmal mehr sind es die Armen, die den Reichen Geschenke machen. Spotbillige Schokolade für Dich und mich...

Für Leute wie ÄrztInnen, LehrerInnen, Krankenschwestern usw. ist es kein Schleck, durch Gartenarbeit das Budget aufbessern zu müssen. Nach einem ermüdenden Arbeitstag, zu dem auch noch die vielen Verpflichtungen der Sippe gegenüber hinzukommen, wäre erholsame Ruhe auch für die Berufsleistung besser. Dazu kommt, dass der Haushalt in einem Entwicklungsland nicht so leicht wie hier zu bewältigen ist. Das Waschen der Wäsche von Hand ist anstrengend, auch der Gang zum meist weitentfernten Markt. Das Rüsten und Reinigen von Gemüse, Bohnen und Reis, die meist voller Sandkörner und Parasiten sind, braucht viel Zeit, auch wenn die Kinder mithelfen. All die staatlichen Sparmassnahmen und deren unzählige Auswirkungen auf das Alltagsleben treffen Frauen und Kinder am allerhärtesten. Solche «Kleinigkeiten» vergessen die klugen Lehnstuhl-Experten leider.

Ich bewundere die Tapferkeit der AfrikanerInnen, die sich Abend für Abend im Garten abrackern, trotz der bösen Streiche, die einem Dürre, Erosion, Parasiten, Buschratten und Gelegenheitsdiebe spielen.

Haustiere zu halten, hilft nur wenig. Tiere brauchen Futter. Die einheimischen Geflügelrassen sind sehr mager und klein und geben wenig Eier: Sie werden, wie die Ziegen, nur für besondere Anlässe wie hohe Gäste und Familienfeste, aufgezogen. Waldtiere sind von der Ausrottung bedroht. Die Armut hat auch Auswirkungen auf die Natur. Importierte, fleischreiche Hühnerrassen brauchen Medikamente und Kraftfutter, sonst produzieren sie weder genügend Fleisch noch Eier. Bevor sich eine vom Ausland unabhängige, angepasste Geflügelzucht entwickeln konnte, setzte die

Wirtschaftskrise ein. Eine Hühnerfarm nach der andern ging ein, nur ganz wenige bringen sich auch jetzt noch durch. Wo kein Geld ist, sind auch keine Kunden. Die leeren Hühnerställe werden von den Termiten zerfressen, so wie viele angefangene und nie weitergebaute Wohnhäuser von Schlingpflanzen überwuchert werden. An den Universitäten gibt es halbfertige Gebäude, die unter dem Tropenregen langsam zerrotten. Es sind traurige Anblicke, Symbole von zerstörten Hoffnungen.

*

Ich konnte dem allseitigen Niedergang entweichen, in die Heimat flüchten. Hier kann ich mich erholen, die Krankheiten, die mir Überarbeitung und Entbehrungen zugefügt haben, auskurieren. Ich kann arbeiten und wie ein Fremdarbeiter meiner Familie von Ferne helfen.

Mein Mann und die Sippe harren aus. Sie möchten nicht in die Schweiz kommen. Die NigerianerInnen harren aus; ganz Afrika harrt aus; die AsiatInnen und LateinamerikanerInnen harren aus. Sie leiden schweigend, während wir schwelgen. Sie sind sich gewöhnt, den Gürtel enger zu schnallen. Die meisten überleben trotzdem. Hungersnöte und Epidemien geben unsern JournalistInnen ab und zu willkommene Themen. Die alltäglichen Mühen und Entbehrungen, die langsamen Erkrankungen und Tode finden in der Stille statt. Man nimmt sie kaum zur Kenntnis. Die verwöhnten MedienkonsumentInnen wollen Nervenkitzel, Sensationen.

Arbeiten auf dem Lande

Text von Alison Evans, Institute of Development Studies, University of Sussex.

Eva lebt im Norden von Zambia. Sie ist Kindergärtnerin, verheiratet und hat vier kleine Kinder. Ein Kind geht in die Primarschule. Seit 1982 haben Eva und ihr Mann Hybridmais und andere Handelsgüter mit Hilfe von Anleihen bei der Regierung angepflanzt. Sie verkauften ihre Waren an die Händler und der Mann verdiente durch zusätzliche Arbeit bei Bauprojekten. Als 1984/5 die Preise für Mais einbrachen, vergrößerte Eva ihren Hof. 1986/7 hatten sie mehr als eine Hektare zu bebauen und verkauften mehr als 3 Tonnen Mais an die ländliche Genossenschaft.

Während der Erntezeit bat Eva Frauen aus der Umgebung, mit ihr und ihrem Mann zusammen den Mais zu ernten. Eva braute Bier und bezahlte damit den Frauen Nahrungsmittel, Schulbücher, Schuluniformen oder Medikamente. 1987/8 plante Eva, mehr Hirse anzupflanzen, um vermehrt mit der Bierbrauerei Geld zu verdienen, den Bier brachte mehr ein als Mais. Sie dachte auch, dass damit die Frauen mehr eigenes Geld verdienen könnten.

Mit der gesamten Feldproduktion war Eva mehr als ausgelastet. Ihr Tagwerk dauerte oft bis in die Nacht hinein. Trotzdem musste sie sehr lange mit ihrem Mann streiten, bis er ihr einen Teil des gemeinsamen Einkommens zur eigenen Verwaltung überliess. Eva musste zusätzlich noch Nahrungsmittel kaufen, denn sie konnte kaum mehr Zeit auf den Anbau eigener Güter verwenden. In der Hauptarbeitszeit auf den Feldern flammten zwischen Eva und ihrem Mann immer wieder Konflikte auf, denn die Hausarbeit musste auch geleistet werden. Ihr Mann jedoch war vollauf mit der Feldarbeit beschäftigt. So musste Eva ihre achtjährige Tochter oft von der Schule abhalten, damit sie ihr zuhause helfen konnte. Eva musste auch immer wieder die kleinen Kinder unbeaufsichtigt lassen, wollte sie ihren Anteil an der Feldarbeit nicht vernachlässigen.

Frauen-Weltkongress für eine gesunde Erde, Miami, Florida 12. November 1991

Women's Action Agenda 21 - Frauen-Aktions-Programm 21

Aus dem Englischen übersetzt von Stella Jegher, Zürich

Weltweit sind Menschen schockiert über die sichtbare Zerstörung der lebenspendenden Systeme der Erde. Wir, Frauen aus vielen Ländern, sind zusammengekommen, um unserer Besorgnis um die Gesunderhaltung und das Wohlergehen unseres lebendigen Planeten und all seiner Lebensformen Ausdruck zu geben.

Wir sind hier als einige wenige Privilegierte, aber wir sprechen im Namen derer, die nicht mit uns sein konnten: der Millionen von Frauen, die täglich die Gewalt der Armut, der Umweltzerstörung und der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und ihrer Körper erfahren, Folge einer Weltwirtschaftsordnung, die menschliches und ökologisches Wohlergehen dem Interesse des Kapitals nachordnet.

Wir haben einander zugehört, was eine jede über die Krankheiten unserer Gesellschaften, unserer Familien und unserer heiligen Natur zu sagen hatte. Wir haben neue Kraft geschöpft aus dem Mut und dem Engagement unserer Schwestern auf der ganzen Welt, die unser natürliches Erbe schützen und wiederherstellen. Doch wir wissen auch, dass ihre Bemühungen vergeblich sein werden, solange die Natur weiterhin verschmutzt, übernutzt und ihre Integrität missachtet wird.

In einer Welt, in der die Natur und die Frauen systematisch von der Ideologie eines sogenannten «freien Marktes» ausgenutzt werden, kann es keine ökologische Sicherheit geben.

RegenwaldbewohnerInnen, Inselvölker, BewohnerInnen labiler Trockengebiete oder arktischer Zonen sind von Vertreibung und Enteignung bedroht, weil verletzte Ökokreisläufe von Menschen unterbrochen und verschmutzt werden. In einer Welt, die solche Praktiken gutheisst, bleibt wenig Hoffnung auf langfristiges Überleben oder auf Frieden zwischen den Völkern.

Wir sind der Überzeugung, dass eine gesunde und lebenserhaltende Umwelt nur möglich ist, wenn auch der Respekt für indigene Völker und ihre Lebensräume, Kulturen und Traditionen und der Schutz aller Arten gewährleistet sind.

Wir sind der Überzeugung, dass zu den menschlichen Grundrechten auch der Zugang zu sauberer Luft und sauberem Wasser, Nahrungsmitteln, Obdach, Gesundheit und Wohlbefinden gehört. Diese Rechte werden gegenwärtig Millionen von Menschen, wovon die überwiegende Mehrheit Frauen sind, verweigert.

Wir sind tief erschüttert über das wachsende Ungleichgewicht zwischen der Lebensqualität der Menschen in den industrialisierten Ländern und jener der Menschen in den sogenannten «Entwicklungsländern». Wir sind entsetzt über die grossen Unterschiede in der Ernährung unserer Kinder, ihrem Wohlbefinden, ihrer Erziehung und ihren Perspektiven für ein erfülltes und produktives Leben. Wir verurteilen den Rassismus und den fehlenden Respekt vor unterschiedlichen Kulturen, aus denen dieses Ungleichgewicht sich nährt.

Wir setzen den mangelnden politischen und individuellen Willen der Machthabenden dieser Welt, zur grossen Mehrheit Männer, gleich mit einem Mangel an grundsätzlicher Moral und spirituellen Werten und mit dem Fehlen jeglichen Verantwortungsgefühls für die künftigen Generationen.

Das gängige Entwicklungsmodell gründend auf «Wirtschaftswachstum» und lächerlichen Rüstungsinvestitionen, hat menschlich und ökologisch Missstände und Zerstörung gebracht. Schrankenloser Konsumismus in den Industrienationen führt zu ungerechter Ausbeutung der menschlichen und natürlichen Ressourcen der armen Nationen, was dazu führt, dass Regierungen und politische Prozesse für den Profit einiger weniger instrumentalisiert werden.

Wir kommen zusammen, um unserem Einsatz für die Ermächtigung der Frauen Ausdruck zu geben, als der zentralen und treibenden Kraft auf der Suche nach Gleichberechtigung zwischen diesen und den natürlichen Lebensgrundlagen, die uns alle erhalten.

Wir verfassen unser Aktionsprogramm im Namen unserer Familien und der kommenden Generationen.

Wir rufen alle Frauen und Männer auf, sich diesem Appell für einen tiefgreifenden und unverzüglichen Wandel des menschlichen Wertesystems und der menschlichen Tätigkeiten anzuschliessen.

Aktionen: Vielfalt und Solidarität

Im Wissen, dass keine nationale Souveränität und keine Staatsgrenzen der Natur Schranken setzen können, und dass die Umweltzerstörung global ist;

Aufgrund unserer Beobachtung der weltweiten sozialen und ökologischen Folgen einer Entwicklung, die einzig auf Wirtschaftswachstumsmassnahmen basiert;

In Anerkennung der schöpferischen Vielfalt unserer Kulturen, Klassen, Rassen und der Ökosysteme und politischen Strukturen, in denen wir leben;

In der Überzeugung, dass den indigenen Völkern der Erde ihre menschlichen Grundrechte oder die Anerkennung ihrer Beiträge zur Kultur lange Zeit vorenthalten wurden;

Im Wissen um die engen Bande, die Frauen, Umwelt, Wirtschaftspolitik, Entwicklungsstrategien, soziale Gerechtigkeit und das Überleben aller Arten miteinander verknüpfen,

werden wir die Prinzipien dieses Aktionsprogramms verbreiten und Menschen überall dazu ermutigen, seine Empfehlungen mit politischen und ökonomischen Mitteln in Realität umzusetzen;

werden wir alle, die für diese Prinzipien eintreten, gegenüber jenen Kräften verteidigen, die sie zum Schweigen bringen möchten oder sich ökologischer und sozialer Gerechtigkeit in den Weg stellen;

werden wir für Frauen und für Männer volle und gleichberechtigte Beteiligung an der Erstellung öffentlicher politischer Analysen, an Regierungen und Entscheidungsgremien, bei der Umsetzung, in der Verwaltung und in Fragen der Geldanlage auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene fordern;

fordern wir einander dringend auf, darauf hinzuwirken, dass wir in politischen Entscheidungspositionen auf Regierungs- und Nicht-Regierungsebene eine kritische Masse erreichen, unter Anwendung der 60/40-Quotenregelung (nicht mehr als 60 Prozent und nicht weniger als 40 Prozent des einen oder anderen Geschlechts) als Weg zu unserer Ermächtigung;

verlangen wir von allen Regierungen die Erfüllung der Forderungen der Nairobi Forward Looking Strategies und der UNO-Konvention über die Beseitigung aller Formen von Diskriminierung gegen Frauen (CEDAW);

werden wir ein Komitee organisieren, das Frauenaktionen öffentlich bekannt machen, koordinieren und unterstützen wird, indem es Kurzberichte herausgibt über den Stand der Dinge auf dem Weg zu einer gesunden Entwicklung der dörflichen, regionalen oder nationalen Gemeinschaften.

Schuld und Handel

Im vollen Bewusstsein, dass die Industrieländer bis heute Nettoprofitere der Ausbeutung der reichen Ressourcen des Südens waren,

Angesichts der verheerenden sozialen, ökologischen und ökonomischen Folgen der internationalen Kreditpraktiken und der herrschenden Austauschverhältnisse zwischen industrialisierten und nicht-industrialisierten Ländern, und

Betroffen von den negativen Auswirkungen der Strukturanpassungspolitik des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank auf die Armen, insbesondere der Frauen,

Beschämt durch den Kapitalfluss aus armen Ländern in die Bankensysteme der reichen Länder, und

In Anerkennung der schlimmen Folgen dieser Praktik für arme Familien im Süden und für die natürlichen Ressourcen, von denen wir alle abhängen,

fordern wir sofortigen offiziellen Schuldenerlass;

werden wir hinarbeiten auf eine Streichung der Handelsschuld mittels Mechanismen im Sinne der Unternehmens-Konkursgesetz

werden wir keine Geschäfte mit Banken mehr abwickeln, die nicht bereit sind, Schuldenrückzahlungen von Ländern des Südens neu zu regeln,

werden wir jene debt-for-nature-Swaps ablehnen, die die Souveränität und die Rechte indigener Völker auf Land und auf Selbstbestimmung bedrohen und nicht einer breiten öffentlichen Debatte unterzogen werden;

werden wir jene, die im Namen ihrer Völker Geld aufnehmen, persönlich für die sozialen und ökologischen Folgen dieser Kredite für haftbar erklären;

verlangen wir die Rückweisung von Struktur- anpassungsmassnahmen (SAP), die die Verantwortung für grundlegende soziale Aufgaben von den Regierungen auf Frauen abschieben, die weder dafür bezahlt noch darin unterstützt werden;

verlangen wir den Abbau aller ungerechten Handelsschutzmassnahmen des Nordens gegen den Süden;

verlangen wir, dass neue Austauschverhältnisse verhandelt werden, die eine gerechte Beziehung zwischen den Rohstoffpreisen und den Preisen von Fertigprodukten gewährleisten;

verlangen wir ein umfassendes Exportverbot für Produkte, deren Konsum (oder Vernichtung) im oder vom Herstellerland verboten wurde;

schlagen wir vor, historische volkswirtschaftliche Rechnungsprüfungen (von 1945 an) zu veranlassen, um zu belegen, wer von der Ausbeutung natürlicher Ressourcen netto profitiert hat; eine solche Veranlagung könnte als Basis für die Streichung der laufenden Schulden dienen.

Allgemeiner Ethik-Kodex

Angesichts der herrschenden Doppelmoral und Doppellethik in Fragen der Umwelt, der Entwicklung, der

Beteiligung von Frauen und der weltweiten sozialen Gerechtigkeit, und

Enttäuscht darüber, dass politische Planer und Staatsmänner alle ihre grossen ökonomischen und ökologischen Entscheidungen auf ein höchst unzulängliches Instrumentarium (nämlich nationale Buchhaltungen) abstützen,

werden wir auf die Verabschiedung eines Internationalen Umweltverhaltenskodex für Handel und Industrie, für Regierungen, UNO-Agenturen und Nicht-Regierungsorganisationen hinarbeiten, der auch Regeln über den Umgang mit Bio- und Gentechnologie enthält;

werden wir Kontrollsysteme organisieren, um Institutionen und Staaten für ihre Handlungen, Produkte und politischen Entscheidungen haftbar zu machen;

verlangen wir eine neue Berechnungsgrundlage für Volkseinkommensrechnungen, in der auch das Verhältnis zwischen konstruktiver und destruktiver Produktion deutlich wird;

lehnen wir jede finanzielle Quantifizierung der Umwelt und Kommerzialisierung von «freien Geschenken der Natur» kategorisch ab;

verlangen wir qualitative Indikatoren für die Umwelt

verlangen wir Studien über den Zeitaufwand von Frauenarbeit (Haushalt, Heimarbeit, Subsistenzlandwirtschaft, Kinderpflege, Altenpflege, freiwillige Gemeindearbeit);

fordern wir von Regierungen, Weltbank, Internationalen Währungsfonds (IMF) und Kreditagenturen, dass sie ökologische Kostenveranlagungen vornehmen, an denen jeder Vorschlag gemessen werden muss, bevor der Kredit implementiert wird;

werden wir für neue internationale Rechtsgrundsätze eintreten, die unter anderem eine strikte Haftpflicht für ökologische Schäden sowie friedliche Streitschlichtungsmechanismen zur Kompensation der Opfer festschreiben.

Landrechte und Sicherstellung der Ernährung

In Kenntnis der Tatsache, dass ganz wichtige Gründe für die soziale Ungerechtigkeit, für die Armut von Frauen und ihrer Kinder, für Obdachlosigkeit, Umweltzerstörung und für die Enteignung indigener Völker bei den höchst ungerechten Pacht- und Grundbesitzungsverhältnissen liegen und

In Kenntnis der Tatsache, dass Grundbesitz und -kontrolle immer mehr polarisiert werden,

Im Wissen, dass die gegenwärtigen Strategien in der Landwirtschaftspolitik, im Norden wie im Süden, ortsverbundene Gemeinschaften entwurzeln und vertreiben und Boden, der der Nahrungsmittelproduktion dient, für die Exportproduktion missbrauchen, und

Im Wissen, dass in vielen Gemeinschaften die Ernährung der Familie davon abhängt, dass die Frauen Nahrungsmittel für die Familie und den einheimischen Markt produzieren können, und dass der Zugang von Frauen zu Nahrungsmitteln und zu Pacht oder Grundbesitz als grundlegendes Menschenrecht betrachtet werden muss, weil Frauen und Kinder eine Mehrheit der geschätzten Billion von Menschen ausmachen, die weltweit jeden Tag hungern müssen;

werden wir der UNO, Regierungen und Nicht-Regierungsorganisationen aufrufen, erstens diskriminierende Praktiken einzustellen, die den Zugang von Frauen zu Boden und anderen Ressourcen behindern, zweitens Mittel dort aufzustocken, wo sie zur Sicherstellung der Ernährung beitragen, und drittens angepasste Technologien bereitzustellen, die den Frauen ihre Arbeit erleichtern;

werden wir bemüht sein, auf die Umweltschäden aufmerksam zu machen, die durch Bodennutzungstechnologien entstehen, die auf kurzfristigen Profit ausgerichtet sind und zu Lasten einer langfristigen Erhaltung und Produktivität des Bodens gehen;

werden wir nach Wegen suchen, um die landwirtschaftliche Forschung, einheimische Nahrungsmittel und die Bewahrung der lokalen Artenvielfalt zu fördern.

Biotechnologie und Bio-Vielfalt

Bestürzt über Zerstörung von Lebensräumen und Ökosystemen, die Billionen von Arten, mit den wir die Erde teilen, eine Heimat boten, und

Angesichts des tragischen Verschwindens vieler Arten, von denen unser interdependentes Ökosystem abhängt,

In Anerkennung des wertvollen Wissens über Pflanzen und Tiere, das indigene Völker pflegen und weitergeben,

Im Wissen um die Bemühungen kommerzieller Interessen des Nordens, die Kontrolle über das natürliche Erbe der Artenvielfalt des Südens mittels Genbanken an sich zu reissen,

Im Bewusstsein, dass die Freisetzung genmanipulierter Organismen in die Natur eine Bedrohung für die Bio-Vielfalt ist.

bestehen wir darauf, dass das UNCED-Abkommen über Biologische Vielfalt auf die Risiken der Biotechnologie und auf die Bewahrung der Artenvielfalt eingeht;

verlangen wir die sofortige und direkte gesetzliche Regelung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Biotechnologien;

empfehlen wir, dass Tests und Freisetzungsversuche von Organismen nur im Herstellerland vorgenommen werden dürfen, und dass biotechnologische Produkte, die noch nicht genehmigt oder im Herstellerland mit Beschränkungen belegt wurden, nicht in andere Länder verkauft werden dürfen;

empfehlen wir, dass keine lebenden Organismen patentiert werden dürfen, um den Süden vor der kommerziellen Ausbeutung seiner genetischen Ressourcen zu schützen;

werden wir uns einsetzen für ein Verbot des Rinderwachstumshormons (BGH) und für eine Boykott von Milchprodukten mit diesem Hormon;

empfehlen wir, dass neue Technologien nicht nur nach Kriterien der Effizienz und der Sicherheit, sondern auch nach solchen ihrer sozialen und ökonomischen Folgen bewilligt werden;

fordern wir, dass die Risiken der Biotechnologie breit und in klarer, auch für LaiInnen verständlicher Sprache bekanntgemacht werden;

werden wir indigene Völker in ihren Bemühungen, ihre natürliche Umwelt zu schützen, unterstützen.

Information und Erziehung

In der Überzeugung, dass der Zugang zu ungefilterter Information über die Qualität der Umwelt, in der wir leben, ein menschliches Grundrecht ist, und

im Wissen um die Gefahr, dass die Medien von Kräften dominiert werden, die eine Weltsicht verbreiten, der kulturelle Vielfalt und Integrität nichts bedeutet,

In der Überzeugung, dass wir nur mit einer breiten Aufklärung über Umwelt- und Entwicklungsfragen fähig sein werden, die Herausforderung der ökologischen Katastrophe anzugehen,

Im Wissen, dass Informationen über die Umwelt- und Gesundheitsfolgen von militärischen und industriellen Nebenprodukten oft aus Gründen der nationalen Sicherheit oder des Eigentums als geheim eingestuft werden,

fordern wir die Medien auf, gemeinsam mit uns die Prinzipien dieses Aktionsprogramms zu fördern,

verlangen wir, dass die UNO alle die Umwelt bedrohenden Aktivitäten von Regierungen kontrolliert, einschliesslich Weltraum- und Unterwasserversuche, und die Weltöffentlichkeit über solche Aktivitäten informiert,

werden wir uns bemühen, formelle und informelle Informationssysteme und Formen des Austauschs zu schaffen und zu fördern, die sich an den Prinzipien der Offenheit und der Inklusivität orientieren: das heisst, die Mehrheit der BürgerInnen zu Wort kommen lassen, um über Verletzungen der Menschen- und Umweltrechte zu berichten;

empfehlen wir allen Ländern, auf Primar- und Sekundarstufe Umwelterziehung einzuführen, einschliesslich Ökologie, KonsumentInnenerziehung und Permakultur;

werden wir uns in unseren Schulen und in informellen Lerngruppen für umweltethische Bildung ein-

setzen, um die Harmonie zwischen alle lebendigen Systemen und die Solidarität zwischen den Völkern zu fördern;

werden wir in aller Deutlichkeit die Errichtung einer Nicht-Regierungsorganisation unterstützen, deren Mandat und Tätigkeit in bezug auf Umweltprobleme und Umweltrechte ähnlich wäre wie dasjenige von amnesty international.

Frauen, Militarismus und Umwelt

Im Bewusstsein, dass Rüstungsausgaben, Waffenhandel und bewaffnete Konflikte Billionen von Menschen ihre Sicherheit und elementarsten Wohlstands berauben, und

Im Wissen um die verheerenden Umweltfolgen aller militärischen Aktivitäten, inklusive Forschung, Entwicklung und Produktion von Waffen, Tests, Manöver, Betrieb von Militärbasen, Lagerung von toxischen Stoffen, Transport und Verbrauch von Ressourcen,

Angesichts der Tatsache, dass die Erforschung und Anwendung von Waffen, einschliesslich chemischer, biologischer und atomarer, erheblich zu Umweltzerstörung, Genmutationen, Krankheit und Tod beiträgt,

Im Wissen, dass Militarismus oft zur Besetzung von Boden und zur Missachtung von Menschen- und Umweltrechten führt;

fordern wir die sofortige Abrüstung und Vernichtung der nuklearen Arsenale und den sofortigen Atomwaffenteststopp;

fordern wir die Einstellung von Weltraumaktivitäten und Überschallflügen, die die Ozonschicht gefährden oder Kohlendioxid abgeben;

verlangen wir dringend eine sofortige Reduktion der Militärausgaben um 50 Prozent;

fordern wir die Schaffung von nationalen, zivilen Kommissionen mit 50 Prozent Frauenanteil, die alle militärischen Tätigkeiten, Ausgaben sowie militärische Forschung und Entwicklung dem Volk zur Kontrolle unterbreiten sollten;

fordern wir, dass nationale Armeen umgewandelt werden in Umweltschutzgruppen, deren Aufgabe es

wäre, Schäden an natürlichen Systemen zu eruieren und wiedergutzumachen, inklusive Reinigung der Militärbasen, und die verfügbar wären, um BürgerInnen in Zeiten von natürlichen oder von Menschenhand verursachten Katastrophen Hilfe zu leisten;

verurteilen wir Regierungen, die ihre Armeen gegen die eigenen BürgerInnen einsetzen und damit Millionen von Menschen zu Flüchtlingen und Vertriebenen machen;

werden wir unsere Töchter und Söhne in der Erziehung ermutigen, sich dem Militärdienst zu entziehen, falls er Regierungen dient, die militärische Machtmittel zur Ausbeutung von Ressourcen oder Menschen anderer Nationen brauchen.

Wissenschaft und Technologie

In der Überzeugung, dass Wissenschaft und Technologie dem Wohl der Mehrheit und nicht dem Profit einer Minderheit der Menschen dienen sollte, und

Aufgrund der Beobachtung, dass sie im Gegenteil dazu verwendet wird, die Natur in ein Korsett zu zwingen, und dadurch zugunsten kurzfristiger Rendite zur Zerstörung der Ökosysteme beiträgt,

Als Zeuginnen der Entmächtigung von Frauen durch ihren fehlenden Zugang zu angepasster und lebenserhaltender Technologie und durch die Geringschätzung ihres Erfahrungswissens, weil dieses nicht als «wissenschaftlich» betrachtet wird;

Im Wissen, dass Frauen viel zu oft schon Opfer des Missbrauchs wissenschaftlicher Forschungen und verfehlter Technologien wurde,

fordern wir dringend, die Verbindung von ethischen Werten mit wissenschaftlicher Forschung und Anwendung, und die Entwicklung von Kriterien für alle Technologien betreffend ihre Anpassung an die Bedürfnisse der Frauen und der Umwelt;

verlangen wir, dass jeder Technologietransfer daraufhin geprüft werden soll, ob er angepasst ist und der Lebenserhaltung dient, mit besonderer Berücksichtigung der langfristigen Kosten und Nutzen für Menschen und Umwelt;

werden wir Kommunikationsstrategien zur Verbreitung von Informationen über die ausreichende bzw. mangelnde Anpassung bestimmter Technologien an Frauenbedürfnisse unterstützen und fördern;

werden wir Unterstützung dafür fordern, dass sich mehr Frauen und Mädchen für wissenschaftliche Ausbildungen – auch für die zunehmend verbreiteten Umweltwissenschaften – einschreiben;

fordern wir, dass Mittel für die Forschung und Entwicklung von angepassten Technologien und für die Weiterbildung von Frauen bereitgestellt werden;

fordern wir die UNO und die Regierungen dringend auf, ländliche und städtische qualifizierte Weiterbildungszentren zur Popularisierung umweltfreundlicher Technologien unter Frauen zu schaffen.

KosumentInnen-Ethik und Aktion

Aufgrund der Erfahrung, dass Frauen mit ihrer Kaufkraft über ein Machtmittel verfügen, mit dem sie Druck auf die Geschäftswelt im Hinblick auf die Umweltverträglichkeit ihrer Produkte und ihres Verhaltens ausüben können, und

Im Wissen, dass Frauen sehr rasch in der Lage sind, Produkte oder Geschäfte zu boykottieren,

werden wir Industrien boykottieren, deren Praktiken oder Produkte irgendwo in der Welt der Umwelt oder der Gesundheit schaden;

werden wir uns für mehr Recycling einsetzen, unseren Konsum in jedem Bereich einschränken und nur umweltfreundliche Produkte kaufen;

werden wir Kampagnen zur Unterstützung umweltverträglicher Produktionsformen lancieren;

werden wir den Pro-Kopf-Energieverbrauch reduzieren mittels Förderung energiesparender Technologien sowie Forschung, Entwicklung und Finanzierung alternativer Energiequellen.

Neue Institutionen

In Erwartung eines eventuellen Versuchs, neue Institutionen zu schaffen, mit denen man das globale Ökosystem in den Griff bekommen will, ohne vom gängigen Wachstumsmodell abkommen zu müssen, und

In der Überzeugung, dass diese Institutionen wohl nicht in erster Linie die langfristige Erhaltung der Artenvielfalt und der Ökokreisläufe zum Ziel haben würden,

Im Wissen, dass neue Institutionen teuer wären und Gelder besser für die Wiederherstellung beschädigter Ökosysteme und die Unterstützung von deren BewohnerInnen aufgewendet würden,

fordern wir dazu auf, eine ständige UN-Umweltkommission mit der Kompetenz einer Ombudsstelle zu schaffen, die individuelle Klagen entgegennehmen und die Übereinstimmung mit den Prinzipien eines Internationalen Umwelt-Ethik-Kodex prüfen und diese stärken würde,

verlangen wir von allen Staaten und Unternehmen, die giftige Stoffe produzieren, dass sie ihre Giftabfälle auf dem eigenen Territorium lagern.

Bevölkerung, Frauenrechte und Gesundheit

Wir wissen, dass die wichtigsten Gründe der Umweltzerstörung bei Wirtschaftssystemen liegen, die Natur und Menschen ausbeuten und missbrauchen, sowie bei der industriellen und militärtechnologischen Verschmutzung und Abfallproduktion. Wir sind empört über die Unterstellung, die Schuld liege bei der Fruchtbarkeitsrate von Frauen (euphemistisch als Bevölkerungsdruck bezeichnet).

Wer dieser Analyse nicht widerspricht, legt das Fundament für neue, von oben nach unten und demographisch geleitete bevölkerungspolitische Programme, die die menschlichen Grundrechte der Frauen, wie sie in der UN-Konvention über die Abschaffung aller Formen der Diskriminierung (CEDAW) festgehalten sind, zutiefst verletzen;

Im Wissen zudem, dass die Zahl einer Bevölkerung plus ihr Ressourcenverbrauch plus ihre Abfallproduk-

tion ihren Einfluss auf die Umwelt bestimmen, stellen wir fest, dass ein Mensch in der industrialisierten Welt den weit grösseren Einfluss hat als einer in einem weniger wohlhabenden Land, und

Im Wissen, dass das Recht auf eine gesunde Schwangerschaft und das freie Recht auf Abtreibung allgemeine menschliche Grundrechte sind, wobei wir betonen, dass laut Schätzung des World Fertility Survey 500 Millionen Paare gerne Familienplanung betreiben würden, aber keine Möglichkeit dazu haben; und

Beunruhigt über die Bedrohung weiblichen Lebens durch die Verbreitung des HIV-Virus, und

Aufgrund der Feststellung, dass die Fähigkeit von Frauen, sich selbst vor sexuell übertragbaren Krankheiten zu schützen und selbst zu bestimmen, wann und ob sie Kinder haben wollen, eine Voraussetzung für ihre Gesundheit, ihre Selbstbestimmung und ihre Ermächtigung ist,

verurteilen wir jeden Versuch, Frauen die freie Entscheidung für oder gegen eigene Kinder oder das Wissen über die Möglichkeiten, eine solche Entscheidung zu treffen, vorzuenthalten;

fordern wir eine frauenorientierte, von Frauen betriebene, umfassende Mutter- und Kind-Gesundheitspflege und Familienplanung, einschliesslich des Rechts auf pränatale Pflege, auf sichere und legale freiwillige Verhütungsmittel und auf Abtreibung (Fruchtbarkeitskontrolle);

fordern wir Regierungen, multilaterale Agenturen und Geber-Organisationen dringend auf, ihre Investitionen zugunsten umfassender Mutter- und Kind-Gesundheitsdienste zu erhöhen und auch Männer in die Familienplanungskurse und -dienste miteinzubeziehen;

fordern wir, dass alle Regierungen ihre BürgerInnen systematisch über die Gefahr von AIDS aufklären und darüber informieren, wie eine Ansteckung zu vermeiden ist.

Aufgrund der Feststellung, dass Frauen und Kinder gegenüber krebserregenden chemischen Giftstoffen, Strahlen und Atomabfällen besonders empfindlich sind,

fordern wir Untersuchungen über die Anfälligkeit von Frauen und Kindern gegenüber krebserregenden

Stoffen und verlangen Massnahmen zur Entfernung aller solchen Stoffe aus der Umwelt, überall;

fordern wir die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die Welternährungsorganisation (FAO), nationale Regierungen, Gruppen und Vereine des öffentlichen Gesundheitswesens auf, vermehrte Anstrengungen zu unternehmen, um ökologische Berufsrisiken in Fabriken, Büros und auf dem Land zu vermeiden.

Empfehlungen an UNO-Agenturen

Regierungen sollten mehr finanzielle und sonstige Unterstützung an das UNO-Umweltprogramm (UNEP) leisten, welches Regierungen in der Erhebung umweltrelevanter Daten unterstützt, Studien und Bildungsprogramme anregt und globale Umweltmanagementaufgaben koordiniert. Sein Budget bedarf einer massgeblichen Aufstockung auf ungefähr das Dreifache der gegenwärtigen 40 Millionen Dollar. Wir empfehlen dem UNEP, das Wissen und die Erfahrungen seines weiblichen Personals, seiner Beraterinnen und seiner Senior Women's Advisory Group durch eine konsequente Quotenpolitik in seinen politischen Entscheidungen vermehrt zu nutzen.

Geberländer sollten ihre Beiträge an UNIFEM, den einzigen multilateralen Fonds, der speziell dafür geschaffen wurde, den Fluss von Entwicklungsgeldern an Frauen in Niedriglohnländern zu verbessern, mit dem Ziel, bis im Jahr 2000 eine Höhe von 150 Millionen Dollar zu erreichen. Diese Geldmittel sind von grundlegender Bedeutung, wenn UNIFEM seine Katalysatorenrolle bei der Versorgung von Frauen mit Ressourcen und bei ihrer Ermächtigung ausbauen soll.

Wir fordern alle UNO-Agenturen dringend auf, sich mehr um den Einbezug von Frauenperspektiven auf allen Ebenen und in allen Programmen und politischen Strategien zu bemühen.

Speziell zur UNCED:

Wir werden bei unseren nationalen Regierungen dafür eintreten, dass sie Frauen und VertreterInnen von indigenen Völkern und Basisbewegungen in ihre UNCED-Delegationen aufnehmen.

Wir werden Druck auf alle UNCED-TeilnehmerInnen ausüben, damit sie unsere Empfehlungen diskutieren, sie verabschieden und unsere Empfehlungen umsetzen.

Wir werden dieses Aktionsprogramm breit an unsere Regierungen, an NGO's, an multilaterale Entwicklungsagenturen, an führende Personen der Industrie- und Geschäftswelt und an unsere eigenen formellen und informellen Netzwerke verteilen, und

wir werden Folge-Empfehlungen abgeben betreffend die Regierungs- und Nicht-Regierungsbeiträge an die UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung.

Wir appellieren an die politischen MachträgerInnen, die am 1992 Earth Summit teilnehmen werden, eine Globale Klima-Konvention zu unterzeichnen, in der die Industrieländer sich zu einer Reduktion der Kohlendioxidemissionen um mindestens 20 Prozent bis ins Jahr 2000 verpflichten.

Wir wollen diese Empfehlungen als grundlegende Leitlinien für unsere Bemühungen um eine Verbesserung der Umweltqualität ab sofort und im Blick auf das 21. Jahrhundert verstanden wissen.

Dies ist eine Zusammenstellung der Arbeit, der Ideen und der Wertvorstellungen von 1500 Frauen aus allen Teilen der Welt, Nord und Süd, Ost und West. Sie spiegelt vier Tage Diskussion in Arbeitsgruppen wider, deren Quintessenz nun in diesem Dokument festgehalten ist. Das Dokument entspricht nicht in allem der Sicht jeder einzelnen Teilnehmerin an diesem Prozess. Es ist als Herausforderung an uns selbst gemeint, eine sichere und lebenswerte Zukunft zu schaffen.

Literatur

beiträge zur feministischen theorie und praxis, Köln, Bd. 15/16 Geld oder Leben, Bd. 23 Modernisierung der Ungleichheit, weltweit, Bd. 29 Trotz Fleiss kein Preis

Beneria Lourdes/Roldan Martha, *The Crossroads of Class & Gender, Industrial Homework, Subcontracting, and Household Dynamics in Mexico City*, The University of Chicago Press 1987

Charkiewicz-Pluta Ewa/Häusler Sabine/Braidotti Rosi/Wieringa Saskia, *Remaking the World Together: Women, the Environment and Sustainable Development, A State-of-the-art-report and a proposal for a reassessment of the topic*, Department of Women's Studies, University of Utrecht, Den Haag, Sept. 91 (Manuskript)

Donner Reichle Carola/Klemp Ludgera (Hrsg.): *Frauenwort für Menschenrechte. Sozialwissenschaftliche Studien zu internationalen Problemen 146*. Verlag Breitenbach Publishers, Saarbrücken 1990

Dwyer Daisy/Bruce Judith (ed), *A Home Divided, Women and Income in the Third World*, Stanford University Press 1988

Elson Diane (ed), *Male Bias in the Development Process*, Manchester University Press, sollte demnächst erscheinen

EnGENDERing Adjustment for the 1990s. Report of the Commonwealth Expert Group on Women and Structural Adjustment. Commonwealth Secretariat, London 1989

Enloe Cynthia, *Bananas, Beaches & Bases. Making Feminist Sense of International Politics*. Pandora, London 1989

Ethnologische Arbeitsgruppe Frau und Entwicklung Zürich (Hrsg.), *Wo sind die Frauen? Frauenforschung und Frauenförderung in der Entwicklungszusammenarbeit*, Zürich, Juli 1990

George Susan, *Sie sterben an unserem Geld. Die Verschuldung der Dritten Welt*, rororo aktuell 1988

Gladwin Christina H. (ed), *Structural Adjustment and African Women Farmers*, Center for African Studies, University of Florida Press 1991

Gruppe Feministischer Internationalismus (Hrsg.): *Zwischen Staatshaushalt und Haushaltskasse. Frauen in der Weltwirtschaft*. Edition Con, Bremen 1989

Joekes Susan/Kabeer Naila, *Researching the Household: Methodological and Empirical Issues*, IDS Bulletin, Vol. 22, No 1, Jan 1991

Mies Maria, *Patriarchat und Kapital, Frauen in der internationalen Arbeitsteilung*, Rotpunktverlag, Zürich 1988

Onimode Bade (ed), *The IMF, the World Bank and the African Debt. The Social and Political Impact*. Zed Books Ltd., London 1989

Pahl P.E. Ed., *On Work, Historical, Comparative & Theoretical Approaches*, Basil Blackwell, Oxford 1988

Rusterberg Elke, *Auswirkungen der wirtschaftlichen Strukturanpassungsprogramme auf Frauen, Erfahrungen von Partnerorganisationen deutscher NRO, Arbeitsgruppe «Frauen und Entwicklung» (BRD)*, Juli 1991 (Manuskript)

Seager Joni/Olson Ann, *Der Frauenatlas, Daten, Fakten und Informationen zur Lage der Frauen auf unserer Erde*, Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt 1985

Tübinger Projektgruppe Frauenhandel, *Frauenhandel in Deutschland*, Dietz TB 1989

Umfreville Mabel, *Sexonomic\$, An Introduction to the Political Economy of Sex, Time and Gender*, Thinkbook VI, Change P.O.Box 824, London SE 249JS, England

Vickers Jeanne, *Women and the World Economic Crisis*, Zed Books, London 1990/91

Werlbof Claudia/Mies Maria/Veronika Bennholdt-Thomsen, *Frauen die letzte Kolonie. Zur Hausfrauisierung der Arbeit* rororo aktuell 1983

Die Autorinnen

Regula Flury

Geboren 1952, hat Erfahrungen mit Lokalradios und Frauenprojekten. Sie arbeitet seit 7 Jahren auf den Themen Gen-/Reproduktionstechnologien und Bevölkerungspolitik.

Madeleine Hadorn

Geboren 1960, Journalistin. Medienausbildungszentrum Luzern; Arbeit für Printmedien, Film- und Videoproduktionen. Journalistin im Informationsdienst Dritte Welt (i3w) in Bern. Seit 1989 freischaffend und für die entwicklungspolitische Zeitschrift *Mosquito* tätig; Arbeit in autonomen Frauengruppen. Thematische Schwerpunkte: Gewalt gegen Frauen, Gen- und Reproduktionstechnologien, Bevölkerungspolitik.

Mascha Madörin

46 Jahre alt, 1970 Lizentiat in Ökonomie an der Universität Basel, 5 Jahre in Afrika, davon 4 Jahre als Assistentin an der Universität in Maputo (Mozambique). 1982–1986 Koordinatorin der Aktion Südafrika Boykott, Publikationen zur Zusammenarbeit der Schweiz mit Südafrika und zu Sanktionen, arbeitet gegenwärtig bei der Aktion Finanzplatz Schweiz - Dritte Welt und befasst sich mit Bankenpolitik und internationalen Finanzfragen (Verschuldung, Drogenökonomie, Rohstoffmärkte, internationale Regelungen), diverse Arbeiten zu feministischer Ökonomie (Geldtheorie), Mitinitiantin des Frauenrates für Aussenpolitik.

Gerlind Martin

Geboren 1956, lic.phil.hist., Journalistin, Langnau i/E. Nach mehreren Jahren Lokaljournalismus bei der Berner Zeitung während zweieinhalb Jahren Journalistin beim Informationsdienst 3. Welt (i3w) in Bern. Seit Herbst 1989 Redaktorin (Teilzeit) beim Reformierten Forum in Zürich, daneben als freie Journalistin tätig.

Ruth Rauch-Schumacher

Geboren 1947, lic.rer.pol., Nachdiplomstudium INDEL/ETH; 4 Jahre Madagaskar, zweieinhalb Jahre Nepal in integrierten ländlichen Entwicklungsprojekten, Arbeitsschwerpunkte: Projektplanung, -begleitung und -auswertung. In der Schweiz Projektleitung Freiwillige Soziale Hilfe. Seit 1989 selbständig, Mitbegründerin Büro Hekate. Heutige thematische Schwerpunkte: Planung und Begleitung von Projekten, Team- und Organisationsberatung, das Okkulte in Institutionen - hüten und drüben.

Anna Sax

Geboren 1959, ist Ökonomin und Mitarbeiterin der Erklärung von Bern/deutsche Schweiz. Sie ist verantwortlich für den Fachbereich Gesundheit und Medikamente. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind zurzeit Recherchen und Öffentlichkeitsarbeit zu Aktivitäten der schweizerischen Pharmaindustrie in der Dritten Welt, Gesundheit der Frauen und Bevölkerungspolitik. Sie arbeitet in der Frauenkoalition gegen IWF und Weltbank mit.

Eva Schär

Geboren 1944, Gymnasiallehrerin sprachlicher Richtung und Erwachsenenbildnerin. In den Siebzigerjahren Mitglied der Arbeitsgruppe Dritte Welt, Bern. Einige Jahre in verschiedenen Ländern Südostasiens, unter anderem tätig in der Bildungsarbeit mit Frauen. 1986 Besuch als Vertreterin Europas eines ökumenischen Seminars über Sozial- und Gemeinwesenarbeit in Südostasien, das in Manila und in ländlichen Gebieten der Philippinen stattfand. Dabei studierte sie vor allem die Situation der Frauen in den Philippinen. Während sieben Jahren war sie Studienleiterin im Tagungszentrum der Reformierten Heimstätte GWatt mit Schwerpunkt Frauenfragen und Dritte-Welt-Themen. Unter anderem führte sie Veranstaltungen zu Frauenhandel und Prostitutionstourismus und über das Leben und den Freiheitskampf der Frauen in den Philippinen durch. Heute ist sie für die Weiterbildung der MitarbeiterInnen im Flüchtlingsbereich beim Schweizerischen Roten Kreuz verantwortlich. Ihr Interesse an Migrations- und Fluchtgründen von Frauen bewegte sie dazu, mit Madeleine Hadorn zusammen den Beitrag über die Philippinen zu verfassen.

Barbara Thurnher

Geboren 1960, unbelastet von akademischen Graden, Mutter von null Kindern. Bisher tätig als Radiomacherin, Büroangestellte, Kinderbetreuerin, freie Journalistin, Putzfrau, Erwachsenenbildnerin, Magazinerin, politische Aktivistin. Auslandsaufenthalte. Schwerpunktt Themen: Sexismus, Gentechnologie, Imperialismus, Bevölkerungspolitik. Spezielle Allergien: Gleichstellung von Frau und Mann, Biologismus, Opferpolitik.

Erika Toriola

Geboren 1943 in gutbürgerlichen Verhältnissen. Verheiratet mit einem Nigerianer aus dem Stamm der Yoruba. Drei Kinder, deren zwei schon erwachsen. In Afrika während 16 Jahren tätig als Sprachlehrerin. Lebt seit 1987 in Zürich in der Schweiz. Diverse kleine Engagements zugunsten des Trikonts und der Natur. Daneben Mutter und Hausfrau, Sprachlehrerin, Betagtenbetreuerin, aufmüßige Bürgerin.

Ruth-Gaby Vermot-Mangold

Dr. phil. Ethnologin, geboren 1941, Mitbegründerin und Aufbau der Schulstelle 3. Welt in Bern (Informations- und Dokumentationsstelle), Lehraufträge an Universitäten und LehrerInnenseminariar sowie Vortragstätigkeit zu entwicklungspolitischen Fragen. Mitbegründerin des Büros Hekate in Bern (Thema- und Organisationsberatung und Supervision) Mitglied der Arbeitsgruppe «SAP und Frauen».

Martine Verwey

Geboren 1948, nach einer Berufsausbildung im Ernährungsbereich Studium der Ethnologie in Zürich. Arbeitet zur Zeit innerhalb eines interdisziplinären Forschungsprojektes «Soziale Sicherheit für gewaltbetroffene Frauen: die Situation nach dem Aufenthalt im Frauenhaus» und unterrichtet Medizinethnologie an der Universität Zürich. Hauptinteressensgebiete: Frauen, Migration und Gesundheit; Kinder und Identitätsbildung in der Migration; Verschuldung und medizinische Versorgung.

Korrigenda

Seite 38:

Wenn die Preise so hoch sind bedeuten Einkaufen, Kochen und Haushaltführung sehr viel mehr Arbeit.

Seite 68:

Mühsam für Nata ist, dass sie ihre zweijährige Tochter immer bei sich haben muss, weil zu Hause niemand auf sie aufpassen kann. Nata möchte lieber zu Hause bleiben, aber ihr Mann verdient viel zu wenig, um die Familie zu ernähren, so muss sie eben ihre Güter verkaufen.

Seite 76:

Sie schliessen sich mit andern Basisorganisationen zusammen, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern und um für ihre Rechte zu kämpfen.